

Gemeinsam in die Zukunft – Industrieland Baden-Württemberg!

Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT



Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
2	Leitbild und Leitlinien für die Industrie Baden-Württembergs in 2025	6
3	Zusammenfassung	8
4	Dialogprozess	11
5	Ausgangssituation	16
6	Die Industrie Baden-Württembergs	20
6.1	Baden-Württemberg – ein starker Industriestandort	22
6.2	Industrie als Motor des wirtschaftlichen Erfolgs	26
6.3	Industrieheimat Baden-Württemberg – gemeinsam zum Erfolg	31
6.4	Baden-Württemberg und Industrie – auch in Zukunft ein starkes Team	37
7	Im Dialog gestalten – vier Handlungsfelder	47
7.1	Fachkräfte nachhaltig für Industrie gewinnen	49
	Für Technik begeistern – technische Ausbildung in Schulen, Betrieben und Universitäten fördern	49
	Für Industrie begeistern – Fachkräftepotenzial ausschöpfen	51

7.2	Innovation und Gründung inspirieren	55
	Chancen des technologischen Strukturwandels nutzen	55
	Innovationskraft der KMU stärken – damit aus Ideen Produkte werden	56
	Für Gründungen begeistern – Gründungsklima verbessern	57
7.3	Industriestandort attraktiv gestalten	61
	Eine starke Industrie braucht eine verlässliche Infrastruktur	61
	Standortsicherheit festigen – Investoren für den Standort gewinnen	62
	Regionale und kommunale Initiativen stärken – gemeinsam den Standort sichern	63
7.4	Industrie den Menschen näher bringen	65
	Dialog zwischen Industrie und Bevölkerung stärken	65
7.5	Übergreifende Stoßrichtung	66
8	Gemeinsame Erklärung zum Industriedialog Baden-Württemberg	67
9	Anhang	74
9.1	Ergebnisse Onlinebefragung	74
9.2	Quellenverzeichnis	77
9.3	Impressum	90



2

Leitbild und Leitlinien für die Industrie Baden-Württembergs in 2025

Gemeinsam in die Zukunft – Industrieland Baden-Württemberg!

DIE HEIMAT DER WELTMARKTFÜHRER.

Baden-Württemberg ist auch im Jahr 2025 eine Industrieregion von Weltrang. Anders als in anderen westlichen Regionen hat man den Anteil der industriellen Wertschöpfung an der gesamten Wertschöpfung weiter ausgebaut. Teilweise wurde aufgrund der guten Bedingungen Wertschöpfung ins Land zurückgeholt. Das Land verfügt auch 2025 über einen starken, global orientierten Mittelstand und ist weiterhin wichtiger Produktions- und Entwicklungsstandort vieler internationaler Konzerne. Die Industrieunternehmen im Land zeichnen sich durch unverändert starke regionale Verankerung und große Vielfalt über Branchen und Größenklassen aus. Sie sind oftmals in ihren Branchen Weltmarktführer, einige davon sind erst in den letzten Jahren entstanden. Bei Qualität, Innovationsgrad und Nachhaltigkeit ihrer Fertigung und Produkte setzen sie globale Standards. Dadurch sind Produkte aus Baden-Württemberg weltweit nachgefragt, und die Exportleistung ist unverändert stark. Ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil des Landes im Jahr 2025 sind tiefe Wertschöpfungsketten, die auch das Handwerk und die industrienahen Dienstleistungen umfassen. Hierin liegt auch die besondere Bedeutung der baden-württembergischen Industrie, die mit innovativen Produkten und Dienstleistungen zur Gestaltung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie z. B. der Energieversorgung, Gesundheit und Mobilität, beiträgt.

INDUSTRIE FÜR MENSCHEN – MENSCHEN FÜR INDUSTRIE.

Im Jahr 2025 sind das Land und seine Bevölkerung stolz auf ihre traditionsreiche und zukunftsorientierte Industrie. Industrielle Wertschöpfung wird als Treiber von Wohlstand und Beschäftigung gesehen. Betriebsräte, Mitbestimmung und Tarifbindung sind einer der Garantien guter Arbeit mit fairer Entlohnung. Mit der Digitalisierung in der neuen Dimension z. B. von Industrie 4.0 sind weitreichende Veränderungen verbunden. Der umfassende Wandel, etwa bei Arbeitsformen, Arbeitsbedingungen, Berufsbildern und notwendigen Qualifikationen, hat hohe Anforderungen an die Unternehmen, aber auch an Betriebsräte und Sozialpartner gestellt. Gemeinsam haben sie die Rahmenbedingungen für die neue Arbeit gestaltet. Damit schaffen und erhalten die ansässigen

Industrieunternehmen für einen großen Teil der Erwerbstätigen im Land ein hochwertiges und modernes Angebot an guten Arbeitsplätzen. Die Industrie in Baden-Württemberg wird 2025 ihrer Verantwortung auch dadurch gerecht, dass sie die Lösung überregionaler gesellschaftlicher Herausforderungen wie Energiewende und demografischer Wandel unterstützt. Sie zeigt durch die Übernahme sozialer Verantwortung ihre unverändert große regionale Verbundenheit mit dem Standort. Dadurch trägt die Industrie kontinuierlich zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in Baden-Württemberg bei. Gesellschaft und Industrie stehen in einem konstruktiven Dialog, der von Offenheit und Respekt getragen ist. Sie ringen gemeinsam um beste Lösungen und bewältigen so auch die Herausforderungen, die sich für die Zukunft abzeichnen.

MUSTERLAND FÜR INDUSTRIE.

Baden-Württemberg hat bis 2025 die globale industrielle Entwicklung maßgeblich mitgestaltet und vorangetrieben. Die Politik schafft günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Prosperität, zu denen auch die industriefreundlich ausgebaute öffentliche Infrastruktur zählt. Die Forschungslandschaft Baden-Württembergs befindet sich weiterhin auf internationalem Spitzenniveau. Die hohe Intensität der industriellen Forschung und Entwicklung sowie die inzwischen ausgezeichnete Zusammenarbeit der Industrie mit Universitäten und Forschungsinstituten sichern auch im Jahr 2025 die Rolle des Landes als Spitzenreiter im globalen Innovationswettbewerb. So konnten die Chancen der Digitalisierung erfolgreich genutzt werden, und Baden-Württemberg hat sich national wie international in den Mittelpunkt zukunftsorientierter Industriestandorte gerückt. Die Industrie in Baden-Württemberg ist 2025 geprägt durch Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt, neuen Technologien und globalen Märkten und zieht Talente und Investoren aus der ganzen Welt an. Die Vorreiterposition im Bereich der industriellen Produktion und Entwicklung ist auch der Schlüssel für Wachstum und Wohlstand in der Zukunft.

3

Zusammenfassung

Baden-Württemberg ist das stärkste Industrieland in Deutschland. Mit einem Umsatz von 309 Milliarden Euro und einem Wertschöpfungsanteil der Industrie von 32,5 % liegt Baden-Württemberg absolut und relativ vor allen anderen Bundesländern. Seit jeher prägt die Industrie das Bundesland. Bekannt ist Baden-Württemberg dabei vor allem für seine unzähligen Weltmarktführer, die sich über das gesamte Bundesland verteilen. Die Industrieunternehmen haben das Land seit der Industrialisierung geprägt und entscheidend dazu beigetragen, dass es als eine der wohlhabendsten Regionen der Welt gilt. So arbeitet heute jeder vierte Erwerbstätige in der Industrie, die ihren Arbeitnehmern überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze bietet. Und auch zur hohen Innovationsfähigkeit des Landes – nach Patentanmeldungen pro Einwohner ist das Land bundesweit führend – trägt die Industrie maßgeblich bei: Allein 80 % der FuE-Ausgaben in Baden-Württemberg kommen aus der Wirtschaft.

Diese industrielle Stärke des Landes ist auch den guten Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen in Baden-Württemberg zuzuschreiben. Nicht nur politische Rahmenbedingungen wie eine dialogorientierte Wirtschaftspolitik tragen hierzu bei, sondern auch die finanziellen Rahmenbedingungen oder die Forschungslandschaft.

Der Industriestandort Baden-Württemberg steht in Zukunft vor globalen, aber auch nationalen Herausforderungen. Eine steigende Weltbevölkerung und aufstrebende Industrienationen könnten für Deutschland, und damit auch für Baden-Württemberg, zu einem relativen Bedeutungsverlust führen. Auch der globale Innovationswettbewerb dürfte noch härter werden. Die Neuausrichtung von Wertschöpfungsketten und der technologische Strukturwandel könnten zukünftig die „Spielregeln“ grundlegend verändern. Darüber hinaus spielen regionale Entwicklungen wie der Ausbau der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur, die Unterstützung von Gründungen, die Sicherung von Beschäftigung oder auch die Sicherstellung von Industrieakzeptanz im Land eine große Rolle.

Um diese und weitere Herausforderungen erfolgreich in Wettbewerbsvorteile für das Land und seine Industrie zu verwandeln und um Beschäftigung auch in Zukunft zu sichern, hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg mit Wirtschaft und Gewerkschaften einen Industriedialog gestartet. Die acht dort vertretenen Organisationen haben sich untereinander



und mit weiteren Akteuren unter anderem in Interviews, regionalen Werkstätten und einer Zukunftsarena zur Zukunft des Industriestandorts ausgetauscht. Der Industriedialog ist Ausdruck der dialogorientierten Wirtschaftspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft. In dieser „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ entwickeln die Akteure ein gemeinsames Verständnis von den Herausforderungen für den Industriestandort und geben sich ein Leitbild ebenso wie einen Handlungsrahmen für konkrete Aktivitäten.

So wurde unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft – Industrieland Baden-Württemberg“ ein Leitbild für 2025 definiert: Auch 2025 wird Baden-Württemberg eine Industrieregion von Weltrang mit guten Arbeitsplätzen sein, die ihren Anteil der Industrie an der Wertschöpfung sogar weiter ausgebaut hat. Die „Heimat der Weltmarktführer“ wird auch dann noch durch regional verankerte Unternehmen mit großer Vielfalt in Branchen und Größenklassen geprägt sein. Das Land und seine Bevölkerung werden stolz auf diese traditionsreiche und zukunftsorientierte Industrie sein und sie als Treiber von Wohlstand und Beschäftigung schätzen. Die Industrie ist Vorreiter in der Digitalisierung und produziert in nachhaltigen Prozessen nachhaltige Produkte. Darüber hinaus nimmt Baden-Württemberg als „Musterland für Industrie“ 2025 eine globale Vorreiterrolle ein. Mit günstigen Rahmenbedingungen zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur und Forschung sichert das Land Beschäftigung und Wohlstand ebenso wie seine Spitzenstellung im globalen Innovationswettbewerb.

Um dieses Leitbild zu erreichen, wurden im Dialogprozess vier Handlungsfelder definiert:

- Fachkräfte nachhaltig für Industrie gewinnen
- Innovation und Gründung inspirieren
- Industriestandort attraktiv gestalten
- Industrie den Menschen näher bringen

Um die Stärke des Industriestandorts zu erhalten, sind gut ausgebildete Fachkräfte unverzichtbar. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs müssen Schwerpunkte auf die Weiterbildung der Beschäftigten, die Ausbildung neuer Fachkräfte und die Anziehungskraft für ausgebildete Fachkräfte aus dem In- und Ausland gelegt werden. Dabei muss vor allem die Begeisterung für Industrie wie auch die hohe Arbeitgeberattraktivität aufgrund der guten Arbeitsplätze der Industrie erhalten bleiben und verstärkt transportiert werden. Eine verlässliche Sozialpartnerschaft schafft dabei eine wesentliche Grundlage für sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen.

Ein zweites wichtiges Handlungsfeld ist, die Innovationsfähigkeit des Landes zu erhalten und sogar auszubauen. So sollen vor allem auch mittelständische Unternehmen unterstützt werden, um die Chancen des technologischen Strukturwandels zu nutzen. Aufgrund ihrer größenbedingten Nachteile sollen mittelständische Unternehmen darüber hinaus besonders beim Technologietransfer unterstützt werden. Im Wirtschaftsdialog „Technologietransfer“ wurden dafür Maßnahmen entwickelt. Zuletzt soll auch der Nachwuchs innovativer Unternehmen im Land gefördert werden. Erfolgreiche Unternehmen sollen dabei verstärkt Patenschaften für Gründer übernehmen.

Im dritten Handlungsfeld sollen die bereits vorhandenen guten Rahmenbedingungen des Landes auch in Zukunft weiter verbessert werden, um den Produktions- und Entwicklungsstandort zu erhalten. Eine attraktive Ausgestaltung soll dabei sowohl bereits ansässige als auch externe Industrieunternehmen ansprechen. Der Ausbau von Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur sind dabei ebenso wichtige Themen wie die kontinuierliche Steigerung der Investitionsattraktivität und regionalen Wirtschaftsfreundlichkeit.

Zuletzt kann die Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen nur gemeinsam in einem starken Team aus Industrie und Bevölkerung gelingen. Die bessere Kommunikation, Transparenz und Vermarktung der Wohlstandswirkung und der gesellschaftlichen Bedeutung der Industrie müssen dafür weiterhin eine gemeinsame Aufgabe sein. Diese soll unter anderem durch landesweite Aktionen wie zum Beispiel ein Tag der offenen Tür, ein Industrie-Kompodium oder eine „Roadshow der Industrie“ umgesetzt werden.

Diese Handlungsfelder sind als Startschuss für einen weiteren Dialog zur Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg zu verstehen. Die am Dialogprozess beteiligten Akteure übernehmen gemeinsam Verantwortung, das entwickelte Leitbild und die Handlungsfelder mit Leben zu füllen. Hierzu werden sie auch in Zukunft im Dialog bleiben. Die Branchen- und Themendialoge im Rahmen der dialogorientierten Wirtschaftspolitik stellen die Foren zur Verständigung über konkrete Maßnahmen. Auf Basis der hier vorgestellten Ergebnisse wird sichergestellt, dass die strategischen Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Industrie in Baden-Württemberg über Branchen und Themen hinweg eng ineinandergreifen.

4

Dialogprozess



Zukunftsarena des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, 15. April 2015, Staatsgalerie, Stuttgart. Der Dialogprozess zur Entwicklung der Industrieperspektive 2025 wurde von A.T. Kearney begleitet und moderiert.

Das Projekt zur Entwicklung der Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025 wurde im Sommer 2014 durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg im Rahmen seiner dialogorientierten Wirtschaftspolitik ins Leben gerufen. Zu diesem Zweck hat sich eine *Kerngruppe* zusammengefunden. Die an der Entwicklung beteiligten Akteure der Kerngruppe sind:



Diese Kerngruppe hat nach dem offiziellen Kick-Off Ende Oktober 2014 gemeinsam die Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025 in einem Dialogprozess entwickelt.

Die Arbeit der Projektgruppe ist Ausdruck der dialogorientierten Wirtschaftspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft. Seit 2011 wurden vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft branchen- und themenspezifische Dialoge gestartet. In diesen Dialogen treffen die jeweils betroffenen Sozialpartner, Verbände und Kammern regelmäßig mit dem Ministerium zusammen. In den Dialogen verständigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie Wirtschaftspolitik und strategische Initiativen der beteiligten Akteure aufeinander abgestimmt werden können.

Neben branchen- und themenspezifischen Fragestellungen gibt es in den industriebezogenen Dialogen einige wiederkehrende, übergreifende Herausforderungen. In der „Industrieperspektive 2025“ beschreiben die beteiligten Akteure der Industriepolitik ihr gemeinsames Verständnis von den Herausforderungen und geben sich einen Handlungsrahmen für konkrete Aktivitäten.

Zu Beginn des Projekts haben die Akteure der Kerngruppe in mehreren Treffen ein Leitbild (Kapitel 5) entwickelt und erste Handlungsfelder und -bereiche (Kapitel 7) abgeleitet. Parallel dazu wurde die Erstellung einer umfangreichen Industrieanalyse (Kapitel 6) für Baden-Württemberg begonnen. Diese stellt einerseits die Bedeutung der Industrie für das Land Baden-Württemberg und die Stärke des Landes in der Industrie heraus und validiert andererseits auch auf Basis quantitativer Daten die ersten Ideen zu den Handlungsfeldern und -bereichen. Nach diesen Schritten wurde der Dialogprozess erweitert, und weitere Akteure wurden eingeladen daran teilzunehmen: Zunächst wurden die Handlungsfelder und -bereiche durch 15 Interviews mit Geschäftsführern, Vorstandsmitgliedern, Unternehmensvertretern und Betriebsräten von Industrieunternehmen unterschiedlichster Branchen und Größen weiter ausgestaltet. Diese Interviews fanden zum Großteil im Januar und Februar 2015 statt.

Darüber hinaus wurden unter anderem in diesen Interviews auch erste Ideen für Stoßrichtungen (Kapitel 7) formuliert. Diese konkretisieren die geplanten Aktionen in den Handlungsbereichen. Weitere Ideen für Stoßrichtungen wurden im März 2015 in drei regionalen Werkstätten in Freiburg, Karlsruhe und Reutlingen gesammelt.

Im März 2015 wurden regionale Werkstätten in Freiburg, Karlsruhe und Reutlingen durchgeführt; links: Werkstatt in Reutlingen; rechts: IHK Freiburg



Sie sind hier: »Startseite »Service »Presse- und Öffentlichkeitsarbeit »Pressemittellungen

ONLINE-BEFragung Text vorlesen 05.03.2015

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft startet Onlinebefragung zur Industrie in Baden-Württemberg



Was sind Ihrer Meinung nach die größten Stärken der Industrie in Baden-Württemberg? Worin liegen die wichtigsten Herausforderungen für die Industrie in den kommenden Jahren? Wie wird sich Ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren entwickeln?

PORTRÄT
Dr. Nils Schmid
 Minister für Finanzen und Wirtschaft, stellv. Ministerpräsident

» Mehr

Weitere Meldungen

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT
 Einheitsmännchen in Stuttgart auf dem Schlossplatz begrüßt

BAUFREIGABE
 Baufreigabe für den 2. Bauabschnitt zur Sanierung und Modernisierung des Hauses der Wirtschaft in Stuttgart

Onlinebefragung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, 05.–31. März 2015, Website des Ministeriums

Nach der Vorstellung von bestehenden Initiativen und Aktivitäten im Land sowie von Best Practices wurden in diesen Werkstätten für jedes Handlungsfeld Stoßrichtungen entwickelt, vorgestellt und priorisiert. Die gesammelten Ideen der Stoßrichtungen wurden dann von der Kerngruppe diskutiert und für die Industrieperspektive 2025 ausgewählt.

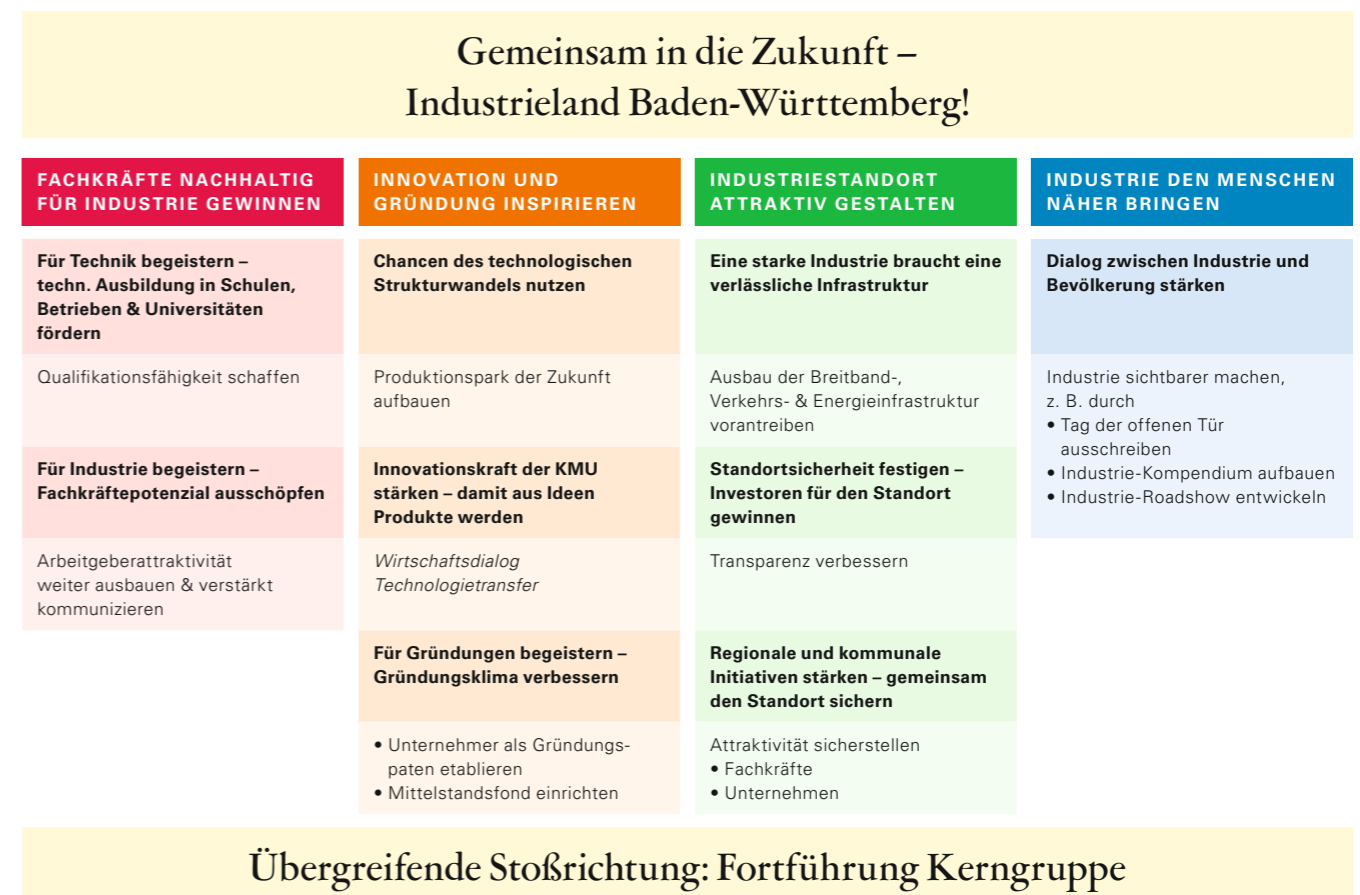
Parallel zum Dialogprozess ließ das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Zeitraum vom 05. bis 31. März 2015 eine Onlinebefragung durchführen, um das Stimmungsbild in der Bevölkerung zum Thema „Industrie in Baden-Württemberg“ zu ermitteln. Ziel war es, die Bevölkerung auf innovative Weise in die Erstellung der Industrieperspektive einzubeziehen. An der Befragung haben über 2.300 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Die Befragung sammelte Eindrücke der Teilnehmenden unter anderem zur Wahrnehmung, zum Stellenwert, zu Stärken und Schwächen, zu Herausforderungen und zu Zukunftsaufgaben der Industrie im Land. Diese flossen in die Erstellung der Industrieperspektive ein.

Ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung der Industrieperspektive 2025 war Mitte April 2015 die „Zukunftsarena“ in der Staatsgalerie Stuttgart. Bei dieser Veranstaltung diskutierten 13 Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften vor einem Publikum von ca. 120 Personen die vier Handlungsfelder. Das Publikum konnte sich in diesem Format durch Abstimmungen und Wortbeiträge einbringen.

ÜBERBLICK ÜBER DIE ERGEBNISSE DES DIALOGPROZESSES

Die beteiligten Akteure übernehmen gemeinsam Verantwortung, die entwickelte Industrieperspektive mit Leben zu erfüllen. Die Branchen- und Themendialoge im Rahmen der dialogorientierten Wirtschaftspolitik sind dabei wichtige Foren zur Verständigung über konkrete Maßnahmen. Auf Basis der hier vorgestellten Ergebnisse wird sichergestellt, dass die strategischen Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Industrie in Baden-Württemberg über Branchen und Themen hinweg eng ineinandergreifen.

ABB. 1:
Überblick über die Ergebnisse des Dialogprozesses



Anmerkung:

Im gesamten Dokument wird die männliche Form zur textlichen Vereinfachung verwendet und bezieht die weibliche Form mit ein.



5

Ausgangssituation

Im Projekt „Milkrun 4.0“ der Wittenstein AG steht die Optimierung der Intralogistik im Fokus: Industrie 4.0 wird durch Auto-ID-Technologien, eingebettete Systeme, IT-Systeme der Produktion und deren Vernetzung in einem Fabrik-Internet umgesetzt.

Die Industrie ist ein wichtiger Bestandteil Baden-Württembergs. Sie prägt Geschichte und Tradition gleichermaßen wie die Gegenwart. Nicht zuletzt trägt sie auch maßgeblich zum Wohlstand des Landes bei. Sie schafft in großer Anzahl Arbeitsplätze, die sich durch eine überdurchschnittliche Entlohnung, anspruchsvolle Tätigkeitsprofile und eine hohe Arbeitsplatzsicherheit auszeichnen.

Die Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Land, die auch durch Mitbestimmung und Tarifbindung geprägt wird, ist ein Vorteil für den Standort, der auch in Zukunft erhalten werden muss. Darüber hinaus hängen an der Industrie viele weitere Arbeitsplätze in den industrienahen Dienstleistungen und im Handwerk. Gleichermäßen fördert sie den technologischen Fortschritt im Land und ist ein wesentlicher Treiber von Investitionen in Forschung und Entwicklung und für die Anmeldung von Patenten. Für die Zukunft zeichnen sich jedoch weltweit technische, gesellschaftliche und politische Verschiebungen ab, die die Entwicklung des Industriestandorts Baden-Württemberg und der dort ansässigen Industrieunternehmen in den nächsten Jahren maßgeblich beeinflussen werden. Daraus erwachsen eine Fülle von Chancen, aber auch Herausforderungen.

Eine wesentliche Herausforderung ist der *demografische Wandel*. In den nächsten zehn Jahren scheidet die Babyboomer-Generation allmählich aus dem Berufsleben aus. Dazu kommen die niedrigen Geburtenzahlen der vergangenen Jahrzehnte. Dadurch wird sich das verfügbare Potenzial an Fachkräften tendenziell verringern. Bisher ist es Baden-Württemberg gelungen, den Fachkräftebedarf durch steigende Erwerbsquoten von Frauen und Älteren sowie durch Zuwanderung aufzufangen. In Zukunft wird sich der Fachkräftebedarf auf mehr Berufsbilder ausweiten. Industrieunternehmen steht die Herausforderung bevor, unter den Vorzeichen des partiellen Fachkräftemangels und der globalen „Jagd nach Talenten“ dennoch Produktqualität, Innovationsfähigkeit und Absatzmärkte sicherzustellen. Darüber hinaus sind unter anderem die Organisation der zunehmend diversifizierteren Belegschaften in Hinblick auf geografische und soziale Herkunft, Alter oder Geschlecht und die Nutzung der daraus entstehenden Potenziale wichtige personalpolitische Themen für die Industrie.

Der alternden und wohl auch ab etwa 2020 schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland steht eine noch auf Jahrzehnte hinaus stetig *steigende Weltbevölkerung* gegenüber. Täglich partizipieren gerade auch in den sogenannten Schwellenländern mehr Menschen am Konsum, und die Mittelschicht wächst auch in diesen Ländern rasant an. Dadurch entstehen für die Unternehmen weltweit neue dynamische Märkte und attraktive Exportziele. Dies hat aber auch zur Folge, dass die Standortbedingungen Baden-Württembergs, etwa die Verkehrsinfrastruktur, die Energieversorgung und auch die staatlichen Rahmenbedingungen, zunehmend im globalen Wettbewerb stehen. So stehen

Baden-Württemberg und seine Industrie vor der Herausforderung, die Bedeutung in der Welt und die industriellen Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern. Der BDI sagt voraus, dass sogenannte „aufholende Industrieländer“, allen voraus China, zunehmend zu *Anteilsverlusten* an der globalen *Wirtschaftskraft* bei den etablierten Industrienationen führen können¹. Auch wenn Deutschland sich bisher behaupten konnte, könnte es ohne wirksame Gegenmaßnahmen künftig zu einem relativen Bedeutungsverlust der deutschen und baden-württembergischen Industrie kommen. Stagnierende Inlands- und wachsende Auslandsmärkte, „Local-Contents-Anforderungen“ und steigende Logistikkosten könnten heimische Unternehmen zunehmend zum Aufbau von zusätzlichen Produktionskapazitäten im Ausland veranlassen. Eine solche Kräfteverschiebung würde eine *Neuaustrichtung globaler Wertschöpfungsketten* nach sich ziehen.

Der sich abzeichnende *technologische Strukturwandel* bietet dabei eine bedeutende Chance, dieser Kräfteverschiebung durch einen neuen Industrialisierungsschub zu begegnen. Einer Studie zufolge bietet die digitale Transformation Europa bis 2025 einen möglichen Zugewinn von 1,25 Billionen Euro industrieller Bruttowertschöpfung – aber auch die Gefahr, bis 2025 605 Milliarden Euro industrielle Bruttowertschöpfung zu verlieren, davon alleine 220 Milliarden in Deutschland². Was wir daraus machen, hängt davon ab, wie wir die Chancen nutzen. Durch Industrie 4.0 oder die Digitalisierung der Wirtschaft insgesamt können die Standortvorteile Baden-Württembergs im internationalen Wettbewerb durch weitere Qualitäts- und Produktivitätsgewinne in der Industrie ausgebaut werden. Durch Effizienzsteigerungen in den Industrieunternehmen sind darüber hinaus enorme Kostenersparnisse zu erwarten. Mit den zahlreichen Chancen des technologischen Strukturwandels für die Industrie gehen aber auch viele Herausforderungen für die Zukunft einher. So können Technologien wie z. B. der 3-D-Druck das industrielle Geschäftsmodell grundlegend verändern. Sie könnten den Produktionsprozess zum Kunden verlagern und im Extremfall Industrieunternehmen in Dienstleister verwandeln. Entsprechend stehen die Industrie insgesamt und nicht zuletzt auch der industrielle Mittelstand in Baden-Württemberg vor der Herausforderung, den technologischen Strukturwandel erfolgreich umzusetzen und sich dadurch auch selbst zu wandeln, vom Geschäftsmodell bis hin zum gesamten Produktionsprozess und der Ausgestaltung der Arbeitsorganisation. Diese Herausforderungen sind von der Industrie gemeinsam mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften anzugehen. Auf dem Weg dorthin sind noch einige zentrale Fragen zu klären, etwa zu IT-Sicherheit und Datenschutz, zu benötigten Qualifikationen oder auch zur Verfügbarkeit von Kommunikationsnetzen zur Beförderung des rasant steigenden Datenvolumens. Weiter geht es auch um die Frage, wie die industriellen Datenmengen für innovative Prozesse genutzt werden können. Nicht zuletzt steht man hier in Konkurrenz mit der IT-Industrie in den USA.

Diese frühzeitige und erfolgreiche Positionierung Baden-Württembergs in der Digitalisierung ist vor allem notwendig, um die Spitzenposition des Standorts im *globalen Innovationswettbewerb* auch in Zukunft zu sichern. Derzeit investieren Unternehmen in Baden-Württemberg europaweit am meisten in Forschung und Entwicklung. In den vergangenen Jahren konnte man aber eine zunehmende Intensivierung des globalen Innovationswettbewerbs beobachten. Die Faktorproduktivität in den Schwellenländern steigt, und die Globalisierung von Wirtschaft und Wissenschaft schreitet voran. Viele europäische Länder und ebenso die USA und Wachstumsregionen wie China und

Indien verstärken ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung zum Teil massiv. Zunehmend treten Schwellenländer auch in der Forschung und Entwicklung als starke Wettbewerber auf. Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden schon heute über 90 % des globalen Wissens außerhalb Deutschlands produziert. Die Industrie und die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg müssen sich gemeinsam auch unter den härter werdenden Bedingungen im globalen Innovationswettbewerb behaupten. Dabei muss die Politik sie mit geeigneten Rahmenbedingungen wie zum Beispiel dem intensiven Breitbandausbau unterstützen. Dazu gehört auch, dass sich Baden-Württemberg und seine Industrie durch geeignete Kooperationen Zugang zu dem außerhalb des Landes vorhandenen globalen Wissen schaffen und dieses für die Industrie nutzbar machen.

In den vergangenen Jahren haben wachsende soziale Unterschiede, die immer deutlicher werden den Folgen des Klimawandels und schwindende natürliche Ressourcen einen *Wertewandel* angestoßen. Die wachsende Bedeutung nachhaltigen Verhaltens, z. B. für die Gruppe der sogenannten „LOHAS“ (Menschen mit einem „Lifestyle of Health and Sustainability“), beeinflusst die Konsumenten und Unternehmen immer stärker. Hierbei wird Nachhaltigkeit jedoch nicht nur auf den Bereich „Umwelt“ im Sinne von Ressourceneffizienz und Umweltschutz beschränkt, sondern umfasst auch die Bereiche „Wirtschaft“ und „Gesellschaft“. So sind zum Beispiel in der Nachhaltigkeitsdiskussion die Voraussetzungen für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg auch die Einhaltung von Sicherheitsstandards und gute Arbeit mit fairer Entlohnung von großer Bedeutung: Vielen Menschen reicht es nicht mehr aus zu erfahren, was produziert wird, sie wollen auch wissen, von wem und wie etwas produziert wird und ob Produkte einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten. Dieser Herausforderung ist die Industrie in Baden-Württemberg bisher sehr gut nachgekommen. Sie produziert bereits heute zumeist nachhaltig in allen drei Dimensionen. Für die Zukunft stehen die baden-württembergischen Industrieunternehmen jedoch vor der Herausforderung, mit der voranschreitenden technologischen Entwicklung ihre Produktionsprozesse und Produkte zu verbessern und weiterhin attraktive Arbeitsplätze anzubieten.

Um den Industriestandort und die Industrie in Baden-Württemberg auf diese bevorstehenden globalen Entwicklungen vorzubereiten, haben sich die Beteiligten dazu entschlossen, in einem Dialogprozess eine Perspektive für die Zukunft des Industriestandorts zu formulieren. Ziel ist es, aus diesen globalen Trends Handlungsfelder für die Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg abzuleiten und Stoßrichtungen für zukünftige Maßnahmen zu definieren.



Das Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT) in Pfinztal bei Karlsruhe erarbeitet Lösungen für die Geschäftsfelder Automobil und Verkehr, Energie und Umwelt, Chemie und Verfahrenstechnik, Verteidigung und Sicherheit sowie deren Anwendung in der industriellen Praxis.

6

Die Industrie Baden-Württembergs

Die Industrie ist seit der Industrialisierung ein **zentraler Bestandteil** des Bundeslandes Baden-Württemberg. Bedeutende Industrieunternehmen haben das Land in den vergangenen Jahrhunderten geprägt und entscheidend dazu beigetragen, dass das Land heute als eine der wohlhabendsten Regionen in Deutschland, Europa und der Welt gilt.

Baden-Württemberg ist einer der *führenden Industriestandorte* in Deutschland, Europa und der Welt. Weltkonzerne wie Daimler oder Bosch, aber auch kleine und mittlere Industrieunternehmen prägen über das gesamte Bundesland verteilt die *Industriestruktur* (Kapitel 6.1). Das Land Baden-Württemberg und seine Bewohner profitieren von der Industrie: Sie ist *Wohlstandsmotor* für das Land, stellt viele Arbeitsplätze mit einem überdurchschnittlichen Gehalt und trägt einen erheblichen Anteil zum Steueraufkommen bei. Auch die internationale Spitzenposition des Landes im Bereich der *Innovationsfähigkeit* wird von der Industrie getragen (Kapitel 6.2). Ein Grund für die Industriestärke des Bundeslandes ist, dass Industrieunternehmen hier ein *wirtschaftsfreundliches Umfeld* vorfinden. Das Land betreibt eine moderne Industriepolitik, die die Industrie dabei unterstützt, sich für die Zukunft zu positionieren und zu vernetzen. Das gute Bildungssystem, der problemlose Kapitalzugang, die funktionierende Sozialpartnerschaft und die hervorragende Forschungslandschaft sind weitere Stärken des Standorts (Kapitel 6.3). Doch für die Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg gibt es auch einige *Herausforderungen*, zu denen der Fachkräftebedarf, der Infrastrukturausbau oder die Attraktivität für Investitionen gehören. Auch die weitere Internationalisierung und Digitalisierung gehören zu den Herausforderungen, die die Industrie in Zukunft zu bewältigen hat. Ein weiteres zentrales Thema, das die Industrie in Baden-Württemberg beschäftigt, ist das latente Akzeptanzproblem in Teilen der Bevölkerung (Kapitel 6.4).

Die Industrieanalyse verwendet in erster Linie Daten des *Verarbeitenden Gewerbes* nach der Definition der amtlichen Statistik sowie auch zahlreiche andere Quellen. Im Folgenden werden die Bezeichnungen „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Industrie“ synonym verwendet. In wenigen Fällen ist es aufgrund der Datenlage allerdings auch notwendig, Daten des Produzierenden Gewerbes für die Analyse des Industriestandorts Baden-Württemberg auszuweisen.

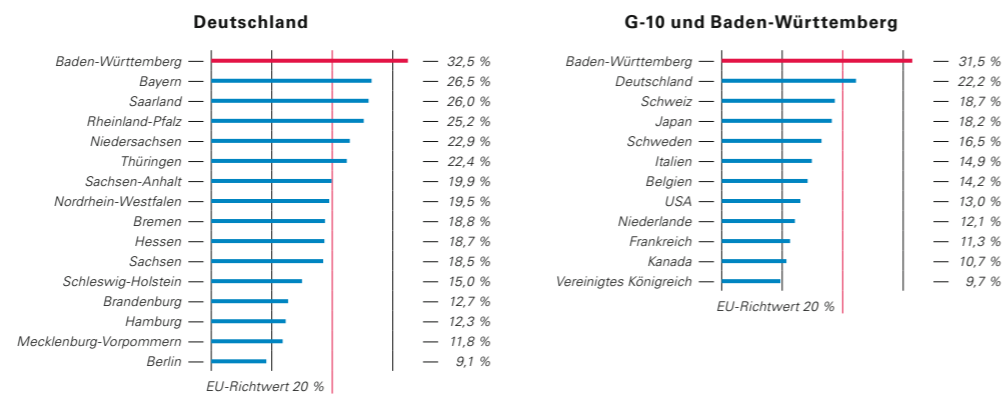
Ein Francis-Laufrad mit einem Durchmesser von 5,6 Metern und einem Gewicht von 73 Tonnen in der Werkstatt des VH-Werkes St. Pölten der Heidenheimer Voith GmbH. Es wurde für das Energieunternehmen Irkutskenergo im russischen Wasserkraftwerk Bratsk in Sibirien installiert.

6.1 Baden-Württemberg – ein starker Industriestandort

Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung betrug in Baden-Württemberg im Jahr 2014 32,5 %. Dieser Anteil ist seit 1993 konstant geblieben. Damit ist Baden-Württemberg der *führende Industriestandort* in Deutschland und auch *international* in der Spitzengruppe: Den Bundesländervergleich führt Baden-Württemberg deutlich an, vor den zweit- und drittplatzierten Bundesländern Bayern mit 26,5 % und dem Saarland mit 26 % (Abb. 2). Die absolute industrielle Bruttowertschöpfung ist mit 128 Milliarden Euro (2014) die höchste im Bundesgebiet, vor den in Bevölkerung und Fläche führenden Bundesländern Nordrhein-Westfalen (ca. 110 Milliarden Euro) und Bayern (ca. 124 Milliarden Euro)³. Die Industrie in Baden-Württemberg ist darüber hinaus auch für andere Branchen ein wichtiger Absatzmarkt und intersektorale Drehscheibe für Wertschöpfungsketten. So kommt man, wenn man die Verbundleistungen noch hinzuzieht, sogar auf einen Anteil an der Bruttowertschöpfung von 43 %, der von der Industrie abhängt⁴. Auch im *internationalen* Vergleich liegt Baden-Württemberg mit einem Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in 2013 vor allen G10-Staaten⁵, den wichtigsten Industrienationen der Welt (Abb. 2). Im absoluten Vergleich hatte Baden-Württemberg im Jahr 2013 mit 115 Milliarden Euro industrieller Bruttowertschöpfung über die Hälfte der gesamten industriellen Bruttowertschöpfung in Frankreich (215 Milliarden Euro), Italien (216 Milliarden Euro) oder Großbritannien (207 Milliarden Euro)⁶. Baden-Württemberg übertrifft den von der EU für 2020 definierten *Richtwert für die Industrie* (20 % Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung) um rund 60 %. Aktuell liegt der durchschnittliche Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in den EU-Ländern bei 15,6 %⁷ und ist damit nur rund halb so hoch wie in Baden-Württemberg.

ABB. 2:
**ANTEIL DES VERARBEITEN-
DEN GEWERBES AN DER
BRUTTOWERTSCHÖPFUNG**

des jeweiligen Bundeslandes, 2014 (links) und des jeweiligen Landes, 2013 (rechts) bzw. letztes verfügbares Jahr (Kanada 2010, Japan und USA 2012)^{3, 6, 7}



Baden-Württemberg ist die Heimat zahlreicher erfolgreicher *Unternehmen*, von denen viele in ihren Märkten *weltweit führend* sind. Im Jahr 2013 waren in Baden-Württemberg mit 3,8 Weltmarktführern pro 100.000 Einwohner doppelt so viele Weltmarktführer zu Hause wie im Bundesdurchschnitt. Das bedeutet einen Vorsprung von 0,9 Weltmarktführern pro 100.000 Einwohner auf Hamburg und sogar von 1,2 auf den Drittplatzierten Bayern (Abb. 3)⁸. Unter den 50 größten Weltmarktführern nach Umsatz in Baden-Württemberg stammen über 90 % aus der Industrie⁹.

Die 337 Weltmarktführer (2011) in Baden-Württemberg sind breit über alle Regionen des Bundeslandes verteilt, wobei besonders viele in den Regionen Stuttgart und Heilbronn-Franken angesiedelt sind (Abb. 3)¹⁰.

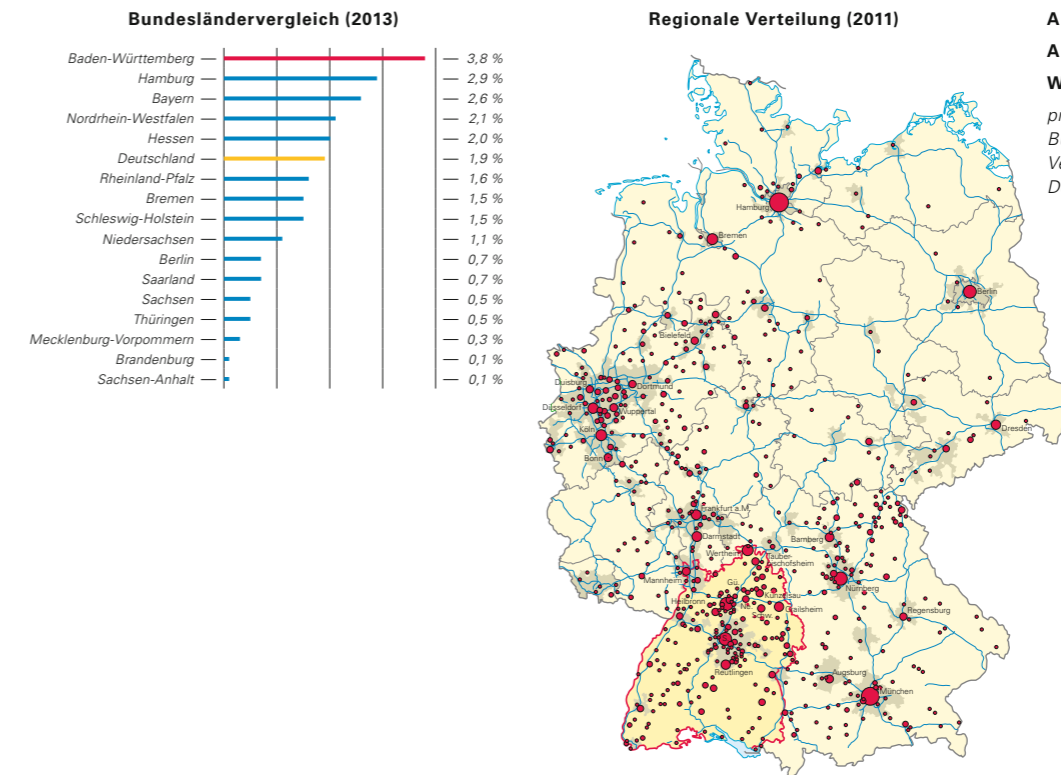


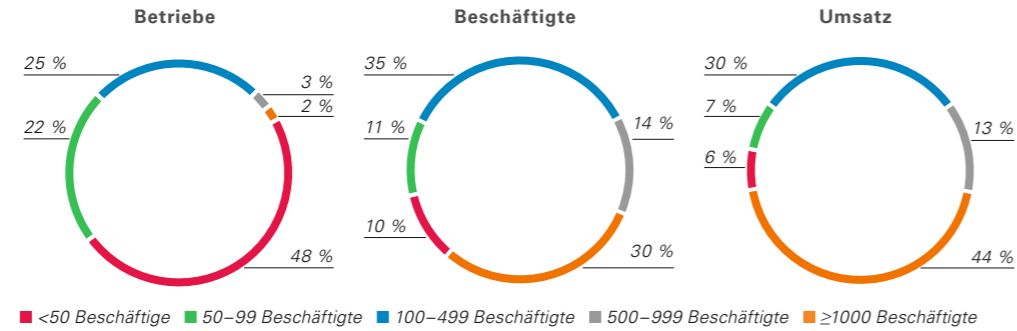
ABB. 3:
**ANZAHL DER
WELTMARKTFÜHRER**
pro 100.000 Einwohner nach
Bundesland und die regionale
Verteilung der Weltmarktführer in
Deutschland, 2013 bzw. 2011^{8, 10}

Grundsätzlich haben die verschiedenen *Regionen* Baden-Württembergs alle eine gute industrielle Basis: Betrachtet man zum Beispiel den Anteil der *Erwerbstätigen* im Verarbeitenden Gewerbe an den Erwerbstätigen einer Region, so lagen 2012 alle Regionen außer der Region Rhein-Neckar (18 %) bei einem Anteil von mindestens 20 %. Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg führt die Statistik mit 38 % an. Der Anteil der *Bruttowertschöpfung* des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung einer Region ist ebenfalls in allen Regionen sehr hoch, lediglich drei Regionen liegen unter 30 %. Auch hier ist die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg mit 44 % führend, dicht gefolgt von der Region Ostwürttemberg mit 43 %¹¹.

Industrieunternehmen in Baden-Württemberg sind aber nicht nur regional, sondern auch über alle *Betriebsgrößenklassen* verteilt: Neben großen und weltweit bekannten Konzernen charakterisieren vor allem kleine und mittlere Unternehmen den Industriestandort. So entfielen im Jahr 2014 rund 56 % des Industrieumsatzes in Baden-Württemberg auf Betriebe mit unter 1.000 Beschäftigten und rund 44 % auf große Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Der Anteil der kleinen Betriebe (Anzahl) mit weniger als 100 Beschäftigten lag im Jahr 2014 bei 70 %. Rund die Hälfte aller Beschäftigten arbeitete in mittleren Unternehmen mit 100–999 Beschäftigten (Abb. 4)¹².

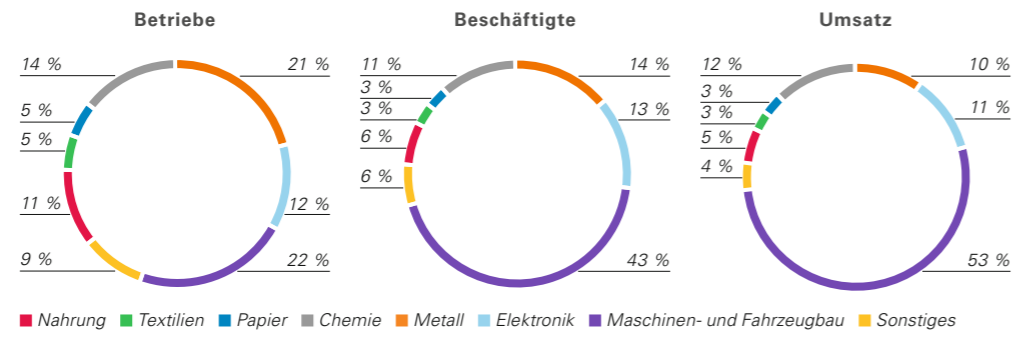


ABB. 4:
ANTEIL DER BETRIEBE, BESCHÄFTIGTEN UND DES UMSATZES
nach Betriebsgrößenklassen im Verarbeitenden Gewerbe bezogen auf Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, 2014¹²



In Bezug auf Branchen ist die Industrie in Baden-Württemberg auf der einen Seite durch eine *starke Maschinenbau- und Automobilindustrie*, auf der anderen Seite aber auch durch eine *große Branchenvielfalt* geprägt. So ist die *Anzahl* der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg recht gleichmäßig auf die Branchen verteilt: Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Metallerzeugung stellten 2014 jeweils ca. 20 % der Betriebe. Auf alle anderen Branchen (bis auf Textilien und Papier mit jeweils 5 %) entfielen jeweils ca. 10–15 %. Betrachtet man *Umsatz* und *Beschäftigte*, so entfallen auf den Maschinen- und Fahrzeugbau rund 53 % des Umsatzes und 43 % der Beschäftigten. Ebenfalls stark sind die Chemie-¹³, die Elektronik- und die Metallindustrie. Zusammen erwirtschaften diese drei Branchen 33 % des Umsatzes und stellen 38 % der Beschäftigten (Abb. 5)^{14, 15}. Mit 34 % des Umsatzes macht die Pharmaindustrie einen großen Teil der Chemieindustrie in Baden-Württemberg aus. Baden-Württemberg ist damit auch der größte Standort der Pharmaindustrie in Deutschland¹⁶ und rund ein Viertel aller Beschäftigten in der deutschen Pharmaindustrie arbeitet in Baden-Württemberg¹⁷. Aber auch die anderen Branchen sind im *innerdeutschen Vergleich* stark: Baden-württembergische Industrieunternehmen haben im Jahr 2014 zwischen 20 % und 25 % des Umsatzes in der Papierindustrie, Textilindustrie, Elektronikindustrie und dem Fahrzeugbau erwirtschaftet, im Maschinenbau waren es sogar 32 %^{15, 18}.

ABB. 5:
ANTEIL DER BETRIEBE, BESCHÄFTIGTEN UND DES UMSATZES
nach Branchen im Verarbeitenden Gewerbe bezogen auf Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, 2014^{12, 15}



6.2 Industrie als Motor des wirtschaftlichen Erfolgs

Die national wie international gute Position Baden-Württembergs als Industriestandort kommt dem Land insgesamt zugute, denn die Industrie ist für Baden-Württemberg ein wichtiger *Wohlfahrtsmotor*. Über 43.000 Industrieunternehmen im Land erwirtschafteten nach dem letzten Stand des Unternehmensregisters einen *Umsatz* von 381 Milliarden Euro. Damit trug die Industrie in Baden-Württemberg, obwohl sie nur 9 % der Unternehmen stellt, 42 % zum Umsatz aller Unternehmen in Baden-Württemberg bei¹⁹. Der Umsatz der baden-württembergischen Industrieunternehmen betrug 2012 außerdem rund ein Fünftel des Umsatzes aller Industrieunternehmen in Deutschland²⁰. Dadurch trug die Industrie in Baden-Württemberg erheblich zum *Steueraufkommen* des Landes und seiner Kommunen, aber auch zum Steueraufkommen des Bundes bei. Auf die Industrie in Baden-Württemberg entfallen ca. ein Drittel des Lohn- bzw. Einkommenssteueraufkommens und ca. 40 % des Körperschaftssteueraufkommens²¹.

Darüber hinaus ist die Industrie auch der „*Exportschlager*“ Baden-Württembergs: Im Jahr 2014 hatte das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg eine Exportquote von 54,3 %. Diese lag etwa acht Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (46,3 %) und ist die höchste unter den Flächenländern²². Die USA, Frankreich, Schweiz, China und die Niederlande waren die Top-5-Ziele (2013) der baden-württembergischen Industrieexporte²³.

Diese internationale Ausrichtung führt dazu, dass weltwirtschaftliche Entwicklungen die Industrieentwicklung im Land stark beeinflussen. Dies zeigte sich beispielsweise während der *Wirtschafts- und Finanzkrise* 2009, als die Industrie in Baden-Württemberg überproportional stark eingebrochen ist (-21 % im Vergleich zu -15 % im Bundesdurchschnitt). Eine große Stärke der Industrie in Baden-Württemberg ist jedoch ihre Fähigkeit, sich überdurchschnittlich schnell zu erholen: Bereits 2010 war die Bruttowertschöpfung der Industrie wieder auf Vorkrisenniveau und 2011 wieder auf Wachstumskurs. Dies spricht für die hohe Widerstandsfähigkeit der Industrie in Baden-Württemberg und für die hohe Anpassungs- und Handlungsfähigkeit der baden-württembergischen

Sozial- und Wirtschaftspartner in der Fläche und in den Industriebetrieben. So konnte in den Krisenjahren 2008 bis 2010 die Beschäftigungsquote im Land mit dem konzentrierten Einsatz von modernen Flexibilisierungs-, Förder- und Arbeitsmarktinstrumenten durch die Tarifpartner, Betriebe und Behörden erfolgreich stabilisiert werden. Insgesamt ist die *Bruttowertschöpfung* der Industrie in Baden-Württemberg zwischen 2000 und 2014 durchschnittlich um 2,6 % jährlich gewachsen, im Bundesdurchschnitt dagegen nur um 2,1 % jährlich (Abb. 6)²⁴. Auch die preisbereinigte industrielle Bruttowertschöpfung bestätigt diesen Trend: Sie ist von 2009 bis 2013 um ca. 45 % gestiegen, im Bundesdurchschnitt dagegen nur um ca. 32 %²⁵.

JOBMOTOR INDUSTRIE

Gerade auch das *Arbeitsplatzangebot der Industrie* trägt zum Wohlstand des Landes bei. Im Jahr 2014 arbeiteten 1,49 Millionen Menschen in Baden-Württemberg in der Industrie und damit jeder *vierte Erwerbstätige*²⁶. Werden die unternehmensnahen Dienstleistungen zusätzlich in Betracht gezogen, so erhöht sich diese Zahl um weitere 705.600 Erwerbstätige (2013). Das sind ca. 18 % aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor²⁷. Betrachtet man den von der EU geschätzten Multiplikatoreffekt der Industrie von 2,2 Arbeitsplätzen, d. h. ein Arbeitsplatz in der Industrie schafft 2,2 Arbeitsplätze in dazugehörigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereichen, wird die Bedeutung der Industrie für den Arbeitsmarkt noch größer²⁸. Damit ist die Industrie auch ein großer Treiber für die sehr niedrige Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg: 2014 betrug die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg 4,0 %, das ist die zweitniedrigste Quote im Bundesgebiet²⁹. Die Industrie bietet Menschen aller *Altersklassen* und Qualifikationsstufen einen Arbeitsplatz: 2013 waren 68 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie jünger als 50 Jahre, 32 % waren älter als 50 Jahre. Die Beschäftigten in der Industrie verfügen mehrheitlich über eine berufliche Qualifikation: 63 % haben einen anerkannten Berufsabschluss und 13 % einen akademischen Abschluss. Fast 16 % haben allerdings keinen beruflichen Abschluss. Rund 27 % der Beschäftigten in der Industrie sind *Frauen*³⁰. Die Arbeitnehmer in der Industrie verdienen überdurchschnittlich gut: Der durchschnittliche *Bruttomonatsverdienst* im Verarbeitenden Gewerbe betrug 2014 in Baden-Württemberg 4.120 Euro und lag damit ca. 9 % über dem Durchschnitt aller Wirtschaftszweige mit 3.774 Euro (Abb. 7)³¹. Vergleicht man bundesweit die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe, so gehört das Land Baden-Württemberg zu den Top drei und führt die Liste der Flächenländer sogar an (Abb. 7)³².

ABB. 6:
INDUSTRIELLE
BRUTTOWERTSCHÖPFUNG
in jeweiligen Preisen in Baden-
Württemberg und Deutschland in
Milliarden Euro, 2000–2014²⁴

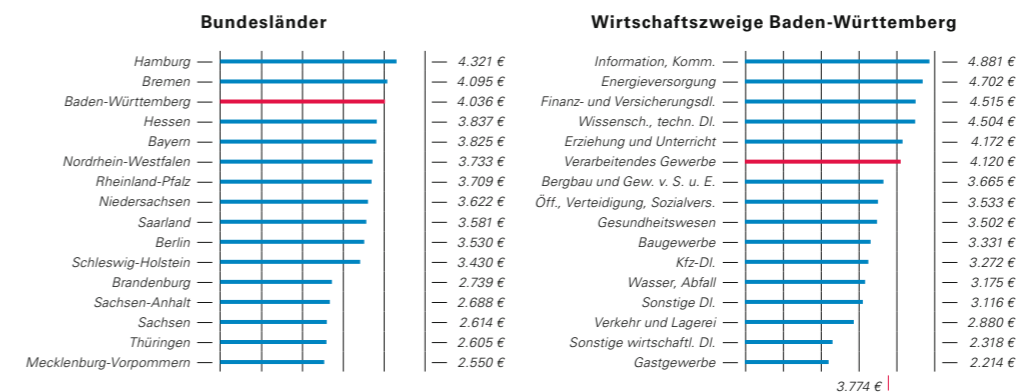
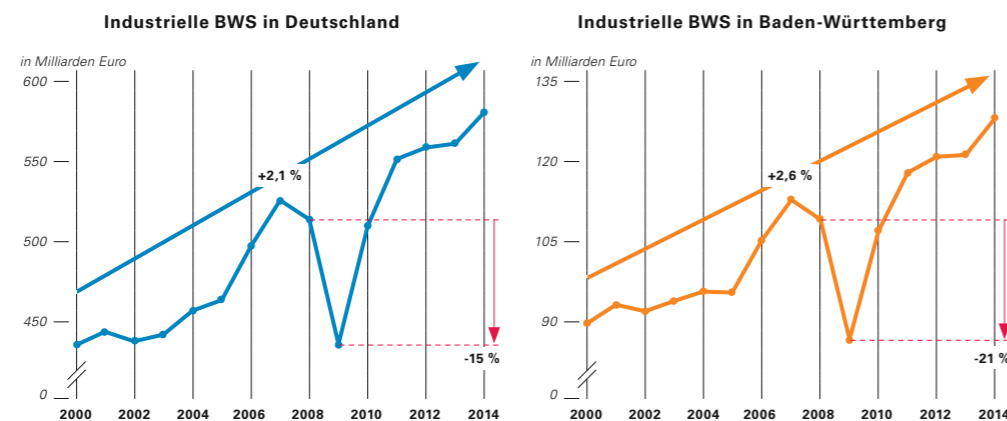
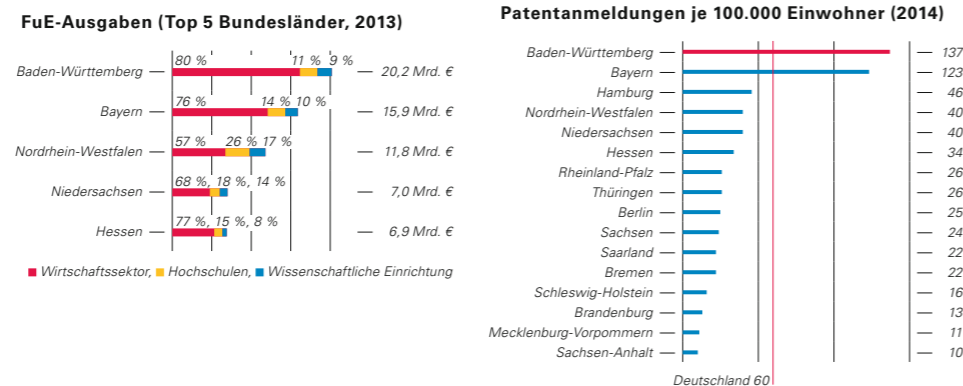


ABB. 7:
BRUTTOMONATS-
VERDIENSTE IM
PRODUZIERENDEN
GEWERBE
nach Bundesländern und
nach Wirtschaftszweigen in
Baden-Württemberg in Euro,
2014^{31, 32}

BADEN-WÜRTTEMBERG IST INNOVATIV – AUCH DANK SEINER INDUSTRIE

Die Industrie leistet einen großen Beitrag zu Baden-Württembergs internationaler Spitzenposition als eine der *innovativsten Regionen der Welt*. So belegt Baden-Württemberg im Innovationsindex 2014 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg mit einem Wert von 71,3 im europäischen Vergleich den ersten Platz, mit deutlichem Abstand vor Bayern (56,7) und der Île-de-France (55,3)³³. Im Innovationsindikator 2013 liegt Baden-Württemberg mit 69 Punkten weltweit auf dem dritten Platz hinter der Schweiz (75 Punkte) und Singapur (73 Punkte)³⁴. Dieser Erfolg basiert unter anderem auf zwei wichtigen Indikatoren: Forschungs- und Entwicklungsausgaben und Patentanmeldungen. Beim Anteil der *Forschungs- und Entwicklungsausgaben* am Bruttoinlandsprodukt führt Baden-Württemberg mit 4,8 % (2013) sowohl den innerdeutschen (Abb. 8)³⁵ als auch den internationalen Vergleich an. Die internationalen Top drei nach Ländern (Korea, Israel und Finnland, 2011) folgen mit jeweils rund 4 %³⁶. Diese Spitzenposition wird zu einem großen Teil durch die innovative Industrie in Baden-Württemberg getragen: Von den 20,2 Milliarden Euro Ausgaben in Forschung und Entwicklung 2013 kamen ca. 80 % aus der Wirtschaft. Damit liegen die Ausgaben des Wirtschaftssektors allein in Baden-Württemberg bereits über den gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben des zweitplatzierten Bundeslandes Bayern (15,9 Milliarden Euro, Abb. 8)³⁷. Bei den *Patentanmeldungen* bezogen auf die Einwohnerzahl lag Baden-Württemberg 2014 mit 137 Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner an der Spitze der Bundesländer, das waren mehr als doppelt so viele Anmeldungen wie im Bundesdurchschnitt (Abb. 8). Auch in diesem Bereich ist die baden-württembergische Industrie somit ein wichtiger Träger des Erfolgs. Im Ranking der nach Anzahl der Patentanmeldungen aktivsten Unternehmen und Institutionen befanden sich 2014 zehn Industrieunternehmen mit Hauptsitz in Baden-Württemberg unter den 50 innovativsten Unternehmen und Institutionen. Diese zehn Unternehmen haben 8.179 der 14.533 Patentanmeldungen in Baden-Württemberg eingereicht, also ca. 56 %³⁸.

ABB. 8:
FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSAUSGABEN
der fünf erstplatzierten Bundesländer nach Sektor in Milliarden Euro und Anteil in %, 2013, und Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner je Bundesland, 2014^{38, 39}

**DIE INDUSTRIE – WIRTSCHAFTLICH ERFOLGREICH, GESELLSCHAFTLICH ENGAGIERT**

Und schließlich leistet die Industrie in Baden-Württemberg auch einen wesentlichen *gesellschaftlichen Beitrag*. Gerade viele *kleine und mittlere Unternehmen* in Baden-Württemberg engagieren sich stark in ihren jeweiligen Regionen. Der „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg“, der gemeinsam von der Caritas in Baden-Württemberg, dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und seit 2014 erstmals auch der Diakonie Baden-Württemberg ausgelobt wird, würdigt seit 2007 zahlreiche Unternehmen bis 500 Mitarbeiter, die mit ihren CSR-Aktivitäten einen gesellschaftlichen Beitrag in Baden-Württemberg leisten. Beispielsweise wurde 2014 die Ensinger Mineral-Heilquellen GmbH ausgezeichnet, die diverse kirchliche Organisationen durch kostenlose Ware, Geldspenden oder logistische Leistungen unterstützt. Im Jahr 2013 wurde die Spitzdruck GmbH aus Villingen-Schwenningen gewürdigt, die mit ihrer ProKids-Stiftung ein Mentorenprogramm für Kinder und zahlreiche weitere Projekte unterstützt, und im Jahr 2012 die Reinert Kunststofftechnik GmbH & Co. KG, die insbesondere Menschen mit Behinderung fördert³⁹. Darüber hinaus war die baden-württembergische *Robert-Bosch-Stiftung* 2015 die zweitgrößte gemeinnützige privatrechtliche Stiftung Deutschlands⁴⁰. Viele weitere baden-württembergische *Großunternehmen bzw. -unternehmen* haben eigene Stiftungen ins Leben gerufen, etwa die Hanns-Voith-Stiftung, die MAHLE-Stiftung oder die Freudenberg Stiftung.



Die Filderklinik in Filderstadt bei Stuttgart ist eines von drei anthroposophisch ausgerichteten Krankenhäusern in Deutschland und eines der Hauptförderprojekte der MAHLE-Stiftung. Im Bild: der Eingangsbereich

6.3 Industrieheimat Baden-Württemberg – gemeinsam zum Erfolg

Das erfolgreiche Zusammenspiel zwischen den Beteiligten in Baden-Württemberg und der Industrie ist kein Zufall, sondern das Ergebnis verschiedener positiver Faktoren für die Industrie am Standort Baden-Württemberg. So bezeichnen in Baden-Württemberg überdurchschnittlich viele Unternehmen ihren Standort als *wirtschaftsfreundlich*. 2014 wurde unter 3.552 Unternehmen in Deutschland eine Umfrage zur Zufriedenheit mit ihrem Standort durchgeführt. Darin belegt Karlsruhe Rang 5 (94,2 %), Ulm Rang 7 (92,6 %) und Stuttgart Rang 11 (88,7 %). Damit liegt Stuttgart deutschlandweit gleichauf mit Städten wie München (ebenfalls Rang 11) oder Hamburg (Rang 13). Weitere baden-württembergische Städte (Mannheim, Heilbronn, Freiburg und Heidelberg) sind ebenfalls unter den Top 30 in der Rangliste und liegen damit über dem deutschen Mittelwert von 75 % im Vergleich aller 69 Großstädte⁴¹. Im Regionenranking 2014 punkteten auch die Landkreise in Baden-Württemberg: 27 der 100 erfolgreichsten Regionen im Regionenranking 2014 – nach Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität – liegen in Baden-Württemberg. Allein unter den Top 20 befinden sich fünf Landkreise aus Baden-Württemberg: Ludwigsburg, Böblingen, der Bodenseekreis, Tuttlingen und Heidenheim⁴².

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN STÄRKEN DIE INDUSTRIE

Ein positiver Einflussfaktor, der zur Standortattraktivität beiträgt, sind die *politischen Rahmenbedingungen* in Baden-Württemberg. So liegen zum Beispiel die kommunal festgesetzten Hebesätze der *Gewerbesteuer* im baden-württembergischen Durchschnitt auf dem drittniedrigsten Niveau aller Bundesländer (Abb. 9)⁴³. Darüber hinaus unterstützt das Land Unternehmen sowohl in Form finanzieller Beiträge als auch durch die Bereitstellung von Informationen und Netzwerkmöglichkeiten. Dabei spiegelt sich die Vielfalt der Industrie in Baden-Württemberg auch in den verschiedenen Netzwerken und Fördermaßnahmen im Land wider und spricht viele relevante Zielgruppen an.

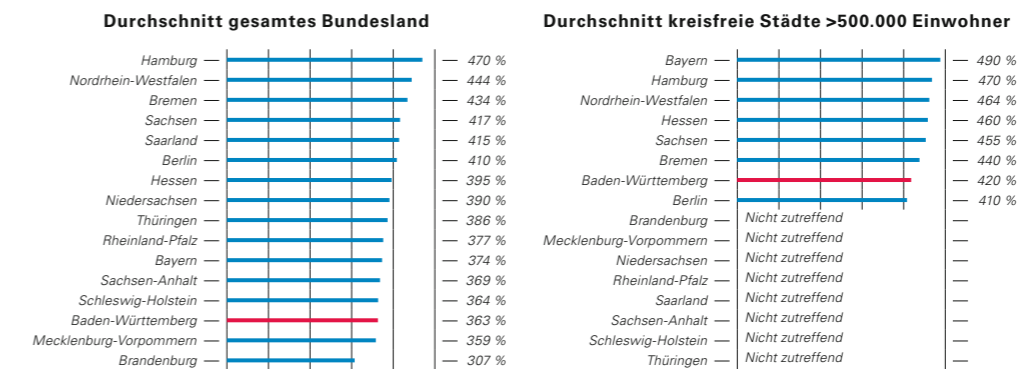


ABB. 9:
GEWOGENER DURCH-
SCHNITTSGEWERBESTEUER-
HEBESATZ
über alle Kommunen eines
Bundeslandes und alle kreisfreien
Städte mit mehr als 500.000
Einwohnern eines Bundeslandes
in %, 2013⁴⁴

In 79 *Clustern*, 85 Cluster-Initiativen und 29 landesweiten *Netzwerken* und *Landesagenturen* sind zahlreiche Unternehmen im Land bestens miteinander und mit Forschungseinrichtungen und Universitäten vernetzt. Landesweite Netzwerke gibt es etwa in den Themenfeldern Mikrosystemtechnik (z. B. „MST BW Mikrosystemtechnik Baden-Württemberg“), Photonik oder neue Werkstoffe



Montage eines Nutzfahrzeug-Motors im
Mercedes-Benz Werk Mannheim.

(mit der „Allianz Faserbasierte Werkstoffe“), aber auch für die Automobilwirtschaft (z. B. „automotive-bw“) oder in den Bereichen Umwelttechnik (z. B. Plattform Umwelttechnik e. V.) und Luft- und Raumfahrt (z. B. Forum Luft- und Raumfahrt Baden-Württemberg e. V.). Beispiele für Cluster-Initiativen aus den Regionen sind das „BioRN“ in Heidelberg, „CyberForum e. V.“ in Karlsruhe, „Photonics BW e. V.“ in Oberkochen, „MicroTEC Südwest“ in Freiburg, „Virtual Dimension Center Fellbach w. V.“ in Fellbach und die „Technology Mountains“ in Tuttlingen. Die Qualität der Netzwerkstrukturen in Baden-Württemberg wird auch durch den überdurchschnittlichen Erfolg im Rahmen des Spitzenclusters des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und durch neun Initiativen und landesweite Netzwerke bestätigt, die das Qualitätslabel „Cluster-Exzellenz Baden-Württemberg“ besitzen⁴⁴.

Hinzu kommen wie bereits erwähnt 17 *Dialoge*, die zahlreiche Herausforderungen von Unternehmen thematisieren, zum Beispiel die „Allianz für Fachkräfte“, das Bündnis „Frauen in MINT-Berufen“ oder der Wirtschaftsdialog „Technologietransfer“⁴⁵.

Neben solcher Förderung ist auch die finanzielle Förderung von Unternehmen in Form von Zuschüssen, Darlehen, Bürgschaften, Garantien und Beteiligungen in Baden-Württemberg signifikant. Viele *Fördermaßnahmen* stehen den Unternehmen und Existenzgründern im Produzierenden Gewerbe zur Verfügung. Beispielsweise werden kleine und mittlere Unternehmen durch Innovationsgutscheine bei der Planung, Entwicklung, Umsetzung und der wesentlichen qualitativen Verbesserung neuer Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen unterstützt. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Gründungsfinanzierung wie zum Beispiel das Programm „Startfinanzierung 80“, mit dem Existenzgründer und junge Unternehmen für ihre Vorhaben von der Förderbank des Landes ein zinsverbilligtes Darlehen erhalten. Dieses Darlehen ist zusätzlich mit einer 80%igen Bürgschaft der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg abgesichert. Weiterhin gibt es Finanzierungsangebote im Bereich Beteiligungsfinanzierung zum Beispiel in Form von stillen Beteiligungen seitens der „MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH“. Auf Landesebene gibt es eine Vielzahl von Fördermaßnahmen, die sich an Unternehmen des Produzierenden Gewerbes richten⁴⁶.

Auch aufgrund dieser Maßnahmen ist der *Zugang zu Kapital* für baden-württembergische Industrieunternehmen sehr gut: Die Kreditversorgung im Jahr 2014 war in Baden-Württemberg besser denn je. Bei einer Befragung der L-Bank gaben 87 % der Industrieunternehmen an, keine Probleme beim Kreditzugang zu haben. Dies sind 5,3 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt über alle Wirtschaftszweige hinweg (81,7 %) ⁴⁷. Die Industrieunternehmen lagen beim Volumen der Bürgschaften und Garantien, die von der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg 2014 übernommen wurden, vor den Unternehmen aller anderen Wirtschaftszweige. Insgesamt begleitete die Bürgschaftsbank 2014 2.244 Projekte mit einem Bürgschafts- und Garantievolumen von 277,5 Millionen Euro. Damit ist sie sowohl nach Anzahl als auch nach Volumen der Bürgschaften und Garantien mit Abstand die größte unter den Bürgschaftsbanken in Deutschland. Von den 277,5 Millionen Euro Bürgschaften und Garantien entfielen 69 Millionen Euro (ca. 25 %) auf Industrieunternehmen⁴⁸.

BADEN-WÜRTTEMBERG – ATTRAKTIV FÜR TALENTE AUS DEM IN- UND AUSLAND

Baden-Württemberg besitzt jedoch nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Arbeitnehmer eine hohe *Anziehungskraft*. Viele Zuzüge, ein positiver Wanderungssaldo und ein hoher Anteil ausländischer Bevölkerung zeigen, dass auch Menschen aus anderen Ländern gerne in Baden-Württemberg leben und arbeiten. So zählte Baden-Württemberg mit einem Anteil der ausländischen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung von 11,9 % im Jahr 2013 zu den fünf stärksten Bundes- und sogar den zwei stärksten Flächenländern⁴⁹. Mit 20,2 Zuzügen auf 100.000 Einwohner und einem Wanderungssaldo mit 6,8 auf 100.000 Einwohner war Baden-Württemberg im Jahr 2013 führend unter den Flächenländern (Abb. 10)⁵⁰. Die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund lag 2013 in Baden-Württemberg mit 69,5 % auf dem zweiten Platz in Deutschland (Bundesdurchschnitt 64,5 %). Die durchschnittliche Erwerbslosenquote der 15- bis 65-Jährigen mit Migrationshintergrund war 2013 zwar mit 5,9 % auf dem zweitniedrigsten Wert im Bundesgebiet (Durchschnitt 8,4 %), lag damit aber gleichwohl deutlich über dem Wert für die deutsche Bevölkerung im selben Jahr (4,6 %). Zugleich liegt der Anteil der abhängigen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in geringfügiger Beschäftigung auf dem zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer (12 %) ⁵¹. Betrachtet man die binnendeutsche Migration von Akademikern nach dem Studium, so ist Baden-Württemberg eines von lediglich vier Ländern mit einem Zuwanderungsüberschuss⁵². Dies gilt jedoch nicht nur für Hochschulabsolventen, sondern auch allgemein für die Binnenwanderung in Deutschland: Nach einer aktuellen Studie der Prognos AG ist Baden-Württemberg nach Bayern das Land mit dem höchsten kumulierten Binnenwanderungssaldo zwischen den Ländern der Bundesrepublik im Zeitraum von 1991 bis 2013⁵³. Von diesem Zustrom an Arbeitnehmern, die oft von den großen Arbeitgebern der Region angelockt werden, können auch die kleinen und mittleren Unternehmen am Standort profitieren.

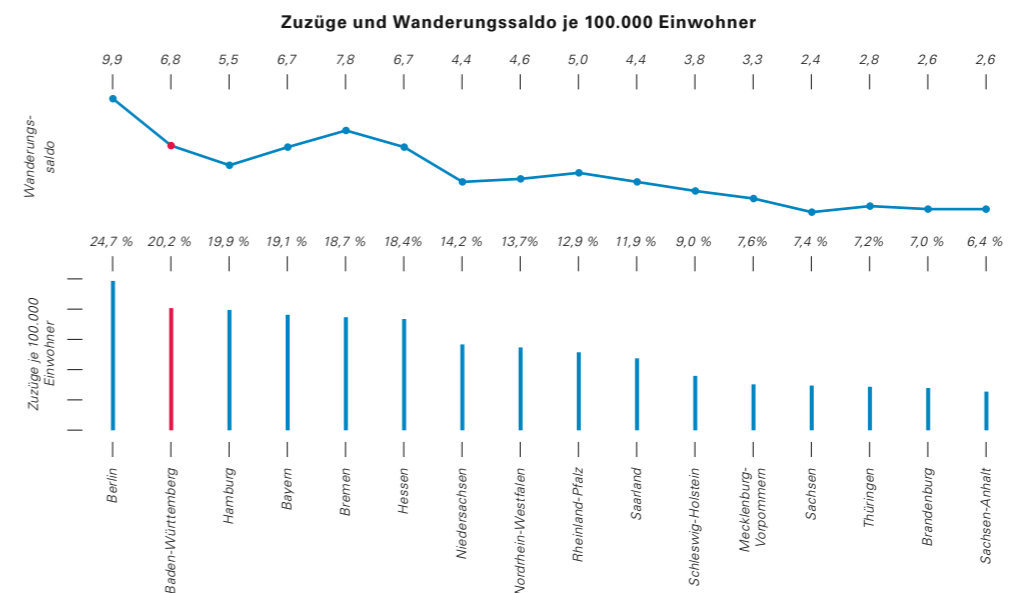


ABB. 10:
ZUZÜGE

je 100.000 Einwohner und Wanderungssaldo über die Grenzen Deutschlands (d. h. Zuzüge abzüglich Fortzüge) je 100.000 Einwohner nach Bundesland, 2012⁵¹

INDUSTRIELLE STÄRKE DURCH BILDUNG UND FORSCHUNG

Ein weiterer positiver Standortfaktor ist das überdurchschnittlich *hohe Bildungsniveau* in Baden-Württemberg. Die Grundlage hierfür legt das Bildungssystem. Es gehört zu den besten unter den deutschen Bundesländern und erreichte im Bildungsmonitor 2014 den vierten Platz. Beim Subindikator „berufliche Bildung/Arbeitsmarktorientierung“ liegt Baden-Württemberg sogar auf Platz 2⁵⁴. Dies spiegelt sich auch auf dem *Ausbildungsmarkt* wider: Die Anzahl der unversorgten Bewerber für eine Berufsausbildung lag 2014 bei 862⁵⁵. Im Vergleich dazu registrierte die Bundesagentur für Arbeit 2013 in Deutschland rund 21.000 unversorgte Bewerber⁵⁶. Zusätzlich ist die Lösungsquote, das heißt der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die vorzeitig gelöst werden, bezogen auf die gesamte Ausbildungszeit in Baden-Württemberg die niedrigste in Deutschland⁵⁷. Dies resultiert in einer sehr geringen Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen in Baden-Württemberg. Mit nur 3 % war diese 2013 die niedrigste unter den Bundesländern⁵⁸. Auch die Universitäten in Baden-Württemberg genießen einen sehr guten Ruf. Karlsruhe und Mannheim führen 2014 national die Platzierungen in den Fächern Informatik, Maschinenbau, BWL und Wirtschaftsingenieurwesen an. Darüber hinaus sind baden-württembergische Universitäten mit Stuttgart, Hohenheim, Heidelberg und Konstanz in vielen Fächergruppen in den Top 10 vertreten⁵⁹. Ca. 24 % der Graduiertenschulen und 15 % der Exzellenzcluster, die seit 2012 durch die Exzellenzinitiative der Bundesregierung gefördert werden, befinden sich an baden-württembergischen Universitäten. Mit den Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen hat Baden-Württemberg drei der bundesweit insgesamt elf Exzellenzuniversitäten⁶⁰. Auch im internationalen Vergleich können baden-württembergische Universitäten punkten: Zum Beispiel waren das Karlsruher Institut für Technologie und die Universitäten in Stuttgart und in Heidelberg 2014 unter den weltweit 100 besten Universitäten in den Ingenieurs- und Technologiewissenschaften und Natur- und Biowissenschaften. Unter den insgesamt weltweit 150 besten Universitäten finden sich die Universitäten in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen⁶¹. Ebenfalls ein baden-württembergisches Modell ist das heute bundesweit sehr erfolgreiche System „*Duale Hochschule*“. Damals hatten die international tätigen Unternehmen in Baden-Württemberg nach einer neuen Studienform verlangt, um Fach- und Führungskräfte unternehmensspezifisch zu qualifizieren. 1974 begann die Erfolgsgeschichte mit der Eröffnung der deutschlandweit ersten beiden Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim⁶².

Die Forschungsinfrastruktur des Landes ist ein weiterer entscheidender Standortfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft. Neben den Hochschulen verfügt das Land über mehr als 60 leistungsfähige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (Abb. 11). Besonders wichtige Partner für die Industrie sind die über 30 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt sowie der Innovationsallianz Baden-Württemberg⁶³. Die Institute der wirtschaftsnahen Forschung leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Entwicklung von technischen Innovationen, aber auch zum Technologietransfer. Sie bilden die Brücke zwischen der Grundlagenforschung und der technischen Entwicklung von Produkten und Produktionsverfahren in den Unternehmen. Damit sind sie zusammen mit den Transferzentren der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Wirtschaftsförderungseinrichtungen das Herzstück des Technologietransfer-Systems in Baden-Württemberg. Dieses System ist vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet⁶⁴.

ABB. 11:
FORSCHUNGLANDKARTE
für Baden-Württemberg, 2014⁶⁵

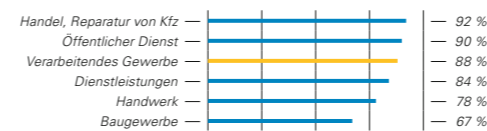


6.4 Baden-Württemberg und Industrie – auch in Zukunft ein starkes Team

Um die erfolgreiche Beziehung zwischen Baden-Württemberg und der Industrie auch für die Zukunft zu festigen, müssen bereits heute Aktionsfelder identifiziert und die Weichen entsprechend gestellt werden. Der Ausbau von Wettbewerbsvorteilen ist eine wichtige Aufgabe, um die erfolgreiche Zukunft als Industriestandort in Baden-Württemberg nachhaltig zu sichern.

Baden-Württemberg muss seine Stärken zukunftssicher aufstellen. Dazu zählen zum Beispiel die sehr gut ausgebildeten sowie die zugewanderten Fachkräfte. Empirische Ergebnisse bzw. Projektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis zum Jahr 2030 zeigen, dass Baden-Württemberg dank dieser Faktoren und zusätzlich aufgrund seiner vergleichsweise jungen Bevölkerung im Bundesländervergleich den geringsten Fachkräfteengpass aufweisen wird. Mit Blick auf die Entwicklung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zeichnet sich ein Fachkräftemangel vornehmlich in den Bereichen Pflege und Gesundheit sowie in den technischen Ausbildungsberufen ab⁶⁶. Dennoch stellen die Industrieunternehmen in Baden-Württemberg auch schon aktuell einen steigenden Fachkräftebedarf fest. Für 2015 gaben die Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg einen zusätzlichen Fachkräftebedarf in Höhe von 135.000 fehlenden Fachkräften an. Ein Fachkräftebedarf ist besonders bei den technischen Ausbildungsberufen und bei akademischen Berufen in den Informatik- und Ingenieurwissenschaften festzustellen⁶⁷. Dies spiegelt sich auch bei den Statistiken zur beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg wider: Die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsstellen ist von 2010 bis 2014 um fast 125 % von 2.631 auf 5.903 (davon 2.239 in technischen Berufen) angestiegen⁶⁸. In den letzten Auswertungen des IAW zum Anteil der besetzten an allen angebotenen Ausbildungsplätzen nach Branchen schneidet die Industrie mit einem Anteil von 88 % im Mittelfeld ab (Abbildung 12). Die Ausbildungsquote (Anzahl der Auszubildenden im Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) im Verarbeitenden Gewerbe lag 2012 mit 4,8 % unter dem baden-württembergischen Durchschnitt (Abb. 12)⁶⁹.

Anteil der besetzten Ausbildungsplätze (2012/13, %)



Ausbildungsquoten (2013, %)

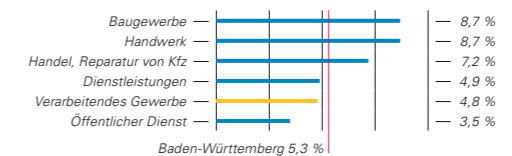


ABB. 12:

ANTEIL DER BESETZTEN AUSBILDUNGSPLÄTZE

an allen angebotenen Ausbildungsplätzen und Ausbildungsquoten, das heißt das Verhältnis der Anzahl der Auszubildenden und der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, nach Branchen in %, 2012/13⁶⁹

Produktionsanlage der Manz AG
zum Laserschneiden von Keramik
zur Herstellung von Komponenten
für Smartphones und Tablet-Computer.

Der oben dargestellte Fachkräftebedarf zeigt sich auch im Verhältnis von offenen Stellen in MINT-Berufen zur Zahl der Arbeitslosen: Hier gab es in Baden-Württemberg im April 2015 60.900 offene Stellen und ca. 27.500 Arbeitslose in MINT-Berufen. Damit war Baden-Württemberg im Vergleich der Bundesländer mit einem Wert von 2,21 am zweitstärksten von einem Fachkräftebedarf im MINT-Bereich betroffen. Die Beschäftigten in MINT-Berufen stellen in Baden-Württemberg bereits 26 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2014). Damit ist Baden-Württemberg

Spitzenreiter im Bundesgebiet (Bundesdurchschnitt 21 %) ⁷⁰. Dem hohen Anteil der MINT-Berufe an den Beschäftigten steht jedoch ein durchschnittlicher Anteil der akademischen MINT-Abschlüsse (2013) gegenüber: Die Anzahl der akademischen MINT-Abschlüsse pro 1.000 erwerbstätiger MINT-Akademiker lag mit 63 im Jahr 2012 lediglich im Bundesdurchschnitt ⁷¹. Der Frauenanteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in MINT-Berufen liegt in Baden-Württemberg mit 14,8 % (2013) leicht über dem Bundesdurchschnitt von 14,4 % ⁷². Der Anteil der Hochschulabsolventinnen in den MINT-Fächern ist in Baden-Württemberg mit 29 % jedoch noch niedriger als der Bundesdurchschnitt von 31,1 % ⁷³.

Der Bereich der *technischen Schulbildung* wurde 2013 erstmals in einem internationalen Vergleich bewertet: 2013 lagen deutsche Schüler im internationalen Vergleich von computer- und informationsbezogenen Kompetenzen mit 523 Punkten nur im Mittelfeld, jedoch signifikant über dem internationalen Vergleichswert und der Vergleichsgruppe der teilnehmenden OECD-Staaten sowie der EU-Vergleichsgruppe. Die Zahlen beziehen sich auf ganz Deutschland, eine Aufschlüsselung nach Bundesländern gibt es nicht. Die Wirtschaftsverbände und Kammern fordern generell in Baden-Württemberg digitale Bildung in Schulen ⁷⁴.

Beim Thema *Weiterbildung* liegt die Teilnahmequote in Baden-Württemberg bei den 18- bis 64-Jährigen im Jahr 2012 mit 57 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 49 %. Auch bei der Weiterbildungsbeteiligung nach Altersgruppen insgesamt und unter den Erwerbstätigen ist die Quote in Baden-Württemberg bei den in der Länderzusatzstudie des Adult Education Survey betrachteten Altersgruppen höher als in Deutschland. Auf die betriebliche Weiterbildung in Baden-Württemberg entfallen rund 67 % der Weiterbildungsaktivitäten, 11 % auf das individuelle berufsbezogene und 22 % auf das nicht-berufsbezogene Weiterbildungssegment ⁷⁵. Der Anteil der Betriebe, die die Fort- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten fördern, lag in Baden-Württemberg im ersten Halbjahr 2013 bei 59 %. Erfahrungsgemäß konzentriert sich die Weiterbildungsbeteiligung auf bestimmte Beschäftigtengruppen und Qualifizierungsstufen. Hieraus ergibt sich die Herausforderung, die Weiterbildungsbeteiligung auch in qualitativer Hinsicht unter denjenigen Beschäftigten zu steigern, die durch das bisherige Weiterbildungsangebot nicht erreicht werden, wie z. B. An- und Ungelernte, Ältere und Teilzeitbeschäftigte.

Ein Kurzbericht des IAW zeigt, dass der Anteil der Betriebe, die *Weiterbildung* fördern, mit zunehmender Betriebsgröße steigt. Ferner gibt es zwischen den Branchen Unterschiede bei dem Anteil der Betriebe, die Weiterbildung fördern, ebenso bei der Weiterbildungsquote. So liegt zum Beispiel die Weiterbildungsquote, also der Anteil der weitergebildeten Personen an allen Beschäftigten, im Verarbeitenden Gewerbe unter dem Landesdurchschnitt von 32 %. Beim Anteil der weiterbildenden Betriebe an allen Betrieben liegt das Verarbeitende Gewerbe mit 59 % jedoch deutlich über dem Landesdurchschnitt ⁷⁶. In einzelnen Branchen unterstützen die Sozialpartner durch Qualifizierungs-Tarifverträge die betriebliche Weiterbildung.

BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF STÄRKT DAS FACHKRÄFTEANGEBOT

Um mehr *ausgebildete Fachkräfte* anzuziehen und die Arbeitgeberattraktivität zu steigern, ist in den letzten Jahren besonders das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Fokus gerückt. Neben einer familienbewussten und lebensphasenorientierten Unternehmenspolitik mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, dem mobilen Arbeiten, strukturierten Elternzeit-, Wiedereinstiegs- und Personalbindungsmaßnahmen ist eine passgenaue und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung. Beim Anteil der Ganztagschulen an allen Verwaltungseinheiten hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren stark aufgeholt (Anstieg von 23,6 % in 2009 auf 32,4 % in 2013). Dennoch lag Baden-Württemberg 2013 im Bundesländervergleich immer noch auf dem vorletzten Platz ⁷⁷. Auch die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren zeigt einen deutlich positiven Trend (Anstieg von 18,3 % in 2010 auf 27,7 % in 2014). Damit erreichte Baden-Württemberg fast den Bundesdurchschnitt von 32,3 % ⁷⁸. In der Qualität der frühkindlichen Betreuung erzielt Baden-Württemberg exzellente Ergebnisse. Diese wurde von der Bertelsmann-Stiftung als vorbildlich bewertet, das Betreuungsverhältnis gemessen am Personalschlüssel ist außer in Bremen in keinem Bundesland besser ⁷⁹. Die Verbesserung der Kleinkindbetreuung ist in Baden-Württemberg Thema des Paktes für Familien mit Kindern zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden, in dem sich beide Parteien unter anderem auf eine um insgesamt 1 Milliarde Euro höhere Landesförderung für die Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung geeinigt haben. Neben dem Einfluss auf die Arbeitgeberattraktivität unterstützen diese Faktoren auch eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Beschäftigungsquote (15- bis unter 65-Jährige) von Frauen ist in Baden-Württemberg im Zeitraum 2010 bis 2013 von 51,5 % auf 55,6 % gestiegen, während die Beschäftigungsquote von Männern bei 66,6 % liegt ⁸⁰.

BADEN-WÜRTTEMBERG – LEITREGION FÜR ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN

Eine weitere entscheidende Stärke Baden-Württembergs ist die bereits beschriebene herausragende Innovationskraft. Diese Innovationskraft wird bis heute in Baden-Württemberg genutzt, um in bestehenden Branchen wie dem Maschinen- und Automobilbau innovative Produkte zu entwickeln und um in neue Geschäftsfelder und *Zukunftsbranchen* vorzudringen. So ist Baden-Württemberg heute mit über 600 Unternehmen im Bereich Medizintechnik einer der führenden Standorte in Europa ⁸¹. Insgesamt machen Industrieunternehmen aus Zukunftsbranchen wie Medizintechnik oder Mikrosystemtechnik (Lasertechnik und Sensorsysteme) bereits ca. 10 % der 50 größten Weltmarktführer Baden-Württembergs aus ⁸². Auch die IT-Branche ist in Baden-Württemberg stark: Im deutschlandweiten Vergleich stellt Baden-Württemberg zum Beispiel vier der zehn Leitregionen (nach PLZ) für Großunternehmen und sieben ⁸³ der zehn Leitregionen für mittelgroße Unternehmen im Hightech-Bereich ⁸⁴. Nahezu ein Viertel des deutschen Umsatzes in der IT-Branche wird in Baden-Württemberg erwirtschaftet ⁸⁵. Mehrere Weltkonzerne wie SAP oder IBM aber auch viele kleine und mittelständische Unternehmen haben ihren Sitz in Baden-Württemberg. Dabei ist besonders die Region um Karlsruhe einer der Top-IKT-Standorte im Land und auch in Europa. In einer Studie der EU zu den Top-IKT-Regionen landete Karlsruhe auf Platz 4. In einzelnen Unterindikatoren wie Beschäftigung, Umsatz (Rang 3) und Forschungs- und Entwicklungsausgaben (Rang 1) schnitt die Region sogar noch besser ab ⁸⁶. Der Standort weist das 1,5-Fache des gesamtdeutschen Umsatzes je Einwohner und das Doppelte der gesamtdeutschen Beschäftigten je Einwohner in der Informations- und Kommunikationstechnologie auf ⁸⁷.



Die Innovation Factory von Aesculap in Tuttlingen zeichnet sich durch Wandlungsfähigkeit, Ressourceneffizienz und ergonomische Gestaltung aus.

Baden-Württemberg hat auch Anteil an dem seit 2010 auf Bundes- und Landesebene geförderten Software-Spitzencluster für Unternehmenssoftware in der Region Karlsruhe-Darmstadt-Kaiserslautern. Dies alles bietet dem Land eine besonders gute Startvoraussetzung für die Umsetzung von „Industrie 4.0“. Diese Dynamik muss auch in Zukunft bewahrt und sogar verstärkt werden. Trotz der aktuell sehr guten globalen Innovationsposition hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren an *Vorsprung* zur Konkurrenz *verloren*. So hat sich beispielsweise im *Innovationsindikator* der Abstand von Baden-Württemberg zu dem letztplatzierten Bundesland im Ranking von 2000 zu 2012 halbiert. Im internationalen Vergleich belegt Baden-Württemberg im Jahr 2000 noch Platz 1 (zusammen mit der Schweiz) und 2013 Platz 3 hinter Singapur und der Schweiz⁸⁸.

Betrachtet man zum Beispiel die Anzahl von Patentanmeldungen – hier ist Baden-Württemberg pro Einwohner unangefochtener Spitzenreiter (Kapitel 6.2) –, strukturell genauer, stellt man fest, dass die Anzahl der *Patentanmeldungen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)* auch in Baden-Württemberg zwischen 2000 und 2010 abgenommen hat. So zeigt eine Studie der IHK Region Stuttgart, dass in diesem Zeitraum die Anzahl der Patentanmeldungen aus KMU in der Region Stuttgart um 35 % gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die Zahl der Patentanmeldungen aus großen Unternehmen stark gestiegen⁸⁹. Eine Befragung im deutschen Mittelstand von 2012 zeigt jedoch, dass 54 % der mittelständischen industriellen Unternehmen aktuell oder in den letzten zwei Jahren an neuen Produkten, Prozessen, Dienstleistungen oder Geschäftsmodellen geforscht haben. Dies ist eine Steigerung um 4 % gegenüber 2010. Dennoch investieren KMU aus dem Industriesektor immer noch unterdurchschnittlich in Innovationen. So entfallen fast 30 % des Industrieumsatzes auf KMU, aber nur 15 % der Innovationsausgaben. Darüber hinaus wird die Innovationsforschung bei mehr als 50 % der Unternehmen anlassbezogen statt kontinuierlich durchgeführt. Zuletzt beziehen die KMU ihre Impulse für Innovation hauptsächlich vom Management oder Kunden und Zulieferern. Lediglich 9 % geben zum Beispiel an, von der Wissenschaft Impulse zu bekommen. Als Innovationshemmnisse werden am häufigsten lange Umsetzungszeiten und Fachkräftebedarf angegeben⁹⁰. Oft haben KMU gegenüber großen Unternehmen mit eigenen Forschungsabteilungen auch strukturelle Nachteile, zum Beispiel in Form technischer und finanzieller Risiken bei Innovationsstrategien.

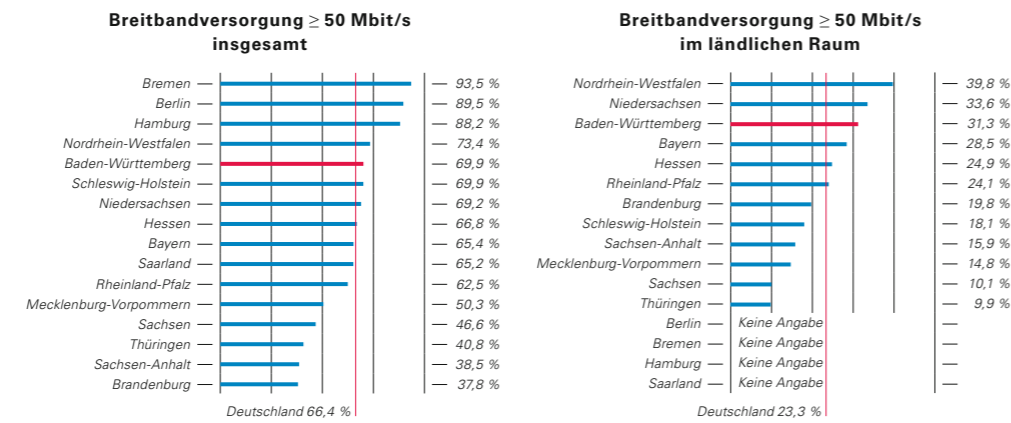
GUTE INFRASTRUKTUR BRINGT WETTBEWERBSVORTEILE

Eine wichtige Stärke Baden-Württembergs ist vor allem auch seine Wirtschaftsfreundlichkeit und Standortattraktivität. Ein wichtiger Faktor, der zur Standortattraktivität beiträgt, ist die Qualität der *Infrastruktur*. Die Infrastruktur Deutschlands gilt als eine der besten der Welt und liegt im weltweiten Vergleich unter den Top 15⁹¹. Auch Baden-Württemberg ist mit seiner Schiffs-, Luft- und Schienenverkehrsinfrastruktur gut aufgestellt: Eine Umfrage im Herbst 2013 unter Unternehmen hat ergeben, dass über 95 % der Unternehmen hierdurch keine oder nur eine geringe Beeinträchtigung durch die Schiffs-, Luft- und Schienenverkehrsinfrastruktur spüren. Besonders der Schiffsverkehr schneidet mit 99 % positiven Antworten sehr gut ab⁹². Der Hafen Mannheim-Ludwigshafen ist der zweitgrößte Hafen für Binnenschifffahrt in Europa, und Baden-Württemberg war 2012 das Bundesland mit dem zweitgrößten wasserseitigen Umschlag nach Nordrhein-Westfalen⁹³. Für die Kommunikationsnetze und den Straßenverkehr sehen die Umfragewerte jedoch ungünstiger aus. Für den *Straßenverkehr* gaben 31 % der befragten Unternehmen an, dass sie eine deutliche

Hüftgelenksimplantat der Plochinger
CeramTec aus BIOLOX® Hochleistungs-
keramik.

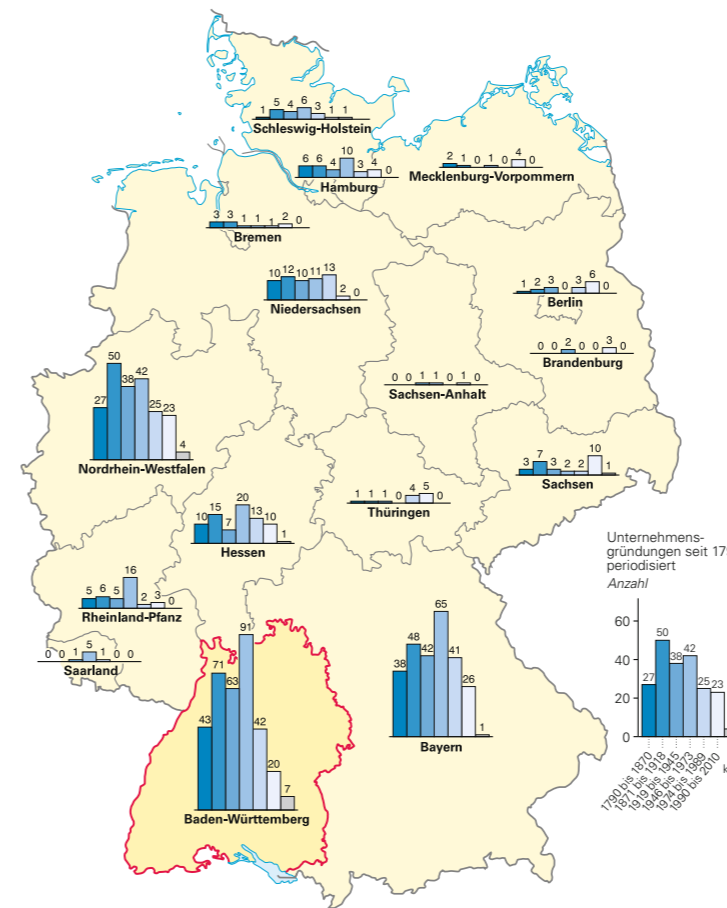
Beeinträchtigung ihrer Geschäftsprozesse durch die Qualität der Straßen in Baden-Württemberg erleben. Dies ist der höchste Wert unter den Bundesländern. Bei den *Kommunikationsnetzen* gaben 16 % der Unternehmen an, eine deutliche Beeinträchtigung zu spüren⁹⁴. So liegt die aktuelle Versorgung (Ende 2014) in Baden-Württemberg für Geschwindigkeiten von >50 Mbit/s bei 69,9 %, im ländlichen Bereich bei lediglich 31,3 %. Baden-Württemberg liegt damit unter den deutschen Flächenländern mit an der Spitze (Abb. 13)⁹⁵, die dezentral geprägte Industriestruktur in Baden-Württemberg unterstreicht aber gerade die Bedeutung einer guten Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum.

ABB. 13:
BREITBANDVERFÜGBARKEIT
NACH BUNDESLAND
insgesamt und in Gemeinden mit
weniger als 100 Einwohner/km²,
Ende 2014 in %⁹⁸



Für den *Ausbau* von Wettbewerbsvorteilen sind gerade auch diese drei Themen wichtig: Gründungen, private Investitionen und Akzeptanz der Bevölkerung. *Gründungen* von Großunternehmen wie Bosch, Daimler, Porsche oder SAP, aber auch von vielen mittelständischen Familienunternehmen, sind für Baden-Württemberg der Motor des heutigen Wohlstands und der Innovationskraft. Sie machten Baden-Württemberg zum Inbegriff von Tüftler- und Gründergeist. So stellen auch die heutigen Gründungen den Mittelstand von morgen dar. In den vergangenen Jahren verzeichnete Baden-Württemberg jedoch eine Abnahme des Gründungssaldos, d. h. der Differenz von Gewerbenuegründungen und Gewerbeaufgaben, von über 30.000 im Jahr 2004 auf etwas mehr als 3.000 im Jahr 2014⁹⁶. Bei den *Gründungsquoten* 2011–2013 liegt Baden-Württemberg mit 1,5 % im Bundesländervergleich auf Platz 9. Im Vergleich dazu liegt die Gründungsquote in Berlin zum Beispiel bei 2,6 % und in Bayern bei 1,6 %. Gegenüber dem Zeitraum 2008–2010 stellt dies für Baden-Württemberg eine Verschlechterung dar: Damals war es mit 1,9 % noch unter den Top fünf⁹⁷. Wie in vielen anderen westdeutschen Bundesländern auch, wurden die meisten Weltmarktführer in Baden-Württemberg vor 1973 gegründet. Die Anzahl der seit 1990 gegründeten Weltmarktführer (20) liegt hingegen im Bundesländervergleich hinter Bayern (26) und Nordrhein-Westfalen (23) unter den Top drei (Abb. 14)⁹⁸. Auch zeigen Studien, dass die Überlebensraten von Gründungen in Baden-Württemberg über alle Branchen hinweg und besonders auch im Hightech-Sektor höher sind als in anderen Bundesländern⁹⁹. Dies lässt darauf schließen, dass die Gründungsqualität in Baden-Württemberg besonders gut ist. Nicht zuletzt die große Nachfrage der Unternehmen nach Fachkräften beeinflusst die Gründungsneigung in Baden-Württemberg.

Weltmarktführer nach Gründungsjahr



Junge Weltmarktführer (Gründung ab 1990)



ABB. 14:
WELTMARKTFÜHRER NACH
GRÜNDUNGSJAHR
und Karte der Weltmarktführer
gegründet nach 1990, 2011⁹⁹

Baden-Württemberg ist bei der Nutzung von *Private Equity* im Bundesvergleich in der Spitzengruppe. Nach der Statistik der BVK ist Baden-Württemberg nach zwei Jahren auf Platz drei 2014 auf den zweiten Platz vorgerückt¹⁰⁰. Dies spricht zugleich für die Stärke der mittelständischen Familienunternehmen in Baden-Württemberg. Speziell die Eigenkapitalfinanzierung von jungen, besonders innovativen Unternehmen (*Wagniskapitalinvestitionen*) ist als Finanzierungsform in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt jedoch noch ausbaufähig: Wagniskapitalinvestitionen liegen in Baden-Württemberg mit 11 Euro pro Einwohner und Jahr deutlich unter denen in anderen Regionen. Das Silicon Valley kann hier mit fast 3.000 Euro pro Einwohner pro Jahr punkten, Berlin mit 125 Euro, die Île-de-France mit 49 Euro und Bayern immerhin noch mit 17 Euro¹⁰¹. Dieses relativ ungünstige Abschneiden trifft jedoch im internationalen Vergleich für Deutschland insgesamt zu: Beim Anteil von Wagniskapitalinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt lag Deutschland (0,021 %) 2012 deutlich hinter Israel (0,360 %), den USA (0,171 %), Schweden (0,054 %) und der Schweiz (0,033 %)¹⁰². Das Land Baden-Württemberg und öffentliche Finanzierungsinstitutionen haben im Bereich Wagniskapitalfinanzierung vor diesem Hintergrund zuletzt erhebliche Anstrengungen

unternommen. Was die steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital angeht, hat sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, diese für Deutschland international wettbewerbsfähig zu gestalten und Deutschland als Fonds- und Investitionsstandort für Wagniskapital attraktiver zu machen¹⁰³.

Derzeit wird darüber debattiert, ob in Deutschland zu wenig investiert wird und das Land damit von der Substanz lebt. Während dieser Befund für öffentliche Investitionen – insbesondere in zahlreichen finanzschwächeren Kommunen hat sich ein beträchtlicher Investitionsstau gebildet – weitgehend unumstritten ist, gehen die Meinungen bei der Beurteilung der Investitionshöhe in der Wirtschaft etwas auseinander. Weiter angeheizt werden wird diese Diskussion sicherlich aufgrund der aktuell veröffentlichten Ergebnisse der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der amtlichen Statistik. Die Investitionen im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung werden davon stark beeinflusst, sodass für Baden-Württemberg eine Investitionsquote im Jahr 2012 von 21,9 % (Bund: 20,0 %) ermittelt wurde¹⁰⁴, was einem Niveauanstieg von mehr als 3 % entspricht. Zurückzuführen ist diese Entwicklung überwiegend auf die hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg, die für eine bessere internationale Vergleichbarkeit zukünftig den Investitionen zugerechnet werden. Dadurch sind die Investitionen sowie daraus abgeleitete Indikatoren im forschungsintensiven Baden-Württemberg im Niveau überproportional stark gestiegen.

Und schließlich zeichnet sich bei den inländischen *Bruttoanlageinvestitionen* der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ein positiver Trend ab. Betrachtet man die absoluten Bruttoanlageinvestitionen in neue Anlagen, hat das Verarbeitende Gewerbe 2012 ca. 26,3 Milliarden Euro investiert. Diese Größenordnung der Bruttoanlageinvestitionen ist nominal ungefähr seit 2000 um über 8 Milliarden Euro gestiegen. Damit liegt das beim Umsatz und der Bruttowertschöpfung starke Verarbeitende Gewerbe bei einem stark überproportionalen sowie bundesweit höchsten Anteil von 24,7 % aller Bruttoanlageinvestitionen in neue Anlagen. Dieser Anteil ist seit 2001 um 3,7 Prozentpunkte gestiegen¹⁰⁵.

Unter Berücksichtigung alternativer Datenquellen aus der amtlichen Statistik gelangt man zu weniger positiven Ergebnissen für das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Abgrenzung des Investitionsbegriffs noch dem Stand vor der VGR-Revision entspricht. Betrachtet man im innerdeutschen Vergleich zum Beispiel die Investitionen im Verhältnis zum Umsatz der Industrie (2013) in Baden-Württemberg mit 3,6 % im Mittelfeld hinter Bundesländern wie Sachsen, Bremen, dem Saarland oder Thüringen (Bund 3,1 %)¹⁰⁶. Ähnliches spiegelt sich in der Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) wider: Dort belegt die baden-württembergische Industrie mit einer Investition von 9.173 Euro je Beschäftigtem Platz 10 und liegt in dieser Dimension sogar unter dem Bundesdurchschnitt von 9.357 Euro¹⁰⁷. Ein wenig verzerrend wirkt sich dabei allerdings die wesentlich höhere Bedeutung der Industrie in Baden-Württemberg mit stark überproportionalem Umsatz- und Beschäftigtenzahlen auf den Vergleich insbesondere mit Bundesländern aus, deren Industrie eher unterdurchschnittlich zur Wertschöpfung beiträgt.

Auffallend ist weiterhin, dass, zumindest noch ohne Berücksichtigung der Revisionsergebnisse, die getätigten Bruttoanlageinvestitionen einen seit Anfang der 90er-Jahre abfallenden Trend beim Modernitätsgrad aufweisen. Von 1992 bis 2011 ist er um 7 Prozentpunkte auf 50 % gefallen, was überwiegend auf einen Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen ist¹⁰⁸. Dies unterstützt auch die Studie „Zukunft der Produktion“ des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag von Südwestmetall: Demnach sind seit 1995 die Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen im Ausland um weit mehr als 400 % gestiegen, während Inlandsinvestitionen sich weitgehend auf die Einführung neuer Technologien oder Produktivitätssteigerungsmaßnahmen beschränken¹⁰⁹.

Es ist jedoch unklar, ob die Veränderungen und Unterschiede tatsächlich eine Investitionsschwäche widerspiegeln oder beispielsweise durch Veränderungen im Branchenmix oder technologische Entwicklungen entstehen. Insbesondere die eigene Einschätzung der Unternehmen zum technischen Stand der Anlagen fällt deutlich positiver aus: 2013 bewerteten fast 65 % den Stand als „neuester“ oder „eher neuer“, 31 % bewerteten ihn als „mittel“ und lediglich 5 % als „eher älter“. Im Vergleich zu 2000 (73 %) ist die Prozentzahl derer, die ihre Anlagen als „neuester“ oder „eher neuer“ Stand bewerten, um 8 Prozentpunkte gesunken. Den Tiefstand erreichte die Bewertung 2008, als lediglich 62 % ihre Anlagen mit „neuester“ oder „eher neuer“ Stand bewerteten¹¹⁰.

Das Thema *Industriekzeptanz* spielt sowohl für die Industrie als auch für die Bevölkerung in Baden-Württemberg eine wichtige Rolle. Dabei ist die Akzeptanz der Bevölkerung ein entscheidender Faktor dafür, dass sich die Industrie in Baden-Württemberg weiterhin gut entwickeln kann. Allerdings waren vor allem im Kontext von Infrastrukturprojekten im Land immer wieder Widerstände zu beobachten. In diesem Kontext wünschen sich viele Bürger mehr Einbindung in die Entwicklung von infrastrukturellen Großprojekten besonders in ihrer Region. Laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung 2012 wünschen sich zum Beispiel 89 % der Bürger mehr Informationen und 84 % mehr Mitspracherecht bei Infrastrukturprojekten. Die Zahl derer, die sich mehr Mitsprache wünscht, erhöht sich sogar auf 90 %, wenn es eine unmittelbare Betroffenheit gibt¹¹¹. Diese Befragungsergebnisse, die für Infrastrukturprojekte gelten, könnten auch beim Bau von industriellen Großprojekten gelten. So lässt sich im industriellen Kontext in den vergangenen Jahren beobachten, dass einige Bürgerinitiativen und -begehren gegen Industrieprojekte entstanden sind, zum Beispiel eine Bürgerinitiative am Chemiestandort Hochrhein gegen die Ansiedlung eines Entsorgungsunternehmens. Als Reaktion darauf wurde der industriepolitische Dialog am Hochrhein ins Leben gerufen. Um Baden-Württemberg auch in Zukunft als führenden Industriestandort zu halten, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, damit die Industrie auch künftig hohe Akzeptanz in der Bevölkerung genießt. Es muss gelingen, der Bevölkerung deutlicher zu vermitteln, wie die Industrie zum Wohlstand beiträgt und gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Denn fehlende Akzeptanz könnte Investitionsentscheidungen ungünstig beeinflussen¹¹².

Baden-Württemberg steht in einem starken internationalen Wettbewerb. Nicht allein die regionalen Rahmenbedingungen im Land sind ausschlaggebend für die Attraktivität, sondern auch die Rahmenbedingungen auf Bundesebene und europäischer Ebene haben großen Einfluss auf den Wirtschaftsstandort. In einer Befragung haben die Industrie- und Handelskammern (IHK) zum Beispiel ermittelt, welche Faktoren von Unternehmen als besonders wichtig eingeschätzt werden. Als am stärksten negativ bewertete Standortfaktoren in Deutschland nennen Unternehmen unter anderem die Themen Steuerrecht, Steuerhöhe, Energiekosten, Umweltschutzaufgaben und Planungs- und Genehmigungsverfahren¹¹³. Die Industrieperspektive für das Land Baden-Württemberg konzentriert sich jedoch auf regionale Handlungsfelder, um die Entwicklung von Maßnahmen mit lokalem Bezug und Verantwortlichkeiten sicherzustellen. Regelungen, die diese Faktoren betreffen, müssen daher, soweit sie vom Land direkt beeinflussbar sind, so ausgestaltet werden, dass sie zu keinen Wettbewerbsnachteilen führen. Soweit es sich um Regulierungen handelt, die auf Bundesebene festgelegt werden, ist es die Aufgabe des Landes, die Entwicklungen auf diesen Ebenen zu beobachten und sich weiterhin in entsprechenden Gremien für industrieförderliche Rahmenbedingungen stark zu machen.

Zu den regionalen Themen in der Negativliste der IHK, die in den nachfolgenden Handlungsfeldern behandelt werden, gehören unter anderem Genehmigungsverfahren, Bürokratie und die IT-Infrastruktur.

7

Im Dialog gestalten – vier Handlungsfelder



Bei dem Flachstrickmaschinenhersteller Stoll in Reutlingen werden Auszubildende aus dem zweiten Lehrjahr als Energie-Scouts eingesetzt. Sie sollen dabei helfen, die Energieeffizienz im Unternehmen zu verbessern.

Um Baden-Württemberg auch in Zukunft als starken Industriestandort zu sichern und die erfolgreiche Industrie am Standort weiter zu stärken, wurden, basierend auf der quantitativen Industrieanalyse (Kapitel 6) und den verschiedenen Diskussionen, im Verlauf des Dialogprozesses *vier zentrale Handlungsfelder* identifiziert.

Handlungsfelder



ABB. 15:
ÜBERSICHT
über die Handlungsfelder

Im Dialogprozess wurden für jedes dieser vier identifizierten Handlungsfelder zur weiteren Spezifizierung in Summe neun *Handlungsbereiche* und mehrere *Stoßrichtungen* definiert. Die Stoßrichtungen stellen dabei Ideen zur Ergänzung der im Land bereits vorhandenen Aktivitäten von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik in den jeweiligen Handlungsfeldern dar und sollen in Maßnahmen umgesetzt werden. Hierzu soll der begonnene Dialog als Auftakt dienen und weiter fortgeführt werden.

Die folgenden Abschnitte beschreiben die einzelnen Handlungsfelder und -bereiche zunächst kurz. Dann stellen sie für jeden der Handlungsbereiche ausgewählte Aktivitäten vor, die bereits in Baden-Württemberg vorhanden sind. Diese Aufzählung erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit, sondern soll nur einen Einblick in bereits vorhandene Aktivitäten geben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Stärkung der Industrie in Baden-Württemberg ein fortlaufender Prozess ist, in den in den kommenden Jahren weitere innovative Ideen eingebracht werden können und sollen.

7.1 Fachkräfte nachhaltig für Industrie gewinnen

Ein starker Industriestandort ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Daher muss das System zur zukünftigen Fachkräftesicherung in Baden-Württemberg so aufgestellt werden, dass die Verfügbarkeit von Fachkräften für die Industrie, aber auch für deren Zulieferer und Kunden aus Handwerk und Dienstleistungssektor sichergestellt ist. Bevor Maßnahmen zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs eingeleitet werden, sollte das Ausmaß des Fachkräftebedarfs ermittelt werden.

Im Rahmen des Handlungsfeldes „Fachkräfte nachhaltig für Industrie gewinnen“ sind vor allem die Aktivitäten der „Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg“ zu nennen. Darin haben sich alle Partner zusammengefunden, die in Baden-Württemberg an der Fachkräftesicherung mitarbeiten, darunter auch die Mitglieder der Kerngruppe. In diesem Kreis hat man sich auf zehn Handlungsfelder und deren regelmäßige Evaluierung geeinigt und ein gemeinsames Programm zur Fachkräftesicherung umgesetzt. Diese Punkte werden im Folgenden in den relevanten Bereichen kurz angedeutet. Weitere Informationen zu den Aktivitäten der „Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg“ finden Sie unter <https://mfw.baden-wuerttemberg.de/de/mensch-wirtschaft/arbeiten-und-leben/allianz-fuer-fachkraefte/>.

FÜR TECHNIK BEGEISTERN – TECHNISCHE AUSBILDUNG IN SCHULEN, BETRIEBEN UND UNIVERSITÄTEN FÖRDERN

Im Rahmen der Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg muss die Ausbildung weiter im Fokus bleiben. Hierbei ist aufgrund des prognostizierten Fachkräftebedarfs insbesondere die *duale berufliche Ausbildung* in technischen Berufen von großer Bedeutung. Ziel muss es sein, genügend ausbildungswillige und -fähige *Bewerberinnen und Bewerber sowie Ausbildungsbetriebe* für eine berufliche Ausbildung in industriebezogenen Berufen vorzufinden. Angesichts der rasanten Entwicklung der Digitalisierung der Wirtschaft und dem steigenden Bedarf an entsprechend qualifizierten Fachkräften stellt sich auch die Frage nach der Vermittlung *digitaler Bildung*. Dies gilt gleichermaßen für die Vermittlung von Anwender- und von Programmierkenntnissen in den Schulen, aber auch bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung und vor dem Hintergrund, dass Frauen bisher in „digitalen Berufsfeldern“ deutlich unterrepräsentiert sind.

Bei der *akademischen Ausbildung* in den MINT-Disziplinen muss Baden-Württemberg die großen Anstrengungen fortführen und das Potenzial der eigenen Bevölkerung noch besser aktivieren. Es muss aber auch weiterhin von Fachkräften profitieren, die aus anderen Bundesländern oder anderen Staaten in das Land kommen.

Zudem sollte die *Verzahnung* der akademischen und der beruflichen Bildung weiter vorangetrieben werden. Es gilt, weiterhin in einem ganzheitlichen Ansatz die *technische Ausbildung* auf schulischem, beruflichem und akademischem Weg zu fördern. Das wiederum setzt stärkere Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere auch in das System der beruflichen Schulen der dualen Ausbildung voraus.

Zur Förderung der technischen Ausbildung haben die Partner der Fachkräfteallianz einige Projekte ins Leben gerufen. Das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2015–2018“ beschäftigt sich speziell mit der beruflichen Ausbildung. Mit gezielten Maßnahmen wird die Attraktivität der beruflichen Ausbildung gefördert. So bietet das Land unter dem Motto „Willkommen im Ausbildungsland Baden-Württemberg“ die Kampagne www.gut-ausgebildet.de an. Diese soll die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen. Mit der Initiative „Ausbildungsbotschafter“ werben Auszubildende in Schulen für die Berufsausbildung. Projekte dieser Art bieten auch andere Partner des Ausbildungsbündnisses an: So unterstützen die Arbeitgeberverbände die Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT, die IHKs bieten u. a. die Projekte „Tecnopedia“, „Haus der kleinen Forscher“ und „Wirtschaft macht Schule“ und der DGB die „Initiative Schule Arbeitswelt“ an.

Weitere Projekte sind die *Junior- bzw. Schüler-Ingenieur-Akademie* von Südwestmetall, in denen Schülern unterschiedlicher Klassenstufen an Gymnasien technische Kenntnisse und Schlüsselqualifikationen vermittelt werden. Im Projekt *MINToring*, ebenfalls von Südwestmetall initiiert, betreuen ausgewählte Stipendiaten aus naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen Schüler und junge Studenten. Darüber hinaus wurden aus den Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) vor allem Projekte im Bereich der beruflichen Ausbildung gefördert.

Darüber hinaus wird zur Stärkung der digitalen Bildung in den Schulen *Medienbildung* in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen ab dem Schuljahr 2016/17 in allen Fächern verpflichtend und curricular aufgebaut verankert sein – von der Grundschule bis zum jeweiligen Abschluss. Die grundlegenden Felder der Medienbildung sind Information, Kommunikation, Präsentation, Produktion, Analyse, Reflexion, Mediengesellschaft, Jugendmedienschutz, Persönlichkeits-, Urheber- und Lizenzrecht sowie Datenschutz. Die Vermittlung informationstechnischer Grundkenntnisse wurde in den Fachunterricht aller Klassenstufen integriert. Mit einem Basiskurs in Klasse 5 findet im Übergang zur weiterführenden Schule eine grundlegende Einführung in die Medienbildung statt. Zudem wurde die Medienbildung als curricularer Schwerpunkt in der Ausbildung der Lehrkräfte verankert¹¹⁴.

Über diese Maßnahmen hinaus gibt es sowohl vom Bund als auch vom Land *finanzielle Fördermöglichkeiten*. Das Programm „Azubi im Verbund“ zum Beispiel bezuschusst die Teilung von Ausbildungsplätzen unter mehreren KMU. Auf Bundesebene bezuschusst zum Beispiel das Programm „JOBSTARTER plus“ Projekte, die KMU helfen, ihre Ausbildungsattraktivität zu steigern. Über dieses Programm wurde etwa bei der IHK Region Stuttgart seit 2013 die KAUSA – Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration – eingerichtet mit dem Ziel, mehr Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund für die Berufsausbildung zu gewinnen, die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und Eltern über die berufliche Ausbildung zu informieren. Weitere Informationen zu finanziellen Fördermöglichkeiten können Sie der Förderdatenbank entnehmen unter <http://www.foerderdatenbank.de/>.

Im Rahmen des Dialogprozesses wurde vor allem in der Kerngruppe diskutiert, dass ergänzend zu den bestehenden Aktivitäten der Fokus zukünftig auf der Schaffung von *Qualifizierungsfähigkeit* speziell für technische Berufe liegen sollte. Ziel sollte es sein, mit der technischen Ausbildung in allen drei Bereichen (Schule, Betrieb und Universität) auf die zukünftigen Anforderungen der Industrie vorzubereiten. Dafür sind eine Analyse der sich abzeichnenden Entwicklungen und eine Beschreibung der daraus resultierenden Arbeitsplätze der Zukunft notwendig. Daraus abgeleitete Qualifizierungserfordernisse sollten dann in die Schulen, Betriebe und Universitäten gespiegelt werden. Ziel muss es sein, die Qualifizierungsfähigkeit, beginnend in der Grundschule bis in die kontinuierliche Weiterbildung für alle, in Baden-Württemberg sicherzustellen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Sicherstellung der Ausbildungsfähigkeit bildungsferner Schüler. Ziel soll sein, allen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. In diesem Bereich gibt es zum Beispiel bereits die „assistierte Ausbildung“ der Bundesagentur für Arbeit oder den „Tarifvertrag Förderjahr“ der Metall- und Elektroindustrie sowie den Tarifvertrag zur Förderung der Integration von Jugendlichen / TV Start in den Beruf in der Chemieindustrie. Hierzu sollen zunächst bereits angelaufene Aktivitäten zur Anpassung der Ausbildung intensiviert werden und in einem zweiten Schritt, falls erforderlich, weitere Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

FÜR INDUSTRIE BEGEISTERN – FACHKRÄFTEPOTENZIAL AUSSCHÖPFEN

Eine nachhaltige Fachkräftesicherung bedeutet, nicht nur an die Fachkräfte von morgen zu denken, sondern auch bestehende Potenziale besser zu entfalten. Dies bedeutet zum Beispiel, dass die *Erwerbstätigkeit von Frauen* erhöht und Ausstiege reduziert werden sollten. Hierfür ist es erforderlich, dass Männer und Frauen die gleichen beruflichen Chancen in Ausbildung und Weiterentwicklung sowie Karriere haben. An- und ungelernete Beschäftigte sind beim Nachholen von Abschlüssen und Qualifizierungen zu unterstützen. Für die Beschäftigten ist eine *alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung* die Voraussetzung für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bis zum flexiblen Renteneinstieg. Zudem sind innerbetriebliche Maßnahmen einer lebensphasen- und diversityorientierten Personalpolitik unverzichtbar, um Beschäftigte zu binden und weiterzuentwickeln. Dies darf den Einzelnen nicht von der Eigenverantwortung für die eigene Qualifikation und Weiterentwicklung entbinden. Auch dies ist bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Eine weitere Chance für Baden-Württemberg, den Fachkräftebedarf auch in Zukunft sicherzustellen, ist die *Zuwanderung* nach Baden-Württemberg. Hierfür, aber auch für den gesamten Arbeitsmarkt, müssen insbesondere die *Lebensqualität* und die *Arbeitsbedingungen* in Baden-Württemberg weiterhin attraktiv gestaltet werden. Infrastruktur, Kultur, Sport- und Tourismusangebote sind dabei ebenso wesentlich wie die Gestaltung von guten und attraktiven Arbeitsplätzen. Zu Letztem trägt die bewährte Sozialpartnerschaft in Baden-Württemberg ebenso bei wie die Arbeitnehmervertretungen in den Unternehmen.

Auch in diesem Bereich beschäftigen sich die Partner der „Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg“ in ihren Handlungsfeldern mit vielen relevanten Themen. Im Handlungsfeld „*Beschäftigung von Frauen steigern*“ hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg im Juli 2011 das Bündnis „*Frauen in MINT-Berufen*“ ins Leben gerufen, um die zahlreichen bereits vorhandenen



Montage eines Ventilators bei der
ebm-papst-Gruppe.

MINT-Aktivitäten und -projekte einzelner Akteure im Land zu bündeln und zu vernetzen und so Synergien und mehr Breitenwirkung zu erzielen. Dem Bündnis gehören inzwischen 43 Partnerorganisationen an. Gemeinsam mit den Bündnispartnern wurden eine lebensphasenorientierte Gesamtstrategie und ein Aktionsprogramm „Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich“ entwickelt, um die technischen Begabungen von Mädchen und jungen Frauen besser zu erschließen und kontinuierlich in jeder Bildungsstufe und Lebensphase zu fördern. 2013/14 wurde ein *MINT-Unternehmenswettbewerb* durchgeführt, der kreative Konzepte zur Förderung von Frauen in MINT-Berufen auszeichnete. Eine Kampagne und ein zentrales Internetportal begleiten die Aktivitäten. Darüber hinaus setzt sich die Allianz für Fachkräfte auch für die Verbesserung der *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* in KMU ein. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft fördert mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln die Projekte „FamilyNET“ und „Cum Tempore“. Deren Ziel ist die Einführung und Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik in kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem wird die Beschäftigung von Frauen mit dem „Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf“ und der gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Partnern entwickelten Initiative „Vollzeitnahe Teilzeitbeschäftigung“ gefördert. Ziel ist es, die erfolgreiche berufliche Integration und Entwicklung von Frauen durch ein verlässliches, ganzheitliches Beratungsangebot zu unterstützen, eine möglichst qualifikationsgerechte Beschäftigung zu erreichen und das Arbeitszeitvolumen von Frauen zu steigern.

Im Handlungsfeld „*Beschäftigung älterer Personen*“ setzt sich die Fachkräfteallianz dafür ein, die Arbeitsfähigkeit älter werdender Belegschaften zu stärken, die Beschäftigungsquote von Älteren zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit von älteren Personen zu verringern. Sie hat dazu gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation Handlungsempfehlungen entwickelt, die den Unternehmen im Land zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus bieten die Partner der Allianz, zum Beispiel die Arbeitgeberverbände, eigene Demografieberatungen an. Im Handwerk, das größtenbedingt oft nicht auf ein internes Personalmanagement zurückgreifen kann, fördert die Allianz die Fachkräftesicherung durch eine aufsuchende Beratung. Die Arbeit von speziellen Beratern in den Handwerkskammern wird vom Land bezuschusst.

Im Handlungsfeld „*Gezielte Zuwanderung*“ setzt sich die Fachkräfteallianz für die nachhaltige Gewinnung internationaler Fachkräfte ein. Dazu werden „Welcome Center“ in den Regionen gefördert. Diese sind zentrale Anlaufstellen für internationale Fachkräfte und mittelständische Betriebe. Die „Welcome Center“ unterstützen zum einen die mittelständischen Unternehmen bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte. Zum anderen helfen sie den zuwandernden Fachkräften und deren Familien bei der Integration. Sie bieten eine Erstberatung an und nehmen ebenso eine Lotsenfunktion für die weiterführende Beratung bei den originär zuständigen Stellen wahr. Themen sind beispielsweise Arbeitssuche, Arbeits- und Sozialrecht, Aufenthaltsrecht, Spracherwerb, Berufsanerkennung, Wohnen, Qualifizierung und Kinderbetreuung. Eine wichtige Zielgruppe der „Welcome Center“ sind auch ausländische Studierende an baden-württembergischen Hochschulen. Sie sollen ermutigt werden, nach Abschluss ihres Studiums ihre berufliche Karriere in Baden-Württemberg zu beginnen. Für die Verwaltungspraxis der Ausländerbehörden hat das Innenministerium Baden-Württemberg Leitlinien zur Förderung einer Willkommenskultur entwickelt.

Über diese Maßnahmen hinaus gibt es sowohl vom Bund als auch vom Land *finanzielle Fördermöglichkeiten*. Dies gilt zum Beispiel für den Bereich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gerade für gut ausgebildete Frauen eine wichtige Beschäftigungsvoraussetzung ist. So gibt es zum Beispiel auf Bundesebene das Programm „Betriebliche Kinderbetreuung“ und das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ und auf Landesebene die „Investitionen Kleinkindbetreuung“, die den Ausbau von Betreuungsplätzen bezuschussen. Weiterhin gibt es Zuschüsse für Projekte, die zum Beispiel die Weiterqualifizierung älterer Arbeitnehmer oder gleichstellungspolitische Vorhaben betreffen. Aus dem ESF werden über das Projekt „unternehmensWert: Mensch“ Beratungsleistungen für KMU für eine zukunftsgerechte Personalpolitik bezuschusst. Weitere Informationen zu finanziellen Fördermöglichkeiten können Sie der Förderdatenbank entnehmen unter <http://www.foerderdatenbank.de/>.

Als wichtige Ergänzung zu den bestehenden Aktivitäten hat sich in den Dialogen der Kerngruppe *der Ausbau und die verstärkte Kommunikation der Arbeitgeberattraktivität* der Industrie herauskristallisiert. So gibt es in der Industrie bereits heute viele moderne Arbeitsplätze, die Arbeitnehmern die Chance bieten, global und mit den neuesten Technologien zu arbeiten. In den kommenden Jahren zeichnen sich erhebliche Veränderungen für die Arbeitsplätze in der Industrie ab, vor allem getrieben durch den technologischen Strukturwandel. Diese Veränderungen bieten jedoch auch die große Chance, die vorhandenen modernen Arbeitsplätze in der Industrie weiter auszubauen und für die Arbeitnehmer diesen Wandel aktiv selbst mitzugestalten. Die Chancen aus diesen Veränderungen müssen kommuniziert und aktiv umgesetzt werden. Hierfür sind ein verstärktes Angebot und auch die Nutzung von Weiterbildungsangeboten wichtig. Darüber hinaus sollte die *Vereinbarkeit des Privatlebens mit der Berufstätigkeit* durch die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen im Zusammenspiel der Sozialpartner und der Politik gefördert werden. Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung ist das Angebot an flexiblen Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten ein Mittel, das es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln und mit neuen Entwicklungen Schritt zu halten.

7.2 Innovation und Gründung inspirieren

Die hohe Innovationsfähigkeit Baden-Württembergs ist aktuell ein zentraler Standortvorteil. Der erarbeitete Vorsprung muss gesichert und weiter ausgebaut werden.

CHANCEN DES TECHNOLOGISCHEN STRUKTURWANDELS NUTZEN

Die Industrie in Baden-Württemberg steht unabhängig von Größe, Region und Branche in den kommenden Jahren vor einer gemeinsamen Herausforderung, nämlich dem bevorstehenden technologischen Strukturwandel durch die zunehmende Digitalisierung. Die Bewältigung dieses Strukturwandels wird entscheidenden Einfluss auf die Zukunft des Industriestandorts Baden-Württemberg haben. Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg hat durch die hohe Innovationsfähigkeit der Unternehmen, die gut qualifizierten Beschäftigten, ihren Stärken sowohl bei Maschinen- und Anlagenbau und Automatisierungstechnik als auch bei den Ausrüstern von industriellen Informations- und Kommunikationssystemen ideale Voraussetzungen beim Aufbruch zur Industrie 4.0. Dafür genügt es jedoch nicht, die Wachstumsthemen der Zukunft nur zu identifizieren; Ziel sollte sein, die bestehenden Stärken mit den neuen Chancen in Wettbewerbsvorteile zu verwandeln. Zur erfolgreichen Bewältigung der strukturellen Änderungen ist innerhalb der Betriebe die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Unternehmen und Betriebsräten ein wichtiges Kriterium. Darüber hinaus unerlässlich ist die Zusammenarbeit der Unternehmen und weiterer Akteure wie Forschungsinstitute, Kammern, Verbände, Gewerkschaften und Politik.

Für eine enge Vernetzung aller wesentlichen Akteure initiierte das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die *Allianz Industrie 4.0 Baden-Württemberg*. Diese hat das Ziel, vor allem kleinen und mittleren Unternehmen im Land Orientierung auf dem Weg zur Industrie 4.0 zu geben und Beschäftigte und ihre Interessenvertretung bei der Gestaltung der Arbeitsorganisation und -bedingungen einzubeziehen. Die Allianz vernetzt dazu alle wesentlichen Akteure des Landes und bündelt Maßnahmen. Sie wird mit rund 10 Millionen Euro Förderung aus Landesmitteln und weiteren Mitteln aus der Industrie ausgestattet, die den Start und erste Projekte finanzieren sollen.

Mit weiteren dreieinhalb Millionen Euro aus EFRE-Mitteln (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) fördert das Land den Aufbau der *Forschungsfabrik Campus-Ost* des Karlsruher Instituts für Technologie. Weitere dreieinhalb Millionen Euro gehen an das Fraunhofer IPA zum Aufbau eines *Applikationszentrums*. In diesen Zentren sollen Forschungsarbeiten, ausgewählte Prototypen, Pilotanwendungen und Fallbeispiele für Lösungen im Rahmen der „Industrie 4.0“ entstehen. Begleitet werden diese Aktivitäten des Landes von einem *Kompetenzatlas Industrie 4.0*, der die bereits existierenden zahlreichen Aktivitäten im Bereich „Industrie 4.0“ im Land zusammenfasst.

Über diese Maßnahmen hinaus bietet der Bund *finanzielle Fördermöglichkeiten* für Forschungsprojekte, die den technologischen Strukturwandel unterstützen. Diese Programme sind vor allem auf IKT-Projekte (Informations- und Kommunikationstechnologie) ausgerichtet. So geben zum Beispiel die Programme „Entwicklung konvergenter IKT“ und „IKT 2020 – Forschung für Innovation“

Zuschüsse für zukunftsweisende und innovative Projekte in diesem Bereich. Weitere Informationen zu finanziellen Fördermöglichkeiten können Sie der Förderdatenbank entnehmen unter <http://www.foerderdatenbank.de/>.

Ergänzend zu den Aktivitäten der vor kurzem etablierten „Allianz Industrie 4.0“ im Land sollte der Aufbau eines *Produktionsparks der Zukunft* geprüft werden. Dieser soll sich mit Zukunftstrends (nicht allein Industrie 4.0) beschäftigen und daher eine Ergänzung zu dem geplanten Aufbau der Forschungsfabrik und des Applikationszentrums darstellen. Ähnliche Projekte sind aktuell in Planung, zum Beispiel die Arena 2036 in Stuttgart, die sich mit innovativen Zukunftsthemen im Automobilbau beschäftigen wird. KMU haben an die Kerngruppe Nachfragen für ähnliche Projekte in anderen Regionen und Branchen herangetragen. In einem ersten Schritt soll geprüft werden, ob diese Nachfragen repräsentativ sind, und der Bedarf soll in einem weiteren Kreis getestet werden. Hierfür ist unter anderem die Nutzung der regelmäßigen Befragungen der IHK in Baden-Württemberg angedacht. Falls sich der Bedarf bestätigt, soll eine Ausschreibung folgen, zu der Regionen Konzepte für solche Produktionsparks einreichen können. Ziel ist es, dass die Produktionsparks der Zukunft in verschiedenen Regionen des Landes entstehen. Sie sollen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit bieten, sich mit anderen relevanten Interessengruppen zu vernetzen, sich anhand von praktischen Nutzungsbeispielen zu informieren und gemeinsam an Zukunftstrends zu forschen.

INNOVATIONSKRAFT DER KMU STÄRKEN – DAMIT AUS IDEEN PRODUKTE WERDEN

Der technologische Strukturwandel und andere sich abzeichnende Entwicklungen stellen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen vor besondere Herausforderungen. Daher sind *größenbedingte Nachteile* der KMU gegenüber Großunternehmen im Innovationswettbewerb zu adressieren. So sollten zum Beispiel die Anstrengungen weiter verstärkt werden, dass KMU hinreichend an der öffentlichen FuE-Förderung beteiligt werden. Unter anderem sollte dabei die steuerliche Förderung von FuE-Investitionen als Unterstützung von Innovationen umgesetzt werden. Zudem gilt es, die Maßnahmen zum *Wissens- und Technologietransfer* für den Mittelstand kontinuierlich zu verbessern und dabei besonders die heute noch nicht innovierenden kleinen und mittleren Unternehmen zu berücksichtigen, da die aktuelle staatliche Unterstützung sich oft auf bereits innovierende Unternehmen konzentriert. Weitere Potenziale müssen auch beim *Innovationsprozess*, der *Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten* und der *internationalen Zusammenarbeit* von KMU erschlossen werden. Der Zugang zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss vor allem für kleine und mittlere Unternehmen weiter erleichtert werden; aufgrund der Vielfalt der hiesigen Forschungslandschaft ist es gerade für KMU oftmals nicht leicht, zügig den richtigen fachlichen Ansprechpartner auf Wissenschaftsseite zu identifizieren. Ebenso sollte das Innovationsbewusstsein der KMU gestärkt werden.

Im Handlungsfeld „Förderung von Innovationen aus KMU“ gibt es in Baden-Württemberg bereits an verschiedenen Stellen Institutionen, Kooperationen und Dialoge. Besonders wichtige Partner für die Industrie sind dabei die über 30 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt sowie der Innovationsallianz Baden-Württemberg¹¹⁵. Die Institute der wirtschaftsnahen Forschung sind zusammen mit den

Transferzentren der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Wirtschaftsförderungseinrichtungen das Herzstück des Technologietransfer-Systems in Baden-Württemberg, das vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet ist.

Über diese Angebote hinaus bieten Bund und Land eine Vielzahl an *finanziellen Fördermöglichkeiten* an. Vom Land gibt es zum Beispiel Innovationsgutscheine für kleine und mittlere Unternehmen. Die „MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg“ übernimmt Beteiligungen an Innovationen, und die „Technologiefinanzierung“ soll den Einsatz moderner Technologien bei KMU erleichtern. Hinzu kommen zahlreiche weitere Förderangebote auf Bundesebene, zum Beispiel „ZIM – Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ und „KMU-innovativ“, und auf EU-Ebene. Weitere Informationen zu finanziellen Fördermöglichkeiten können Sie der Förderdatenbank entnehmen unter <http://www.foerderdatenbank.de/>.

Zusätzlich zu den erwähnten Aktivitäten hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg im November 2013 einen „*Wirtschaftsdialog Technologietransfer*“ ins Leben gerufen. Ziel des Dialogs ist die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen, um wissenschaftliche Erkenntnisse noch schneller in wirtschaftliche Wertschöpfung zu übertragen und bislang ungenutzte Innovationspotenziale im Mittelstand zu erschließen. In diesem Dialog wurde in den vergangenen Monaten ein gemeinsames Konzept mit Handlungsfeldern und Maßnahmen erarbeitet. Aufgrund der zeitlichen und inhaltlichen Überlappung soll an dieser Stelle auf das Konzept des „Wirtschaftsdialogs Technologietransfer“ für Stoßrichtungen verwiesen werden.

FÜR GRÜNDUNGEN BEGEISTERN – GRÜNDUNGSKLIMA VERBESSERN

Trotz der sehr guten Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg gibt es Handlungsbedarf im Sinne einer Stärkung des Unternehmensnachwuchses, sowohl in den Städten als auch den ländlichen Regionen. Es ist notwendig, durch verstärkte Anstrengungen den *Gründergeist* im Land zu bestärken, um im globalen Wettbewerb den Anschluss an andere Gründerzentren der Welt zu halten. Dadurch soll auch das aktuell in den bestehenden Strukturen von Unternehmen und Forschungsinstituten noch ungenutzte *innovative Potenzial* verstärkt erschlossen werden. Dabei sind verschiedene *Modelle der Gründung* denkbar und wünschenswert, etwa eigenständige Gründungen oder Ausgründungen aus der bereits existierenden starken Industrie in Baden-Württemberg oder den Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Der Fokus liegt dabei auf der Förderung von Gründungen, die nachhaltig erfolgreich sind und gute und qualifizierte Beschäftigung versprechen. Notwendig ist auch eine verstärkte Unterstützung von *Hightech-Gründungen*, die das Potenzial haben, mit disruptiven Innovationen künftig zu europäischen oder globalen „Champions“ aufzusteigen.

Zur Förderung von Gründungen sind in den letzten Jahren in Baden-Württemberg einige Aktivitäten ins Leben gerufen worden. So wurden die Förderung von Gründungsberatung zum Beispiel im Zuge der Umsetzung der aktuellen Koalitionsvereinbarung durch die Einführung von Gutscheinen und die Verdopplung des Mitteleinsatzes mit ESF-Mitteln deutlich intensiviert. Des Weiteren wurden Innovationsgutscheine speziell für Hightech-Startups eingeführt, der „Venture Capital Fonds Baden-Württemberg“ mit einem Finanzierungsvolumen von zunächst 20 Millionen Euro

aufgelegt, das Netzwerk VC-BW gegründet und regelmäßig landesweite Venture-Capital-Pitches durchgeführt. Das Land hat seine finanzielle Unterstützung und aktive Teilnahme an regionalen Gründertagen deutlich verstärkt, vier Modellprojekte zum Aufbau von technologiespezifischen Acceleratoren für Hightech-Startups gefördert und den landesweiten Wettbewerb für Geschäftsideen „Elevator Pitch BW“ erfolgreich eingeführt. Hinzu kommen regionale Aktivitäten wie die KIT-Gründerschmiede oder das Gründernetzwerk „Startup Stuttgart“. Aber auch davor gab es bereits einige Unterstützungsangebote für Gründer: Vom Land selbst wurde bereits vor 20 Jahren *ifex* gegründet, die Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen. Sie ist seither die zentrale Koordinierungs- und Fördereinrichtung im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft für alle Maßnahmen des Landes rund um Information, Qualifizierung sowie Beratung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern. Außerdem koordiniert sie die oben aufgeführten Maßnahmen. Seit mehr als 15 Jahren gibt es eine privat initiierte und im Rahmen der *ifex* geförderten Plattform, die *bwcon* (baden württemberg: connected). Diese bietet Firmengründern Netzwerkmöglichkeiten und Coachingangebote. Sie lobt auch den „Hightech Award CyberOne“ für innovative Geschäftskonzepte aus. Weitere Beispiele sind der „alteingesessene“ *MAFINEX* Gründerverbund oder das *Cyberforum*. Diese unterstützen Gründer ebenfalls mit diversen Angeboten und sind aktuell neben *bwcon*, Steinbeis und weiteren Partnern eng in das neue Beratungsgutscheinsystem und weitere Fördermaßnahmen des Landes eingebunden. Eine umfassende Unterstützung für Existenzgründer bieten die baden-württembergischen *IHKs*. Hierzu gehören Informationen und Merkblätter zu allen gründungsrelevanten Themen, praktische Hilfe bei der Erarbeitung eines Businessplans, Existenzgründungsseminare sowie persönliche und telefonische Einzelberatungen. Allein die kostenlose *IHK-Gründerbroschüre* „Herausforderung Selbständigkeit“ der baden-württembergischen *IHKs* ist bereits in einer Auflage von 191.000 Exemplaren erschienen. Zudem fungieren die *IHKs* als Erstanlaufstelle bei der Beratungsförderung des Landes. Gründungsberatungen gibt es auch bei den betriebswirtschaftlichen Beratungsstellen der *Handwerksorganisationen* und bei anderen Akteuren im Technologietransfer etwa die *Innovationsallianz*, zahlreiche *Hochschulen* und *Steinbeis*.

Über diese Angebote hinaus gibt es von Land und Bund weitere *finanzielle Fördermöglichkeiten* für Gründer aus dem Umfeld von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das Programm „Junge Innovatoren“ bezuschusst die Vorbereitung von Gründungsvorhaben aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auf Bundesebene gibt es zum Beispiel das EXIST-Gründungsstipendium, das technologie- und wissensbasierte Gründungen unterstützt. Die EXIST-Gründungskultur unterstützt Projekte, die nachhaltig gelebte Gründungskultur an Hochschulen etablieren wollen, und der EXIST-Forschungstransfer soll die Überführung neuester Forschungsergebnisse aus der akademischen Forschung in die Anwendung fördern. Mit dem KIT, der Universität Freiburg und der Hochschule Esslingen zählen drei baden-württembergische Hochschulen zu den bundesweit zwölf Gewinnern der letzten Runde des Wettbewerbs EXIST-Gründungskultur.

Weitere Informationen zu finanziellen Fördermöglichkeiten können Sie der Förderdatenbank entnehmen unter <http://www.foerderdatenbank.de/> oder dem Landesportal zum Thema Gründung und Nachfolge unter <http://www.gruendung-bw.de>.

Im Verlauf des Dialogprozesses hat sich die Kerngruppe darauf geeinigt, dass *Unternehmer* verstärkt als *Gründungs- und Innovationspaten* aktiv werden sollen. Für industrielle Gründungen scheinen einerseits die Flächenverfügbarkeit in manchen Regionen des Landes und andererseits die nicht unerheblichen Anfangsinvestitionen ein Problem zu sein. Basierend darauf wurde das Ziel formuliert, verstärkt regional und thematisch passende Unternehmer mit Gründern zusammenzubringen. Unternehmer könnten zum Beispiel Gründern frei stehende Flächen zu günstigen Mieten zur Verfügung stellen, ähnlich wie Vorbilder in Berlin und Leipzig, und ihnen erlauben, die vorhandene Infrastruktur zu nutzen. Für den Unternehmer könnten eine finanzielle Beteiligung an dem Startup sowie die Dynamik und das innovative Klima des Startups Vorteile bringen. Darüber hinaus soll bei dieser Stoßrichtung ein verstärktes *Exkubationsmodell* initiiert werden. So wurde vielfach diskutiert, dass in einigen Unternehmen ein ungenutztes Innovationspotenzial schlummert. Zum Beispiel kommen im betrieblichen Innovationsmanagement immer wieder vielversprechende Ideen auf, die jedoch z. B. wegen unzureichender Übereinstimmung mit dem eigenen Geschäftsmodell oder wegen interner Anforderungen und Prozesse nicht umgesetzt werden. Dieses Potenzial könnte dadurch zumindest teilweise erschlossen werden.

Eine zusätzliche Erweiterung dieses Gedankens, die geprüft werden soll, ist die Einrichtung eines *Mittelstandsfonds*. Immer wieder tragen Unternehmen aus Baden-Württemberg diese Idee an Mitglieder der Kerngruppe heran. Ein solcher Fonds würde Mittel von Unternehmern aus Baden-Württemberg, aber auch von Versicherungen, Stiftungen und Privatanlegern bündeln und gezielt in junge, innovative und wachstumsstarke Unternehmen aus dem Land investieren. Für die beteiligten mittelständischen Unternehmen hätte es den Vorteil, dass sie Informationen über aktuelle Entwicklungen im Startup-Bereich gewinnen. Zudem ergäben sich für sie Möglichkeiten zur Erweiterung ihres Geschäftsfeldes und zur Know-how-Gewinnung. Damit würde ihnen das bereits von vielen Großunternehmen praktizierte Modell des „Corporate Venture“ zugänglich. Für die jungen innovativen Unternehmen hat ein solcher Fonds den Vorteil, dass sie nicht nur mit dem Zugang zu Beteiligungskapital ihre Entwicklung beschleunigen und längere Verlustphasen überbrücken, sondern über die Fonds-Investoren auch wichtige Kontakte, Hinweise und Unterstützung erhalten können.

Idealerweise sollten diese Ansätze eng mit den vom Land anschubfinanzierten Acceleratoren für Hightech-Startups verknüpft werden und auf den positiven Erfahrungen bereits existierender regionaler Ansätze aufbauen. Mögliche „Blaupausen“ könnten z. B. das bereits 2002 auf Initiative namhafter Unternehmerpersönlichkeiten aus der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken gegründete *venture forum neckar* oder die *Business Angels Region Stuttgart (BARS)*, die mit der BARS Beteiligungs GmbH einen eigenen Fonds für Side-Investments unterhalten, ebenso wie der Zukunftsfonds Heilbronn sein.



Das moderne Gesundheits- und Bildungszentrum (GEBIZ) von Groz-Beckert in Albstadt-Ebingen beheimatet eine Kita und Grundschule, einen Präventions- und Trainingsbereich, eine Praxis für Physiotherapie, den werksärztlichen Dienst und die Betriebskrankenkasse.

7.3 Industriestandort attraktiv gestalten

Der Industriestandort Baden-Württemberg soll auch in Zukunft gleichermaßen Produktionsstandort und innovativer Entwicklungsstandort bleiben. Dazu muss er für bereits ansässige und für externe Industrieunternehmen attraktiv gestaltet werden.

EINE STARKE INDUSTRIE BRAUCHT EINE VERLÄSSLICHE INFRASTRUKTUR

Die Entwicklung der Absatzmärkte und die Digitalisierung machen es für eine erfolgreiche Zukunft des Produktionsstandorts Baden-Württemberg unerlässlich, Unternehmen eine intakte und vorbildliche Infrastruktur, physisch wie digital, zu bieten. Sie ist die Voraussetzung für funktionierende Geschäftsabläufe. Dabei stellt neben der Modernisierung und dem Ausbau der *Verkehrsinfrastruktur*, der flächendeckende Ausbau der *Breitbandinfrastruktur* und deren erschwingliche Nutzungsmöglichkeiten eine wichtige gemeinsame Aufgabe für alle beteiligten Partner – also Land, Kommunen und Wirtschaft – dar. Bei der *Energieinfrastruktur* ist die Sicherstellung einer sicheren, stabilen, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung zentral für die Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg. Für die Attraktivität des Standorts ist es außerdem wichtig, die leistungsfähige *Forschungsinfrastruktur* des Landes zu stärken.

Im Bereich der infrastrukturellen Voraussetzungen in Baden-Württemberg wurde vor allem der Bedarf zum Ausbau von Breitband- und Verkehrsinfrastruktur erkannt. Für den Neu- und Ausbau von Verkehrswegen gibt es auf Landesebene den *Generalverkehrsplan*. Darin legt die Landesregierung die Grundlagen und Ziele der Verkehrspolitik fest. Dem aktuellen Generalverkehrsplan liegen Gutachten mit einem Planungshorizont bis 2025 zugrunde. Die angemeldeten Bauvorhaben wurden hierzu bewertet und in verschiedene Prioritätsstufen eingeteilt. Voran kamen bislang vor allem die Erhaltungsmaßnahmen an Landstraßen. Der Ausbau der Bundesstraßen in Baden-Württemberg folgt dem *Bundesverkehrswegeplan*. Für den Breitbandausbau gibt es unter anderem die Breitbandförderung im Rahmen der Breitbandinitiative Baden-Württemberg II. Zusätzlich können Kommunen in Baden-Württemberg zum Beispiel den „*Investitionskredit Kommune direkt*“ für Infrastrukturinvestitionen beantragen.

Die Kerngruppe hat sich im Rahmen der Diskussionen darauf geeinigt, dass man den Ausbau der *Breitband-, Verkehrs- und Energieinfrastruktur* mit gemeinsamen Anstrengungen unterstützen muss. Im Rahmen der Onlineumfrage wurde dieser Schritt von den Befragungsteilnehmern unterstützt. So sehen die Befragten die Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Breitbandinfrastruktur als wichtigste und dritt wichtigste Aufgabe der Landespolitik zur Stärkung der Industrie. Hierzu hat die Landesregierung bereits erste Schritte unternommen: Zur Erreichung eines flächendeckenden Breitbandausbaus wurde die Breitbandförderung des Landes für die nächsten drei Jahre verdreifacht. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur gibt es, wie beschrieben, bereits umfangreiche Pläne zur Modernisierung und zum Ausbau der Straßen im Land. Zuletzt ist auch die Sicherstellung stabiler, nachhaltiger und bezahlbarer Energieversorgung ein wichtiger Schritt zur Stärkung der industriellen Zukunft des Landes.

Diese Aufgaben können die Akteure im Land zwar unterstützen, jedoch nicht alleine bewältigen. So wird der Bundesverkehrswegeplan auf Bundesebene entschieden und umgesetzt, und auch für die Breitbandförderung ist das vom Bund angekündigte Investitionsprogramm unerlässlich. Daher wird die Kerngruppe sich dafür einsetzen, diese Ziele nicht nur im Land, sondern auch auf *bundespolitischer Ebene* voranzutreiben.

STANDORTSICHERHEIT FESTIGEN – INVESTOREN FÜR DEN STANDORT GEWINNEN

Ein starker Industriestandort braucht Investitionen in Produktion und Technologie. Betrachtet man die *allgemeinen Finanzierungsbedingungen* für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, ist Baden-Württemberg gut bis sehr gut aufgestellt, auch wenn das erreichte Niveau in Teilbereichen noch verbesserungsfähig ist.

Um jedoch Investitionen inländischer und ausländischer Unternehmen in den Standort Baden-Württemberg auch in Zukunft sicherzustellen, müssen die *Rahmenbedingungen* für Investoren verbessert werden, und es muss Planungssicherheit für Investoren geben. Andererseits könnte die *Transparenz* über Beteiligungsangebote für Investoren in Baden-Württemberg erhöht werden. Auch erscheint es sinnvoll, mit weiteren Anstrengungen Private Equity als attraktive Finanzierungsoption in Baden-Württemberg stärker ins *Bewusstsein* zu rücken.

Generell ist zur Finanzierung von Industriebetrieben in Baden-Württemberg anzumerken, dass diese in vielen Fällen über eine sehr gute Eigenkapitalbasis verfügen, aktuell von niedrigen Darlehenszinsen profitieren und oft den Fokus auf traditionelle Finanzierungsmöglichkeiten legen.

Baden-württembergischen Unternehmen bieten sich bereits heute viele Möglichkeiten, Zuschüsse, Bürgschaften und zinsvergünstigte Kredite für Investitionen über den Bund und das Land zu beantragen. Auf Bundesebene gibt es zum Beispiel aus Mitteln des ERP den Gründerkredit oder von der KfW den KfW-Unternehmerkredit. Bürgschaften erhalten Unternehmen von den Bürgschaftsbanken der Länder. Für Baden-Württemberg ist dies die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg, aber auch die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg und die L-Bank bieten Bürgschaften an. Darüber hinaus können KMU in Baden-Württemberg die „Wachstumsfinanzierung“ oder den „Liquiditätskredit“ beantragen, und Unternehmensgründer können zum Beispiel die „Gründungsfinanzierung“ oder Mittel aus den „Seedfonds BW“ beantragen. Diese Mittel sollen Investitionen der Unternehmen im Land fördern. Weitere Informationen zu finanziellen Fördermöglichkeiten können Sie der Förderdatenbank entnehmen unter <http://www.foerderdatenbank.de/>.

Darüber hinaus ist die Vermarktung des Investitionsstandorts und die Unterstützung von Investoren in Baden-Württemberg die Aufgabe von *Baden-Württemberg International* (bw-i). bw-i bietet ein umfangreiches Angebot, darunter Delegations- und Markterkundungsreisen, Kontakt- und Kooperationsbörsen und Messeauftritte im In- und Ausland. bw-i unterstützt ausländische Investoren als „one-stop shop agency“ mit verschiedenen Dienstleistungen und Beratungsangeboten in allen Phasen von der Planung bis zur Etablierung. Zum Beispiel gibt bw-i eine Standortübersicht und organisiert „Baden-Württemberg-Touren“ für potenzielle Investoren. Darüber hinaus nutzt bw-i ein Partnernetzwerk mit zahlreichen Partnerinstitutionen im In- und Ausland und ist mit einem Büro

in China vertreten. Eine ähnliche Standortübersicht wie die von bw-i bieten auch die Industrie- und Handelskammern mit dem *SISFIT-System* an, einem Standortinformationssystem mit Überblick über Gewerbeflächen in Baden-Württemberg.

Gemeinsam wurde festgelegt, dass, basierend auf den sehr guten Leistungen von bw-i, die Bekanntheit und *Transparenz* dieses Angebots weiter erhöht werden sollen, um Unternehmen sowie Investoren noch stärker auf Baden-Württemberg als attraktiven Standort aufmerksam zu machen.

REGIONALE UND KOMMUNALE INITIATIVEN STÄRKEN – GEMEINSAM DEN STANDORT SICHERN

Die Verbesserung der Standortattraktivität liegt auch in der *Verantwortung der Kommunen und Regionen*. So berichten Unternehmen bei den verschiedenen Dimensionen der Standortattraktivität von starken regionalen Unterschieden im Land. Ziel ist es, in den Kommunen die *Bedeutung* der Industrie als Wohlstandstreiber zu verankern und eine positive *Einstellung* gegenüber der Industrie zu erreichen. Aspekte, die hierdurch adressiert werden sollen, sind zum Beispiel die lokale Verfügbarkeit von Gewerbeflächen für die Industrie, neue Geschäftsmodelle für die Unterstützung von Gründern in allen Teilen des Landes ebenso wie möglichst unbürokratische Verwaltungsvorgänge. Von einer Stärkung der kommunalen *Zusammenarbeit* in der Wirtschaftsförderung könnte gerade auch die Industrie in kleinen Kommunen und im ländlichen Raum profitieren.

Im Rahmen des *Regional-Dialogs* des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft sind die Regionen des Landes aufgefordert, im Sinne einer regionalen Verantwortung Regionalstrategien für ihre jeweiligen Wirtschaftsräume zu entwickeln und umzusetzen. Dadurch und im regionalen Diskurs können die Regionen in eigener Initiative und Verantwortung Stärken und Schwächen der Wirtschaftsräume analysieren und daraus die relevanten Ziele, Strategien und Maßnahmen ableiten. In diesem Kontext wurde im Februar 2013 zusammen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz der Wettbewerb *RegioWIN* ausgelobt, in dem die Regionen in der ersten Phase regionale Strategiekonzepte, basierend auf den Stärken und Schwächen, einreichen konnten. Über 1.500 Akteure aus den Reihen der Kommunen, Unternehmen, Hochschulen und Verbände haben aus 14 funktionalen Räumen (Wirtschaftsräume, Regionen) regionale Strategiekonzepte eingereicht. Eine unabhängige Jury hat nach einem transparenten Kriterienkatalog elf davon ausgewählt. Diese wurden am 16. Januar 2014 prämiert und für die zweite Phase des Wettbewerbs freigegeben. In der zweiten Phase mussten die vorgeschlagenen Strategien mit Leuchtturm- und Schlüsselprojekten weiter konkretisiert und in regionale Entwicklungskonzepte weitergeführt werden. Die Jury hat im Dezember 2014 alle elf regionalen Entwicklungskonzepte und 21 Leuchtturmprojekte ausgewählt. Die ausgewählten elf Regionen wurden im Januar 2015 als „WINregionen“ ausgezeichnet und ebenso wie die 21 Leuchtturmprojekte prämiert. Die Leuchtturmprojekte haben mit der Prämierung die Möglichkeit, einen Förderantrag im Rahmen der EFRE-Strukturfondsperiode 2014–2020 auf der Grundlage des operationellen Programms „Innovation und Energiewende“ für Baden-Württemberg zu stellen. Dazu werden sie aktuell durch die kooperierenden Ministerien beraten. Die Bestrebungen im Rahmen des Regional-Dialogs sind ein Teil der regionalen Struktur- und Innovationspolitik der baden-württembergischen Landesregierung.

Ein weiterer Bestandteil ist die Förderung der *regionalen Cluster-Initiativen* des Landes. In den vergangenen Jahren hat sich in Baden-Württemberg eine vielschichtige, ausdifferenzierte Cluster-Landschaft herausgebildet. Diese fördert das Land durch verschiedene Maßnahmen und Aktivitäten. Neben der finanziellen Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Projekte in den Cluster-Initiativen, der finanziellen Unterstützung der Internationalisierung der Cluster-Initiativen werden die Cluster-Initiativen insbesondere durch Weiterbildungsangebote unterstützt. Daneben wurde die Cluster-Agentur Baden-Württemberg ins Leben gerufen, die die Cluster-Initiativen bei der Entwicklung neuer Dienstleistungen und Services, bei der Internationalisierung und bei der strategischen Weiterentwicklung unterstützt. Der Cluster-Atlas und die Cluster-Datenbank bieten einen Überblick über die verschiedenen regionalen Cluster-Initiativen und landesweiten Netzwerke im Land.

Über diese regionalen Aktivitäten in Baden-Württemberg hinaus bietet der Bund zur Stärkung der kommunalen Verantwortung das Programm „FONA (Forschung für Nachhaltige Entwicklungen) - Kommunen innovativ“ an. Im Rahmen dieses Programms werden Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Kommunen in Kooperation mit anderen Partnern bezuschusst. Dies soll die Rolle der Kommunen als Initiatoren, Partner und Adressaten von Forschung, Entwicklung und Innovationen stärken.

Basierend auf diesen Aktivitäten hat die Kerngruppe zwei Stoßrichtungen für die kommunale und regionale Verantwortung diskutiert: „Attraktivität für Fachkräfte“ und „Attraktivität für Unternehmen“. Im Bereich der „Attraktivität für Fachkräfte“ ist das Ziel, eine attraktive kommunale Daseinsvorsorge durch die Bereitstellung der notwendigen kommunalen Infrastruktur sicherzustellen. Hierzu gehören der Ausbau von Kindertagesstätten, aber auch von Wohnraum. Es ist essenziell für die Fachkräftesicherung der Industrie am Standort, dass Fachkräfte ein attraktives kommunales Angebot vorfinden. Es liegt im Verantwortungsbereich der Kommunen, mit Unterstützung der Landesregierung, dies auch in Zukunft sicherzustellen.

Zur Sicherstellung der „Attraktivität für Unternehmen“ ist es essenziell, dass Kommunen und Regionen in Baden-Württemberg über ein strategisches Konzept zur weiteren Entwicklung ihres Standorts verfügen und ihre Wirtschaftsfreundlichkeit stärken. Dazu wurden in der Kerngruppe drei potenzielle Ideen für weitere Schritte diskutiert. Die Einführung eines „Best-Practice-Atlas“ für Kommunen in Baden-Württemberg soll geprüft werden. Dieser soll Beispiele von besonders wirtschaftsfreundlichen und effizienten Kommunen sammeln. Dies soll die Leistung der Kommunen anerkennen und honorieren und Inspiration für potenzielle Optimierungsmaßnahmen liefern. Zusätzlich soll das Interesse an der Etablierung eines gemeinsamen „Tags des Austausches“ geprüft werden. An diesem sollen sich Vertreter der verschiedenen Interessengruppen, die für die Entwicklung einer Kommune und/oder Region von Relevanz sind, regelmäßig treffen und austauschen.

Zuletzt möchte die Kerngruppe an die Regionen appellieren, die während des *RegioWIN* erarbeiteten strategischen Entwicklungskonzepte vor Ort weiter voranzutreiben und den etablierten Dialog fortzuführen. Eine weitere Ausarbeitung sollte vor allem für den industriepolitischen Teil des Konzeptes vorangetrieben werden. Das Land wird hierzu im Austausch mit den Regionen bleiben und eine finanzielle Aufwandsentschädigung analog zu derjenigen während der Konzepterarbeitungsphase des *RegioWIN* prüfen.

7.4 Industrie den Menschen näher bringen

DIALOG ZWISCHEN INDUSTRIE UND BEVÖLKERUNG STÄRKEN

Die Industrie leistet einen erheblichen Beitrag zu Wohlstand, Lebensqualität, Innovationsfähigkeit und Beschäftigung im Land. Ihre Innovationen sind für das Bundesland und seine Bevölkerung von großer Bedeutung. Für die erfolgreiche Zukunft des Produktions- und Entwicklungsstandorts Baden-Württemberg ist es heute wichtiger denn je, dass Industrie und Bevölkerung ein starkes Team bilden. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Insbesondere bei möglichen Konflikten bei der Flächennutzung und im Hinblick auf Umweltauswirkungen durch Industriebetriebe kann es zu Spannungen kommen. Solche Situationen erfordern eine geeignete Kommunikation. Vor allem sind Anstrengungen notwendig, dass sich aus möglichen Konfliktlagen auf lokaler Ebene keine allgemeinen Akzeptanzprobleme für die Industrie entwickeln.

Ein starker Industriestandort braucht breite gesellschaftliche Unterstützung. Dafür ist es umso wichtiger, dass sich die Industrie den Menschen öffnet, die Bedeutung der Industrie für den Wohlstand des Landes transparenter vermittelt wird und Dialog und Austausch stattfinden. Dies gilt jedoch nicht nur für eine zukunftsfähige Industriepolitik, sondern ist auch ein wichtiges Element moderner Wirtschaftspolitik. Die Landesregierung hat sich deswegen der dialogorientierten Wirtschaftspolitik verschrieben und setzt ausdrücklich auf den Dialog mit der Wirtschaft, Gewerkschaften und den Unternehmen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft. Ein weiteres wichtiges Element für Transparenz und Offenheit ist auch, den Menschen ein klares Bild von modernen Industriearbeitsplätzen der Zukunft zu vermitteln. Die Beziehung zwischen Industrie und Bevölkerung soll durch proaktive *Kommunikation*, *Transparenz* sowie eine stärkere *Vermarktung* der Wohlstandswirkung und des gesellschaftlichen Engagements der Industrie verbessert werden. Dies liegt in der Verantwortung aller Beteiligten, nämlich des Landes, der Verbände, der Gewerkschaften, der Kammern, der Unternehmen und der Kommunen. Auch die Industrie selbst setzt mit Bürgerdialogen verstärkt auf die Einbeziehung der Bürgerschaft bei großen Industrievorhaben.

Ein Beispiel für den Dialog zwischen allen Akteuren eines Industriestandorts ist der von der IG BCE Baden-Württemberg initiierte *industriepolitische Dialog zur Zukunft des Chemiestandortes am Hochrhein*. Im Rahmen dieses Dialogs wurden runde Tische mit Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, Regionalverbänden, Bürgerinitiativen und der Politik eingerichtet. In Arbeitsforen wurden unter dem Aspekt „Leben und Arbeiten am Hochrhein“ verschiedene Unterthemen zur Zukunft der chemischen Industrie am Hochrhein diskutiert. Außerdem haben sie Handlungsfelder und Empfehlungen für eine weitere positive Entwicklung des Industriestandorts identifiziert. Diese werden unter Beteiligung aller Akteure in einem dynamischen Prozess umgesetzt.



Die Mineralö Raffinerie Oberrhein in Karlsruhe ist Deutschlands größter Benzinerzeuger. Im Bild sind die für eine Raffinerie typischen Destillationskolonnen (hier eine Gasnachverarbeitungsanlage) zu sehen.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg hat während des zur Entwicklung dieser Industrieperspektive durchgeführten Dialogprozesses drei regionale Workshops und eine Zukunftsarena organisiert. Außerdem wurde auch eine *Online-Umfrage zur Industrie in Baden-Württemberg* durchgeführt.

Bei dieser Onlinebefragung haben fast zwei Drittel der Befragten den Wunsch geäußert, den Dialog zwischen Industrie und Bevölkerung zu stärken. Die hierbei am häufigsten genannte gewünschte Form zur Stärkung dieses Dialogs war ein Tag der offenen Tür bzw. eine Nacht der Industrie. Vor diesem Hintergrund wird geprüft, in welcher Form eine *landesweite Aktion* zur Verbesserung des Dialogs von Industrie und Bürgerschaft umgesetzt werden kann.

Die Befragten haben außerdem oft den Wunsch nach mehr Transparenz bzw. mehr Informationen geäußert. Hierzu ist im Dialog in der Kerngruppe der Vorschlag entstanden, ein *Industrie-Kompedium* für Baden-Württemberg anzugehen, das Informationen zu Industrieunternehmen und von der Industrie angebotene „Kennenlernoptionen“ für die Bevölkerung zusammenfasst. Solche Optionen könnten zum Beispiel Termine für Werksführungen oder Hinweise auf Museen, Ausstellungen und Veranstaltungen von Industrieunternehmen sein.

Ergänzend zum Industriekompedium wird die Idee einer „*Roadshow der Industrie*“ weiter zu prüfen sein. Die Roadshow könnte eine Art Mitmachausstellung zum Thema Industrie sein, die die Industrie erlebbar macht und in regelmäßigen Abständen durch die Regionen des Landes zieht.

7.5 Übergreifende Stoßrichtung

Die vier definierten Handlungsfelder und neun untergeordneten Handlungsbereiche sind aus den aktuellen Diskussionen der Kerngruppe, den Interviews und der Industrieanalyse entstanden. Es gilt, die Entwicklungen in diesen Handlungsfeldern und -bereichen auch in Zukunft zu beobachten und regelmäßig zu überprüfen, ob sie noch aktuell sind. Schließlich ist es möglich, dass sich mit fortschreitender Zeit weitere Handlungsfelder oder -bereiche für die Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg auf tun. Gleichmaßen gilt es, in den definierten Stoßrichtungen den Fortschritt durch bestehende und angestoßene Aktivitäten zu begleiten und bei Bedarf weitere Schritte anzustoßen. Zu diesem Zweck hat sich die Kerngruppe darauf verständigt, diese Aufgaben auch über die Erstellung dieses Dokumentes hinaus zu übernehmen. Hierzu wird die Kerngruppe im Dialog bleiben und in regelmäßigen Abständen zu diesem Zweck zusammenkommen.

8

Gemeinsame Erklärung zum Industriedialog Baden-Württemberg vom 24.08.2015



Verpackungsschütte für Universaldübel
in den Fischerwerken in Waldachtal im
Schwarzwald.

Baden-Württemberg ist das **stärkste Industrieland** in der Bundesrepublik Deutschland und eine Industrieregion mit Weltrang. Die Industrie schafft Wohlstand und gute Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Nach der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 hat sich die baden-württembergische Industrie vor allem aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Betriebsräten, der Bundesagentur für Arbeit, der Kammern, Verbände und des Landes rasant erholt und steht heute besser da als jemals zuvor. Die Industrie ist die Lokomotive der baden-württembergischen Wirtschaft und soll es auch in Zukunft bleiben.

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg gemeinsam mit führenden Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften im Herbst 2014 den Industriedialog Baden-Württemberg gestartet. Dieser baut im Rahmen einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik auf die erfolgreichen Branchendialoge der letzten Jahre auf. Mit der „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ haben die Beteiligten eine Bestandsaufnahme zur Situation des Industrielandes Baden-Württemberg vorgenommen und eine gemeinsame Handlungsgrundlage für die kommenden Jahre entwickelt. Alle Beteiligten bekennen sich nachdrücklich zum Industriestandort Baden-Württemberg und sind sich dabei einig, dass alle gemeinsam und jeder im eigenen Verantwortungsbereich auch künftig Beiträge leisten müssen, um die baden-württembergische Industrie weiter voranzubringen.

Mit seiner dialogorientierten Wirtschaftspolitik setzt Baden-Württemberg über die Grenzen des Landes hinaus Maßstäbe für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik. Sie ist gekennzeichnet von hoher Wertschätzung für die Industrie und der dort Beschäftigten, Offenheit für industrielle Belange, Technologie- und Innovationsfreundlichkeit, Kooperationsbereitschaft und wechselseitigem Vertrauen. Die gemeinsame Entwicklung der „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ ist eine hervorragende Basis und ein echter Meilenstein für die Industriepolitik in Baden-Württemberg. Der damit geschaffene Handlungsrahmen wird in den kommenden Jahren mit konkreten Aktivitäten ausgefüllt. Der Dialog wird fortgesetzt.

Die Beteiligten heben mit dieser Erklärung die folgenden Punkte des Ergebnisapiers „Gemeinsam in die Zukunft – Industrieland Baden-Württemberg“ ausdrücklich hervor:

1. STARKE INDUSTRIE MIT GUTEN ARBEITSPLÄTZEN

Mit einer Bruttowertschöpfung von 128 Milliarden Euro und einem Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung von 32,5 % im Jahr 2014 ist Baden-Württemberg das stärkste Industrieland in Deutschland. Kein anderes Bundesland weist so viele Weltmarktführer auf wie Baden-Württemberg. Viele dieser Weltmarktführer gehören zum industriellen Mittelstand. Rund 70 % der Beschäftigten arbeiten in mittelständischen Betrieben mit weniger als 1.000 Beschäftigten. Besondere Stärken hat das Land in der Automobil- und Maschinenbauindustrie, der IT-Branche und der Elektrotechnik sowie in der Gesundheitsindustrie und Chemie. Die hiesige Industrie zeichnet sich durch eine einmalige Wertschöpfungskette von der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung bis hin zur Herstellung von technischen Endprodukten aus. Diese Kette gilt es als Wettbewerbsstärke des Landes zu erhalten.

Die Industrie leistet mit ihrer Innovationskraft einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Baden-Württemberg mit einer Forschungsintensität von 4,8 % zu den innovativsten Regionen der Welt zählt. Die Industrieunternehmen des Landes engagieren sich auch auf vielfältige Weise bei der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben im Land und in ihren jeweiligen Regionen.

Die Erfolge der baden-württembergischen Industrie sind auch ein Verdienst ihrer Beschäftigten. Derzeit arbeiten rund 1,5 Millionen Menschen oder jeder vierte Erwerbstätige Baden-Württembergs in der Industrie. Hinzu kommen rund 700.000 Beschäftigte in den industrienahen Dienstleistungen und im Handwerk, die einen direkten Bezug zur Industrie haben. Die Industrie bietet dabei gute und attraktive Arbeitsplätze. Betriebsräte, Mitbestimmung und Tarifbindung sind einer der Garantien guter Arbeit mit fairer Entlohnung.

Auch in Zukunft muss die Stärke der baden-württembergischen Industrie immer wieder auf das Neue erarbeitet werden. Zu den großen Herausforderungen, die in den kommenden Jahren zu bewältigen sind, gehören der technologische Strukturwandel mit einer umfassenden Digitalisierung industrieller Prozesse und Produkte, der demografische Wandel mit seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sowie der Klima- und Ressourcenschutz. Die Industrie des Landes hat alle Chancen, diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dazu bedarf es aber auch angemessener wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, etwa bei Steuern und Abgaben, sowie einer hochwertigen Infrastruktur in den Bereichen Forschung, Breitband, Verkehr und Energie. Zur weiteren Stärkung der baden-württembergischen Industrie soll auch in Zukunft eine enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften erfolgen.

2. LEITBILD „GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT – INDUSTRIELAND BADEN-WÜRTTEMBERG“

Mit dem Leitbild ist es erstmalig in der Geschichte Baden-Württembergs gelungen, gemeinsame Grundprinzipien für die Industrie in Baden-Württemberg zu entwickeln. Das Leitbild bildet zugleich einen mittelfristigen Rahmen für industriepolitische Strategien, Ziele und Maßnahmen.

3. INDUSTRIE 4.0 UND DIGITALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Industrie 4.0 und die Digitalisierung der Wirtschaft bieten die einmalige Chance, die bestehenden Stärken der baden-württembergischen Wirtschaft mit den neuen technologischen Möglichkeiten zu verbinden und dadurch die Spitzenposition im globalen Industriebewettbewerb weiter auszubauen. Für eine erfolgreiche Bewältigung der strukturellen Änderungen ist in den Unternehmen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, insbesondere auch mit den Betriebsräten wichtig.

Mit der Gründung der „Allianz Industrie 4.0“ in Baden-Württemberg wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht, der darauf abzielt, gerade auch mittelständischen Unternehmen Orientierung auf dem Weg zur Industrie 4.0 zu geben und die Beschäftigten auf die Änderungen im beruflichen Aufgabenspektrum vorzubereiten. Baden-Württemberg und seine Industrie haben damit beste Voraussetzungen, sich zum Leitmarkt und Leitanbieter für Industrie 4.0 zu entwickeln.

4. FACHKRÄFTE NACHHALTIG FÜR DIE INDUSTRIE GEWINNEN

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Industrielandes Baden-Württemberg ist die Verfügbarkeit von Fachkräften für die Industrie, aber auch für deren Zulieferer und Kunden aus Handwerk und Dienstleistungssektor. Mit der „Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg“ wurde ein wichtiger Schritt unternommen, um gemeinsam die Voraussetzungen für die künftige Fachkräftesicherung zu schaffen. Dazu muss die Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Zuwanderern weiter steigen. Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt werden dabei ebenso zu einem Standortvorteil für die Industrie in Baden-Württemberg wie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Entwicklungsperspektiven. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ist auch ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildungsfähigkeit bildungsferner Menschen sowie auf die An- und Ungelernten zu richten.

Aufgrund des prognostizierten Fachkräftebedarfs bleibt gerade auch die duale Ausbildung in technischen Berufen von großer Bedeutung. Im Hinblick auf die Digitalisierung der Wirtschaft wird die digitale Bildung an Schulen zunehmend wichtiger. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass Frauen in „digitalen Berufsfeldern“ bisher deutlich unterrepräsentiert sind. Digitale Bildung muss vor allem auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie in der akademischen Bildung gestärkt werden, um die Beschäftigungsfähigkeit der derzeitigen und künftigen Erwerbspersonen zu stärken.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zur Fachkräftesicherung. Baden-Württemberg hat bei dem Angebot der Kleinkindbetreuung und bei Ganztagschulen in den letzten Jahren massiv aufgeholt. Die Anstrengungen in diesen Bereichen müssen weiter fortgesetzt werden.

5. INNOVATIONSKRAFT STÄRKEN – DAMIT AUS IDEEN PRODUKTE WERDEN

Die zügige Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte und Wertschöpfung bleibt eine zentrale Herausforderung im globalen Innovationswettbewerb. Die Industrie in Baden-Württemberg profitiert in diesem Zusammenhang insbesondere auch von der hervorragenden Forschungslandschaft im Land. Gerade auch beim Technologietransfer ist Baden-Württemberg bundesweit führend. Um diesen Vorsprung zu halten und weiter auszubauen, wurde mithilfe des Wirtschaftsdialogs Technologietransfer des MFW ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung des Technologietransfers geschnürt.

Die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen sollte durch die Einführung einer mittelstandsorientierten steuerlichen FuE-Förderung und Verbesserungen bei der Wagniskapitalfinanzierung gestärkt werden.

Die hohe Innovationskraft der baden-württembergischen Industrie bietet auch große Chancen im Hinblick auf den notwendigen Klima- und Ressourcenschutz. Sie kann mit nachhaltigen Produkten und Produktionsprozessen wirtschaftlich erfolgreich sein und damit zugleich wertvolle Beiträge zum Klima- und Ressourcenschutz leisten.

6. FÜR GRÜNDUNGEN BEGEISTERN – GRÜNDUNGSKLIMA WEITER VERBESSERN

Baden-Württemberg zeichnet sich gegenwärtig durch eine besonders hohe Gründungsqualität aus, die durch höhere Überlebensraten junger Unternehmen als in anderen Bundesländern gekennzeichnet ist. Mit Gründungsgutscheinen, Innovationsgutscheinen für Hightech-Startups, dem Venture Capital Fonds Baden-Württemberg und dem Aufbau von technologiespezifischen Gründungszentren wurde das Förderangebot für Gründerinnen und Gründer zuletzt deutlich gestärkt.

Insgesamt sind Unternehmensgründungen, aber auch Betriebsübergaben zu unterstützen. Dabei ist auch eine verstärkte Unterstützung von Hightech-Gründungen notwendig. Denn sie spielen eine wichtige Rolle bei der Modernisierung und Entwicklung unserer Wirtschaft. Unternehmerinnen und Unternehmer sollen verstärkt als Gründungspaten aktiv werden, damit unternehmensinterne Innovationspotenziale durch sogenannte Exkubationsmodelle stärker genutzt werden und damit auch verstärkt private Mittel für die Gründungs- und Wachstumsphase mobilisiert werden.

7. INDUSTRIESTANDORT ATTRAKTIV GESTALTEN

Eine verlässliche physische wie digitale Infrastruktur ist unerlässlich für die Zukunft des Industriestandorts Baden-Württemberg. Dazu gehören die Verkehrs-, die Breitband- und die Energieinfrastruktur. Der Ausbau der Infrastruktur ist Aufgabe aller beteiligten Partner aus Bund, Land, Kommunen und Wirtschaft.

Die Industrieunternehmen in Baden-Württemberg verfügen in vielen Fällen über eine sehr gute Eigenkapitalbasis. Um die Standortsicherheit auch zukünftig zu festigen und Investoren für den Standort zu gewinnen, ist es unerlässlich, die Rahmenbedingungen stetig zu verbessern. Dazu zählen die Finanzierungssituation ebenso wie die Transparenz der bereits existierenden Beteiligungsangebote.

Die Standortattraktivität für Fachkräfte und für Unternehmen wird durch regionale und kommunale Initiativen unterstützt. Dazu zählen die Bereitstellung von geeigneten Industrie- und Gewerbeflächen, aber auch die Entwicklung und Umsetzung strategischer Konzepte zur Erhöhung der Wirtschaftsfreundlichkeit.

8. BREITE AKZEPTANZ DER INDUSTRIE IN DER GESELLSCHAFT SCHAFFEN

Von der Industrie in Baden-Württemberg profitiert das gesamte Land. Ein starker Industriestandort braucht im Gegenzug eine breite gesellschaftliche Unterstützung. Insgesamt hat die Industrie in Baden-Württemberg eine hohe Akzeptanz. Viele Menschen im Land identifizieren sich mit der Industrie und ihren Erfolgen im globalen Wettbewerb und halten eine weitere Stärkung der Industrie für erforderlich.

Gleichwohl kann es sinnvoll sein, wenn gerade auch bei konkreten Industrie- und Gewerbeprojekten vor Ort um die notwendige Akzeptanz der örtlichen und regionalen Bevölkerung geworben wird. Dabei können alle Beteiligten einen Beitrag leisten, die Beziehung zwischen Industrie und Bevölkerung und damit das Industrieklima insgesamt durch proaktive Kommunikation und Transparenz weiter zu verbessern.

Dr. Peter Kulitz

Präsident

Baden-Württembergischer Industrie- und
Handelskammertag e. V.

Wolfgang Grenke

Vizepräsident, Federführung Industrie
Baden-Württembergischer Industrie- und
Handelskammertag e. V.

Senator E.h. Wolfgang Wolf

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Landesverband der Baden-Württembergischen
Industrie e. V.

Peer-Michael Dick

Hauptgeschäftsführer
Landesvereinigung Baden-Württembergischer
Arbeitgeberverbände e. V.

Rainer Reichhold

Präsident

Baden-Württembergischer
Handwerkstag e. V.

Nikolaus Landgraf

Landesvorsitzender
DGB-Bezirk Baden-Württemberg

Catharina Clay

Landesbezirksleiterin

IG Bergbau, Chemie, Energie Baden-Württemberg

Roman Zitzelsberger

Bezirksleiter

IG Metall Baden-Württemberg

Dr. Nils Schmid MdL

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister
für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

9.1 Auswertung der Antworten aus der Onlinebefragung

ABB. 16:
„Die Industrie trägt maßgeblich zum Wohlstand in Baden-Württemberg bei“ und „Das Image der Industrie in Baden-Württemberg bewerte ich als“

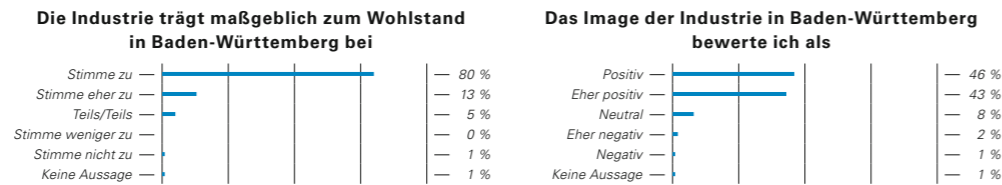


ABB. 17:
„Der Stellenwert der Industrie in Baden-Württemberg ist“ und „Es ist wichtig für die Zukunft Baden-Württembergs, die Industrie weiter zu stärken“

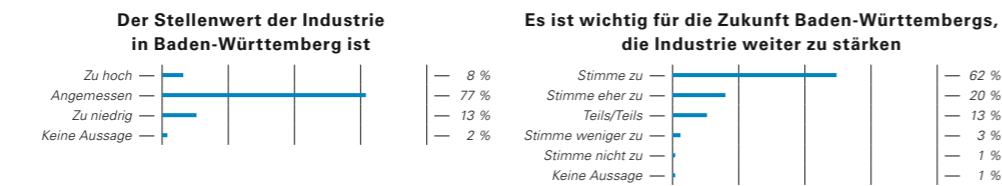


ABB. 18:
„Die Industrie ist ein wichtiger Teil meiner Region und sollte auch in Zukunft ausgebaut werden“

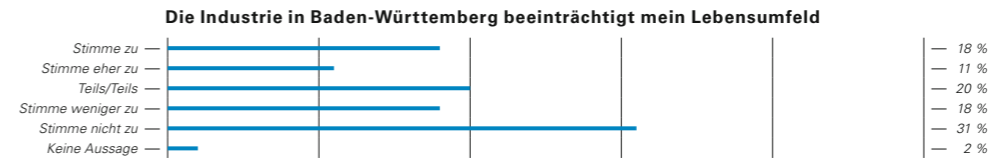
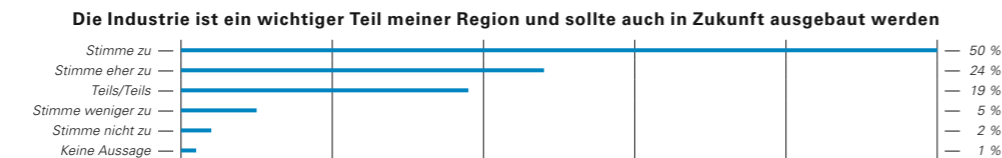


ABB. 19:
„Die Industrie in Baden-Württemberg beeinträchtigt mein Lebensumfeld“

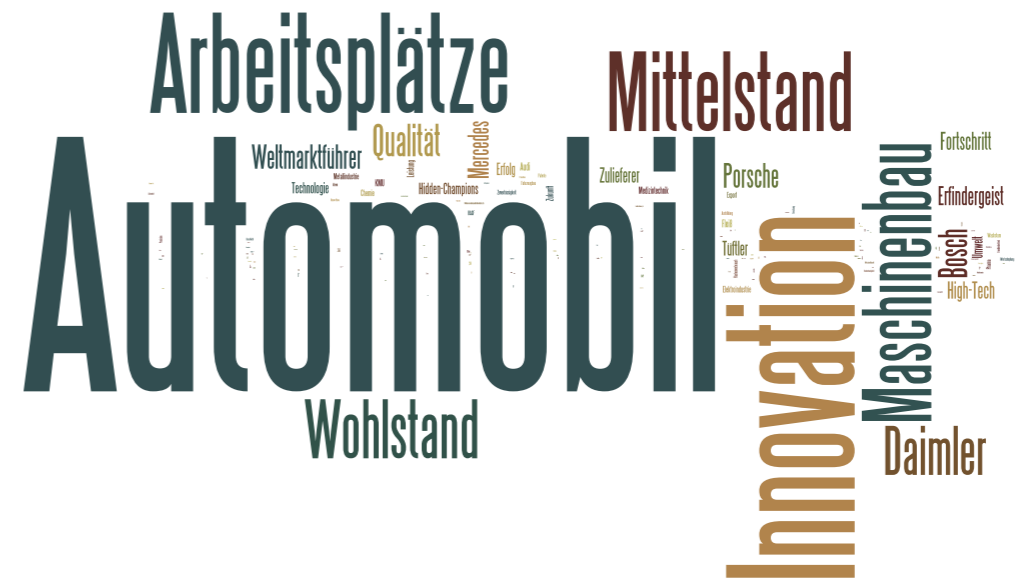


ABB. 20:
„Wenn Sie an Industrie in Baden-Württemberg denken, was verbinden Sie spontan damit?“

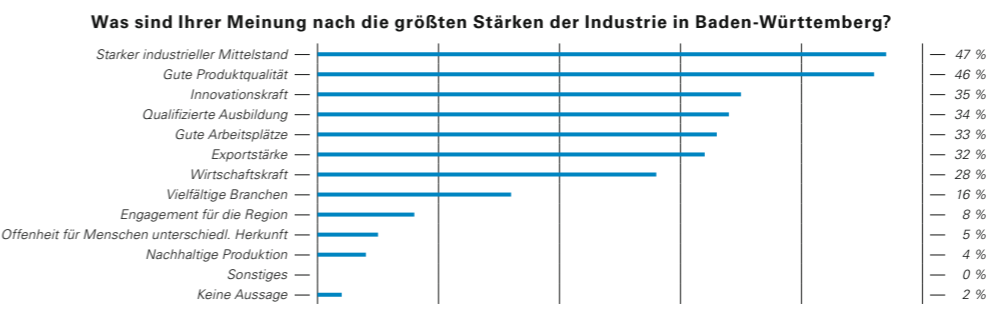


ABB. 21:
„Was sind Ihrer Meinung nach die größten Stärken der Industrie in Baden-Württemberg?“ (Mehrfachnennung möglich)

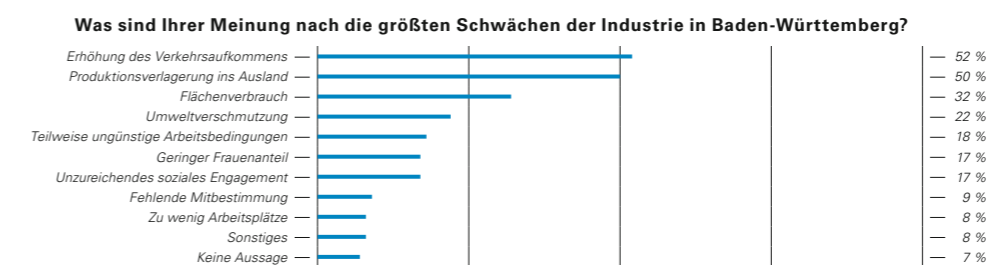


ABB. 22:
„Was sind Ihrer Meinung nach die größten Schwächen der Industrie in Baden-Württemberg?“ (Mehrfachnennung möglich)

ABB. 23:
„Worin liegen die wichtigsten Herausforderungen für die Industrie in den kommenden Jahren?“

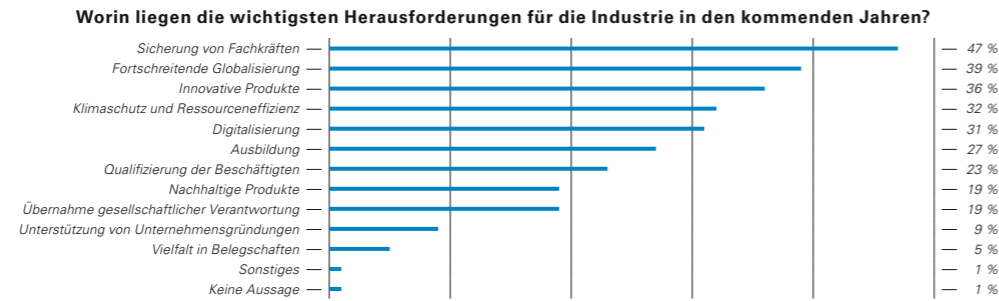


ABB. 24:
„Wie wird sich Ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren entwickeln?“

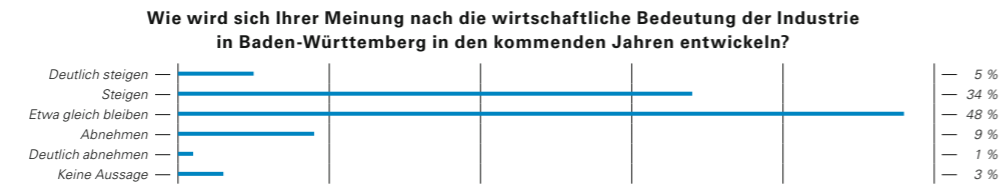


ABB. 25:
„Wer sollte vorrangig einen Beitrag zur Stärkung der Industrie leisten?“

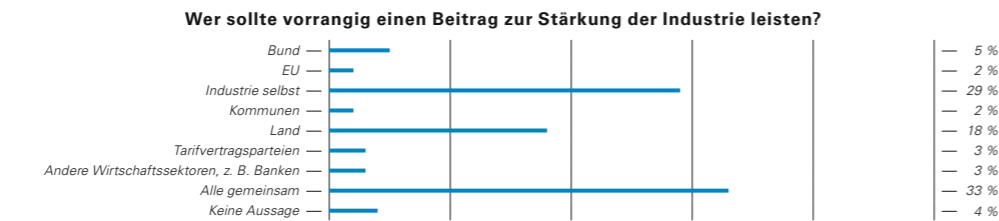
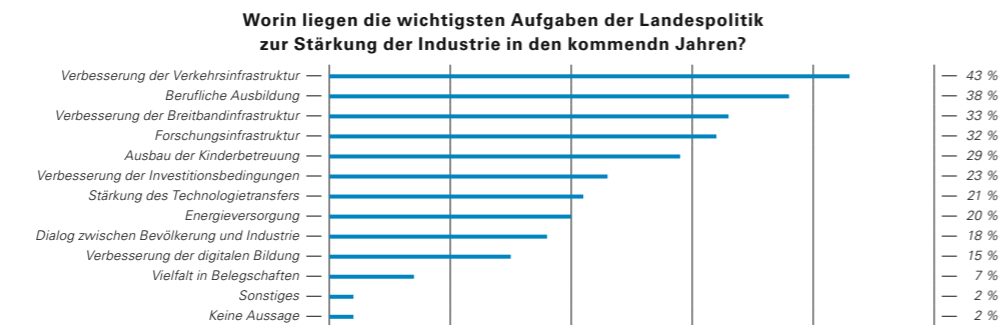


ABB. 26:
„Worin liegen die wichtigsten Aufgaben der Landespolitik zur Stärkung der Industrie in den kommenden Jahren?“



9.2 Quellenverzeichnis

¹ „Globale Kräfteverschiebung“, IW Consult GmbH und Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., veröffentlicht 06.01.2015, http://www.bdi.eu/download_content/Studie_Globale-Kraefteverschiebung.pdf

² „Die digitale Transformation der Industrie“, Bundesverband der deutschen Industrie e. V. und Roland Berger Strategy Consultants GmbH, 2014, http://www.bdi.eu/download_content/InformationUndTelekommunikation/Digitale_Transformation.pdf

³ Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen, Quelle: „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Band 1“, Tabelle 2.3.1.2, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht April 2015, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/RV2014/R1B1.zip>

⁴ „Wohlstand dank Industrie – Zukunft der Produktion in Baden-Württemberg“, IW Consult GmbH, Köln, März 2015, [https://www.suedwestmetall.de/SWM/medien.nsf/gfx/3DEB07407A90D9CDC1257E26004F193E/\\$file/Zukunft%20der%20Produktion%20Ergebnisband%20I.pdf](https://www.suedwestmetall.de/SWM/medien.nsf/gfx/3DEB07407A90D9CDC1257E26004F193E/$file/Zukunft%20der%20Produktion%20Ergebnisband%20I.pdf)

⁵ Die G10 ist eine Gruppe der inzwischen elf wichtigsten Industrienationen der Welt: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Schweden, Schweiz, USA, Quelle: „Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag“, 5. Auflage, Bibliographisches Institut, Mannheim, 2013 IN Lizenz Ausgabe Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/159963/g-10-staaten>

⁶ Aufgrund der internationalen Datenverfügbarkeit wurde hier für Baden-Württemberg die Bruttowertschöpfung aus dem Jahr 2013 gewählt, Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen, Quelle: „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013, Reihe 1, Band 1“, Tabelle 2.3.1.2, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht März 2014, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/R0B0.asp?rev=RV2011&tbl=R1B1>; Manufacturing, value added (% of GDP) and Manufacturing, value-added (current LCU), Großbritannien 147,883 Milliarden GBP, Wechselkurs 0,7148 GBP/EUR (28.04.2015), Quelle: World Development Indicators, World DataBank, The World Bank Group, Stand 10.06.2015, <http://databank.worldbank.org/data/views/variableSelection/selectvariables.aspx?source=world-development-indicators>

⁷ „Industrial revolution brings industry back to Europe“, Press Release Database, European Commission, Brüssel, veröffentlicht 10.10.2012, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1085_en.htm?locale=en

⁸ Bernd Venohr + Team, Statistisches Bundesamt IN „Im Südwesten sitzen die Weltmarktführer“, WirtschaftsWoche Nummer 47, Handelsblatt GmbH & Co. KG, veröffentlicht 18.11.2013, <http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/baden-wuerttemberg-im-suedwesten-sitzen-die-weltmarktfuehren/9079480.html>

⁹ Auswahl ohne Sanierungsfälle, unter den Top 3 in einer Branche, Quelle: Datenbank deutscher Weltmarktführer/Bernd Venohr + Team, Unternehmen, Hoppenstedt IN „Im Südwesten sitzen die Weltmarktführer“, WirtschaftsWoche Nummer 47, Handelsblatt GmbH & Co. KG, veröffentlicht 18.11.2013, <http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/baden-wuerttemberg-im-suedwesten-sitzen-die-weltmarktfuehrer/9079480.html> (online nur Top25-50 abrufbar)

¹⁰ Weissman Institut für Familienunternehmen, Eigene Recherchen IN „Weltmarktführer: ein räumlicher und zeitlicher Überblick“, Nationalatlas aktuell 5, Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig, Stand 30.11.2011, http://aktuell.nationalatlas.de/weltmarktfuehrer-11_11-2011-0.html/

¹¹ „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2012, Reihe 2, Band 1“, Tabellen und Untertabellen zu 2 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen und 3 Erwerbstätige (Inland), Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht August 2014 (vorläufige Revision), <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/R0B0.asp?rev=RV2011&tbl=R2B1>

¹² Erhebungen enthalten nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Beschäftigte einschließlich Auszubildende, Heimarbeiter sowie tätige Inhaber und Mitinhaber, ohne Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Quelle: „Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftszweigen“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand 30.09.2014, http://www.statistik-bw.de/ProdGew/Landesdaten/VG-GK_BBEU.asp

¹³ Die Branchenbezeichnung „Chemie“ umfasst auch die Mineralölverarbeitung. Der Umsatz in der Mineralölverarbeitung ist zu einem großen Anteil von der Energiesteuer geprägt, die keine Wertschöpfung darstellt

¹⁴ Erhebungen enthalten nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Beschäftigte einschließlich Auszubildende, Heimarbeiter sowie tätige Inhaber und Mitinhaber, ohne Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Quelle: „Ausgewählte Eckdaten für das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg 2014 Berichtskreis 20+ in Abgrenzung nach WZ 2008“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015, <http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2015088.asp>

¹⁵ Verwendete Abkürzungen für Wirtschaftszweige: Elektronik: Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse und elektrische Ausrüstung; Maschinen- und Fahrzeugbau: Maschinenbau, Kraftwagen und Kraftwagenteil und sonstiger Fahrzeugbau; Metall: Metallerzeugung, -bearbeitung und Metallerzeugnisse; Chemie: Kokerei und Mineralölverarbeitung, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren, Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden; Nahrung: Nahrungs- und Futtermittel, Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung; Papier: Papier, Pappe und Ware daraus, Druckerzeugnisse, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern; Sonstiges: Möbel, sonstige Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen; Textilien: Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhe, Holz-Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)

¹⁶ „Die Apotheke Deutschlands“, Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg e. V. und Verband der Chemischen Industrie e. V. Landesverband Baden-Württemberg, 2015, <http://www.cbemie.com/pbarma.html>

¹⁷ „Biotechnologie und Pharma in Baden-Württemberg“, BIOPRO Baden-Württemberg GmbH, 2015, <http://www.bio-pro.de/medtech/biopharma/index.html?lang=de>

¹⁸ „Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe“, Tabelle 42111-0003 und 42271-0011, Genesis-Online Datenbank, Statistisches Bundesamt, Stand September 2015, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>

¹⁹ Unternehmen mit steuerbarem Umsatz (Lieferungen und Leistungen, bei Organschaften Schätzwert) und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2012, Quelle: „Unternehmen und Betriebe sowie deren Beschäftigte und Umsätze“, Unternehmensregister, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand Mai 2014, http://www.statistik-bw.de/Volkspreise/Landesdaten/UR_WAbteilung_0000.asp

²⁰ Unternehmen mit steuerbarem Umsatz (Lieferungen und Leistungen, bei Organkreismitgliedern Schätzwert) und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2012, „Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz 2012“, Unternehmensregister, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Stand 31.05.2014, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/Unternehmensregister/Tabellen/UnternehmenBeschaeftigteUmsatzWZ08.html>

²¹ Schätzung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft basierend auf den letzten verfügbaren Daten zur Einkommenssteuer und Körperschaftsteuer, Berechnungen basierend auf Daten des Bundesministeriums für Finanzen und des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

²² Auslandsumsatz im Verhältnis zum Umsatz, „Monatsbericht für Betriebe“ mit 50 und mehr Beschäftigten und „Jahresbericht für Betriebe“ von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden“, Quelle: „Indikatoren zum Thema »Industrie, Handwerk, Bauen und Wohnen« – Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand 15.04.2015, https://www.statistik-bw.de/ProdGew/Indikatoren/VG_XpQuote.asp

²³ Vorläufige Werte für 2013, Quelle: „Schaubild des Monats – Handelspartner Baden-Württembergs“, Statistisches Monatsheft 4/2014 Seite 53, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, veröffentlicht 08.04.2014, http://www.statistik-bw.de/veroeffentl/monatsbefte/PDF/Beitrag14_04_08.pdf

²⁴ Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen, Quelle: „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Band 1“, Tabelle 2.3.1.2, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht April 2015, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/RV2014/R1B1.zip>

²⁵ Preisbereinigte, verkettete Bruttowertschöpfung, Index 2010=100, Quelle: „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Band 1“, Tabelle 7.3.1.2, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht April 2015, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/RV2014/R1B1.zip>

²⁶ Erwerbstätige am Arbeitsort (Inlandskonzept, d. h. alle Personen mit Arbeitsort bei im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten), vorläufige Ergebnisse, Quelle: „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Band 1“, Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Stand Februar 2014, http://aketr.de/tl_files/aketr/DATA/Downloads/ETR_R1B1_2014FS_bj.pdf

²⁷ Unternehmensdienstleister nach WZ2008 Wirtschaftszweige M bis N, Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ IN „Erwerbstätige, Arbeitnehmer, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige am Arbeitsort nach Wirtschaftsabschnitten“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2014, <https://www.statistik-bw.de/ArbeitsmErwerb/Landesdaten/ET-AN-SF.asp?ET>

²⁸ „Bericht über eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“, 2010/2095(INI), Eine Momentaufnahme der Industrie in Europa, Europäisches Parlament, Stand 03. Februar 2011, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2011-0022+0+DOC+XML+V0//DE#title2>

²⁹ Bundesagentur für Arbeit IN Arbeitslosenquote, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand Januar 2015, https://www.statistik-bw.de/ArbeitsmErwerb/Indikatoren/AL_arbeitslosenQuote.asp

³⁰ Die verbleibenden 8 % beim Ausweis der Berufsabschlüsse fallen in die Kategorie „Ausbildung unbekannt“, Quelle: Daten für 03/2014 nach den Regionen der Agenturen für Arbeit am Wohnort, Quelle: „Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Land Baden-Württemberg“, SVB – Tabelle I und II, Bundesagentur für Arbeit – Statistik, Frankfurt a.M., Stand 31.03.2014, http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31966/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=prozessForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=746698&year_month=201403&year_month.GROUP=1&search=Suchen

³¹ Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen aller vollzeittätigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Abbildung ohne Grundstücks- und Wohnungswesen und Kunst, Unterhaltung und Erholung, da Aussagegewert nur eingeschränkt, Quelle: „Bruttomonatsverdienste nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Geschlecht“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015, https://www.statistik-bw.de/ArbeitsmErwerb/Verdienste/verd_md_0000.asp?y=2013

³² Das produzierende Gewerbe umfasst nach WZ 2008 das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energieversorgung, Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä. und Baugewerbe, durchschnittliche Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen aller vollzeittätigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Quelle: Länderergebnisse Statistisches Bundesamt IN „Bruttomonatsverdienste nach Bundesländern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ArbeitsmErwerb/Verdienste/BMV_bund_GW.asp

³³ Basierend auf Daten von Eurostat und eigenen Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Quelle: „Indikatoren zum Thema »Volkswirtschaft, Branchen (URS), Konjunktur, Preise« – Innovationsindex“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015, http://www.statistik-bw.de/Volkspreise/Indikatoren/IX-FE_innovatIndexLARG.asp

³⁴ Der Innovationsindikator 2013 wird verwendet, obwohl die Aktualisierung 2014 bereits verfügbar ist, da die Aktualisierung keine Auswertung auf Bundesländerebene enthält, Quelle: „Innovationsindikator 2013“, Deutsche Telekom Stiftung und Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Bonn, Stand November 2013, http://www.innovationsindikator.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Innovationsindikator_2013.pdf

³⁵ Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ IN „Bildung, Forschung, Kultur – Forschung und Entwicklung“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden/Essen, Stand August 2013 (BIP) <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/ForschungEntwicklung/Tabellen/FuEAusgabenUndBIPZeitreihe.html>

³⁶ Vergleich basierend auf länderspezifischen Daten der Weltbank: Es wurden Ranking und Daten für 2011 verwendet, da keine Daten für Korea und Japan für 2012 vorliegen, Quelle: „Research and development expenditure (% of GDP)“, World Development Indicators, World DataBank, The World Bank Group, Stand 19.12.2014, <http://databank.worldbank.org/data/views/variableSelection/selectvariables.aspx?source=world-development-indicators>

³⁷ Revidierte Zahlen für die Ausgaben der Hochschulen, Prozentuale Bundesländeraufteilung nach Struktur 2011 bei den Ausgaben der Wirtschaft, Quelle: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ IN „Bildung, Forschung, Kultur – Forschung und Entwicklung“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden/Essen, 2014, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/ForschungEntwicklung/Tabellen/FuEAusgabenBundeslaenderSektoren.html?sessionId=532655125112FDA23E561302C6E94CEE.cae1>

³⁸ „Jahresbericht 2014“, Deutsches Patent- und Markenamt, München, Stand April 2015, http://www.dpma.de/docs/service/veroeffentlichungen/jahresberichte/dpma_jahresbericht2014.pdf

³⁹ Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg, CSR Baden-Württemberg, <http://www.csr-bw.de/>

⁴⁰ In die Tabellen wurden nur die Stiftungen aufgenommen, die bereit waren, ihre Daten zu veröffentlichen. Die Kapitalangaben beziehen sich, wenn bekannt, auf den Verkehrswert des Eigenkapitals. Wenn kein Eigenkapital angegeben wurde (dies ist mit einem x gekennzeichnet), sind das Errichtungskapital und ggf. Zustiftungen und die freie Rücklage in den Vergleich einbezogen worden. Wenn keine Verkehrswerte vorlagen, sind Buchwerte aufgeführt, Quelle: „Die größten gemeinnützigen Stiftungen privaten Rechts nach Kapital“, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Berlin, Stand 06.05.2015, http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Forschung_und_Statistik/Statistik_2015/Groesste_Stiftungen_Kapital-2015.pdf

⁴¹ „Wo die Wirtschaft sich wohlfühlt – Ergebnisse: Wirtschaftsfreundlichkeit 2014“, Städteranking 2014, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH, Köln, veröffentlicht 11.12.2014, <http://www.iwconsult.de/aktuelles/broschueren-publikationen/wo-die-wirtschaft-sich-wohlfuehlt/>

⁴² „Regionalranking 2014“, Niveautabelle – Niveau Gesamt Rang, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH, Köln, 2014, <http://www.iwconsult.de/regional/map.php?map=table>

⁴³ Bundesländer mit der Ausprägung „nicht zutreffend“ haben keine Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern, „Finanzen und Steuern – Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen 2013“, Tabelle 6.1, Fachserie 14, Reihe 10.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, veröffentlicht 09.09.2014, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/Realsteuern/Realsteuervergleich.html;jsessionid=653C2FE43D57FE160E5ED932CD69AB0C.cae2>

⁴⁴ „Clusterportal Baden-Württemberg“, Clusterdatenbank, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Stuttgart, Stand 15.01.2015, <http://www.clusterportal-bw.de/>

⁴⁵ Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

⁴⁶ Fördermaßnahmen können sowohl an Existenzgründer als auch Unternehmen gerichtet sein, Quelle: „Förderdatenbank – Förderprogramme und Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der EU“, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, Stand: 15.01.2015, <http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html>

⁴⁷ „Kreditversorgung in Baden-Württemberg ist gut“, Presse-Information Nr. 22, L-Bank, Karlsruhe, veröffentlicht 08.08.2014, <https://www.l-bank.de/lbank/download/dokument/210922.pdf>

⁴⁸ „Statistik 2014“, Bürgerschaftsbank Baden-Württemberg GmbH und MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart, 2015, http://www.buergerschaftsbank.de/fileadmin/Dateienhalte/Downloads/2014_Statistikbeft.pdf

⁴⁹ Vorläufiges Ergebnis basierend auf den Zensusdaten mit dem Stand vom 10.04.2014, Quelle: Zensus 2011 IN „Gebiet und Bevölkerung – Ausländische Bevölkerung“, Statistische Ämter der Bundes und der Länder, Stand 04.11.2014, http://www.statistik-portal.de/statistik-portal/de_jb01_jabrtab2.asp

⁵⁰ Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands, Quelle: Statistisches Bundesamt IN „Migrationsbericht 2013 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung“, Tabelle 1-4, Bundesministerium des Innern, Berlin, Stand März 2015, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile

⁵¹ „Dritter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011-2013“, Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK), veröffentlicht März 2015, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/bome/pdf/SP_Integrationsbericht-01-00_DE_2011_DT.pdf

⁵² Wanderungsbilanz am erwerbsbiografischen Übergang von Hochschule zu Beruf, Quelle: „Binnendeutsche Migration nach dem Studium“, Tabelle 1, Fachkraft 2020 der STUDITEMPS GmbH in Kooperation mit der Maastricht University, <http://fachkraft2020.de/tbemen/berufseinstieg-und-karriereperspektiven/binnendeutsche-migration/>

⁵³ Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG, Quelle: „Arbeitslandschaft 2040“, Prognos AG im Auftrag von vbw – Die Bayerische Wirtschaft, München, Stand Mai 2015, <http://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Sozialpolitik/2015/Downloads/20150521-Studie-AL-2040-final.pdf>

⁵⁴ „Der Bildungsmonitor 2014 – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Berlin, 2014, <http://www.insm-bildungsmonitor.de/>

⁵⁵ „Erste Bilanz des Ausbildungsjahres 2013/2014“, Bundesagentur für Arbeit, Presse Info 33/2014, <http://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/dienststellen/rbw/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI697419>

⁵⁶ „Berufsbildungsbericht 2014“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2014, http://www.bmbf.de/pub/bbb_2014.pdf

⁵⁷ Die Lösungsquote setzt sich aus vier Teilquoten für das Berichtsjahr (2011) und drei Vorjahre zusammen, die Lösungen werden dabei auf die Anzahl der im jeweiligen Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bezogen, Quelle: „Berufsbildung auf einen Blick“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, veröffentlicht März 2013, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BeruflicheBildung/BerufsbildungBlick0110019129004.pdf?__blob=publicationFile

⁵⁸ „Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosenquoten 2013“, Tabelle 2.4, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, Stand 09.01.2014, <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201312/iiiia4/monats-jabresquoten/monats-jabresquoten-d-0-pdf.pdf>

⁵⁹ „Exklusives Hochschulranking – Das sind Deutschlands beste Unis“, WirtschaftsWoche, Handelsblatt GmbH & Co. KG, veröffentlicht 30.06.2014, <http://www.wiwo.de/erfolg/campus-mba/exklusives-bochschulranking-das-sind-deutschlands-beste-unis/10076006.html>

⁶⁰ „Die bewilligten Projekte der Exzellenzinitiative 2012“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Stand: 15.01.2015, <http://www.bmbf.de/de/12156.php>

⁶¹ „QS World University Rankings“, QS Quacquarelli Symonds Limited, 2014, [http://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings/2014#sorting=rank+region="+country="+faculty="+stars=false+search="](http://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings/2014#sorting=rank+region=)

⁶² „Duale Form des Studiums hat ihren Ursprung in Baden-Württemberg“, Schwäbisches Tagblatt, Ravensburg, veröffentlicht 16.01.2013, http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/baden-wuerttemberg_artikel,Duale-Form-des-Studiums-bat-ihren-Ursprung-in-Baden-Wuerttemberg_arid,200494.html; „Duales Studium: Eine Erfolgsgeschichte“, Deutsche Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement, 2014, <http://www.dhfp.de/die-bochschule/die-dhfp/historie/10-jahre-duales-studium.html>

⁶³ „Innovationsstrategie Baden-Württemberg“, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand Juni 2013, http://mfw.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfw/intern/Dateien/Publikationen/Industrie_und_Innovation/InnovationsstrategieBW.pdf

⁶⁴ „Wirtschaftsnahe Forschung in Baden-Württemberg. Innovation durch Wertarbeit“, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stand September 2014, https://mfw.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfw/intern/Dateien/Publikationen/Industrie_und_Innovation/Wirtschaftsnahe_Forschung_in_BW_DE_web.pdf

⁶⁵ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, 2014

⁶⁶ „Qualifikation und Beruf in Deutschlands Regionen bis 2030. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der BIBB-IAB-Projektionen“, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, 2015, <http://www.iabsbop.de/veroeffentlichungsreihen/iab-bibliothek/sbop/detail/tstamp/0/4/listview/category/1.html>

⁶⁷ Daten für 2015 beruhend auf der aktuellen Prognose, Quelle: „Fachkräftemonitor 2030“, Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg, Stand 20.01.2015, <http://www.fachkraefte-monitoring-bw.de/>

⁶⁸ „Spitzengespräch zur Ausbildungssituation in Baden-Württemberg: Gesamtbilanz des ‚Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2010 – 2014‘“, Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2010 – 2014, Stuttgart, veröffentlicht 10.11.2014, https://mfu.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfu/intern/Dateien/Downloads/Arbeiten_und_Leben/Berufliche_Bildung/Bilanz_Ausbildungs%3%BCndnis_2010_-_2014t.pdf

⁶⁹ Daten für einige Branchen sind eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen, Quelle: „Betriebliche Ausbildung 2013 – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg“, Kurzbericht 2/2014, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V., Tübingen, Stand Februar 2014, http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/iaw_kurzbericht_2014_02.pdf

⁷⁰ MINT-Berufe setzen sich zusammen aus MINT-Fachkräften (i. d. R. Ausbildungsberufe), MINT-Spezialistentätigkeiten (i. d. R. Meister und Techniker), MINT-Expertentätigkeiten (i. d. R. Akademiker), Quelle: Bundesagentur für Arbeit, FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes. Dargelegt in: „MINT-Frühjahrsreport 2015: MINT – Regionale Stärken und Herausforderungen“, Gutachten für Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., MINT Zukunft schaffen und Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln, Stand 18.05.2015, http://www.arbeitgeber.de/wwu%5Carbeitgeber.nsf/res/MINT-Fruehjahrsreport_2015.pdf?file/MINT-Fruehjahrsreport_2015.pdf

⁷¹ MINT-Berufe setzen sich zusammen aus MINT-Fachkräften (i. d. R. Ausbildungsberufe), MINT-Spezialistentätigkeiten (i. d. R. Meister und Techniker), MINT-Expertentätigkeiten (i. d. R. Akademiker), Quelle: Bundesagentur für Arbeit, FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes IN „MINT-Herbstreport 2014: MINT – Attraktive Perspektiven und demografische Herausforderung“, Gutachten für Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., MINT Zukunft schaffen und Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln, Stand 07.10.2014, http://www.mintzukunftschaffen.de/uploads/media/FINAL_MINT-Herbstbericht.pdf

⁷² „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in MINT-Berufen am 30.06.2013 für Baden-Württemberg und Deutschland“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2013, Sonderauswertung für das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

⁷³ „Komm, mach MINT 2013 – Studienanfängerinnen und Studienanfänger sowie Absolventinnen und Absolventen nach Bundesländern im Studien- und Prüfungsjahr 2013“, <http://www.komm-mach-mint.de/Service/Daten-Fakten/2013/Studium-Bundeslaender-2013>

⁷⁴ „Mehr digitale Bildung gefordert“, Reutlinger General-Anzeiger, Reutlingen, veröffentlicht 15.12.2014 und Stellungnahme der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände zur Bildungsplanreform 2016 auf Grundlage der Arbeitsfassung vom 08. September 2014“, Arbeitgeber Baden-Württemberg, Stuttgart, 29.01.2015, [http://www.agv-bw.de/SWM/medien.nsf/gfx/773689235885C2D6C1257DFC00453052/\\$file/BiPlan2016_%20Stellungnahme_Erprobungsfassung.pdf](http://www.agv-bw.de/SWM/medien.nsf/gfx/773689235885C2D6C1257DFC00453052/$file/BiPlan2016_%20Stellungnahme_Erprobungsfassung.pdf)

⁷⁵ „Weiterbildung in Baden-Württemberg 2012: Länderzusatzstudie zum AES 2012“, TNS Infratest Sozialforschung, München, Stand Oktober 2013, http://wordpress.fortbildung-bw.de/wp-content/uploads/Abschlussbericht_AES2012_WBinBaWu_Kurzfassung.pdf

⁷⁶ „Betriebliche Fort- und Weiterbildung 2013 – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg“, Kurzbericht 3/2014, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V., Tübingen, Stand März 2014, http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/iaw_kurzbericht_2014_03.pdf

⁷⁷ Für die Länder Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wurden nur die Verwaltungseinheiten in öffentlicher Trägerschaft in Betracht gezogen, Quelle: „Allgemein bildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland – Statistik 2009 bis 2013“, Tabelle 1.1 und 1.2, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, veröffentlicht 02.03.2015, http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentationen/GTS_2012_Bericht.pdf

⁷⁸ „Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2014“, ZR8, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Stand 01.03.2014, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Tbematiscb/Soziales/KinderJugendhilfe/TageseinrichtungenKindertagespflege5225402147004.pdf?__blob=publicationFile

⁷⁹ „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“, Bertelsmann Stiftung, Stand 01.03.2013 IN „Erzieherinnen in Kitas: Qualität in der frühkindlichen Bildung in Baden-Württemberg bereits auf gutem Weg“, Pressemeldung, Bertelsmann Stiftung, veröffentlicht 25.07.2014, http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_40134_40135_2.pdf

⁸⁰ „Fachkräfteallianz Baden-Württemberg – Ziele, Bilanz und Maßnahmen 2015“, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart, Februar 2015, https://mfu.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfu/intern/Dateien/Publikationen/Arbeiten_und_Leben/Fachkraefte/Fachkraefteallianz_BW_Ziele_-_Bilanz_und_Massnahmen_2015.pdf

⁸¹ „Medizintechnik in Baden-Württemberg“, Clusterportal Baden-Württemberg, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in Baden-Württemberg, Stuttgart, 2014, <http://www.clusterportal-bw.de/technologiefelder/technologiefelder-detailseite/medizintechnik/clusterdb/Innovationsfeld/sbow/>

⁸² Auswahl ohne Sanierungsfälle, unter den Top 3 in einer Branche, Quelle: Eigene Zuordnung basierend auf Datenbank deutscher Weltmarktführer/Bernd Venohr + Team, Unternehmen, Hoppenstedt IN „Im Südwesten sitzen die Weltmarktführer“, WirtschaftsWoche Nummer 47, Handelsblatt GmbH & Co. KG, veröffentlicht 18.11.2013, <http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/baden-wuerttemberg-im-suedwesten-sitzen-die-weltmarktfuehrer/9079480.html> (online nur Top25-50 abrufbar)

⁸³ sieben bzw. acht Leitregionen, die Region 89 ist nicht eindeutig zuordenbar

⁸⁴ „Deutscher Hightech-Atlas 2015 – Eine Analyse der Spotfolio GmbH“, Spotfolio GmbH, Grafschaft-Ringen, 2015, <http://spotfolio.com/wp-content/uploads/2015/01/Deutscher-Hightech-Atlas-2015.pdf>

⁸⁵ „Die IT-Branche des Landes stellt gut 100 000 Arbeitsplätze“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 31. Juli 2014, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2014267.asp?201407>

⁸⁶ „Mapping the European ICT Poles of Excellence: The Atlas of ICT Activity in Europe“, JRC Scientific and policy reports, Project nr. 31786-2010-06, European Commission, Luxembourg, 2014, <http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=7140>

⁸⁷ „Der IKT-Standort Karlsruhe“, Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, CyberForum e. V., KA-IT Si, Karlsruhe, Stand Mai 2013, http://www.technologie-region-karlsruhe.de/fileadmin/bilder/publikationen/IKT_Broschuere-data.pdf

⁸⁸ „Innovationsindikator 2013“, Deutsche Telekom Stiftung und Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Bonn, Stand November 2013, http://www.innovationsindikator.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Innovationsindikator_2013.pdf

⁸⁹ „Antrag der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Patentanmeldungen in Baden-Württemberg“, Drucksache 15/5609, Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart, veröffentlicht 09.09.2014, http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/5000/15_5609_D.pdf & „Industrieller Mittelstand: Spitzenstellung in Gefahr?“, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Stuttgart, Stand April 2014, https://www.stuttgart.ihk24.de/blob/sibk24/presse/downloads/660556/8424392145d170788ae58040e8794da1/Studie_Industrieller_Mittelstand_Spitzenstellung_in_Gefahr-data.pdf

⁹⁰ „BDI-Mittelstandspanel – Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung, Herbst 2012“, Institut für Mittelstandsforschung im Auftrag von Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Ernst & Young GmbH und IKB Deutsche Industriebank AG, Stand Herbst 2012, http://www.ifm-bonn.org/uploads/tx_ifmstudies/BDI-Herbst-2012.pdf

⁹¹ „The Global Competitiveness Report 2014–2015“, Tabelle 2.01, World Economic Forum, 2014, http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2014-15.pdf

⁹² „Infrastruktur zwischen Standortvorteil und Investitionsbedarf“, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln, veröffentlicht 06.02.2014, http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/145746/storage/masterfile/4408238/download/IW-Studie%20Infrastruktur.pdf

⁹³ Statistisches Bundesamt IN „Verkehrsträger – Standortvorteil durch leistungsfähige Infrastruktur“, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, 2014, <http://mfu.baden-wuerttemberg.de/en/people-and-economy/economic-location/logistikstandort/verkehrstraeger?type=98&print=1>

⁹⁴ „Infrastruktur zwischen Standortvorteil und Investitionsbedarf“, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln, veröffentlicht 06.02.2014, http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/145746/storage/masterfile/4408238/download/IW-Studie%20Infrastruktur.pdf

⁹⁵ „Bericht zum Breitbandatlas Ende 2014 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur“, TÜV Rheinland Consulting GmbH, Stand Ende 2014, http://www.zukunft-breitband.de/SharedDocs/DE/Anlage/Digitales/bericht-zum-breitbandatlas-ende-2014-ergebnisse.pdf?__blob=publicationFile

⁹⁶ „Gewerbeanmeldungen/-abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2014, Anmeldungen: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Volkspreise/Landesdaten/GA.asp?y=2014&c=AB_01&t=8-01-12, Abmeldungen: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Volkspreise/Landesdaten/GA.asp?y=2014&c=AN_01&t=8-01-12

⁹⁷ Anteil von Gründern an der Bevölkerung, Summe der Gründungsquoten im Voll- und Nebenerwerb, Quelle: „KfW-Gründungsmonitor 2014; Gründungstätigkeit wiederbelebt – Impuls aus dem Nebenerwerb“, Grafik 5, KfW Bankengruppe, Frankfurt, Stand Mai 2014, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Gr%C3%BCndungsmonitor-2014.pdf>

⁹⁸ Weissman Institut für Familienunternehmen, Eigene Recherchen IN „Weltmarktführer: ein räumlicher und zeitlicher Überblick“, Nationalatlas aktuell 5, Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig, Stand 30.11.2011, http://aktuell.nationalatlas.de/weltmarktfuehrer-11_11-2011-0-btml/

⁹⁹ Prozentanteil der Gründungen der Jahrgänge 2003 und 2004, die nach 5 Jahren noch am Markt sind, Quelle: „Gründungsaktivitäten im Hightech-Bereich in Baden-Württemberg“, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim, <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/HT-Grueendungen-BW2013.pdf>

¹⁰⁰ „BVK-Statistik – Das Jahr in Zahlen“, Bundesverband Deutscher Kapitalgesellschaften, Berlin, 2013 und 2014, <http://www.bvkap.de/privateequity.php/cat/42/title/Statistiken>

¹⁰¹ Eigene Berechnung basierend auf dem Wechselkurs am 10.12.2014 und Quellen zum/zur

- Venture Capital der Regionen: 1. Silicon Valley: „MoneyTree™ Report, Data: Thomson Reuters, Investments by Region Q1 1195 – Q3 2014“, PricewaterhouseCoopers, National Venture Capital Association, Stand 3. Quartal 2014, <http://nvca.org/research/venture-investment/>, 2. Stockholm: „Riskkapitalmarknaden i Sverige 2013“, Myndigheten för tillväxtpolitiska utvärderingar och analyser, Östersund, Stand Juli 2013, http://www.tillvaxtanalys.se/download/18.320c7b5e142572b4109323/1384523790714/Statistik_2013_07.pdf, 3. London: „BVCA Private Equity and Venture Capital Report on Investment Activity 2012“, British Private Equity & Venture Capital Association, London, Stand Mai 2013, http://www.bvca.co.uk/portals/0/library/files/news/2013/RIA_2012.pdf, 4. Schweiz: „Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate Fässler (10.3076) und Noser (11.3429, 11.3430, 11.3431) – Risikokapital in der Schweiz“, Schweizerische Eidgenossenschaft, Bern, Stand Juni 2012, <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/27392.pdf>, 5. Berlin, Baden-Württemberg und Bayern: „Working Papers Humangeographie – Berlins Aufstieg als Finanzzentrum für Venture Capital“, Heft 12, Institut für Geographie Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, Stand September 2014, http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/geographie/pr/publikationen/workingpapers/wp_12_scheuplein.pdf, 6. Paris: „Indicateur Chausson Finance 1er & 2e SEMESTRE 2013“, Chausson Finance, 2013, <http://www.chaussonfinance.com/indicateur/indicateur.htm>

- Einwohnerzahl der Regionen: 1. Silicon Valley: „2014 Silicon Valley Index“, Joint Venture Silicon Valley, Inc., 2014,

<http://www.siliconvalleycf.org/sites/default/files/publications/2014-silicon-valley-index.pdf>, 2. Stockholm: „Map 1: Total resident population in the Urban Audit core cities, 1 January 2012“, Eurostat, Stand 01.01.2012, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Statistics_on_European_cities, 3. London: „2011 Census: Population and household estimates fact file, unrounded estimates, local authorities in England and Wales“, Tabelle HH01, Office for National Statistics, 2011, <http://www.ons.gov.uk/ons/publications/re-reference-tables.html?edition=icm%3A77-274670>, 4. Schweiz: „Ständige Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeitskategorie, am Ende des Jahres“, Tabelle cc-d-1.1.1.4.2, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel, Stand 28.08.2014, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/tbemen/01/02/blank/key/bevoelkerungsstand/02.html>, 5a. Berlin: „Bevölkerungsstand“, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berlin, Stand 01.12.2012, <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statis/login.do?guest=guest&db=BevBBBE>, 5b. Bayern: „Größtes Land der Bundesrepublik“, Bayerische Staatsregierung, München, 2014, <http://www.bayern.de/politik/bayern-in-zahlen/das-land-in-zahlen/>, 5c. Baden-Württemberg: „Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs vom 09. Mai 2011 bis 30. Juni 2013“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand 09.05.2011, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2014009.asp>, 6. Paris: „Evolution et structure de la population“, Institut national de la statistique et des études économiques, Stand 01.01.2013, veröffentlicht 23.09.2014, <http://www.insee.fr/fr/regions/idf/reg-dep.asp?tbeme=2>

¹⁰² „Entrepreneurship at a Glance 2013“, Figure 6.9, OECD, 2013, <http://www.seecel.br/UserDocsImages/Entrepreneurship%20at%20a%20Glance%202013.pdf>

¹⁰³ „Deutschlands Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“, Bundesregierung der 18. Legislaturperiode, veröffentlicht 17.12.2013, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?sessionid=8D524F026671A6B71CDDE429B7CF1468.s12?__blob=publicationFile&v=2

¹⁰⁴ „Investitionen: Ergebnisse der VGR-Generalrevision“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 03.06.2015, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2015140.asp>

¹⁰⁵ „Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2012, Reihe 1, Band 3“, Tabelle 2.3.1.1, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht Mai 2015, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/R0B0.asp?tbl=R1B3>

¹⁰⁶ „Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Quelle: „Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland 2013 nach Bundesländern“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015, http://www.statistik-bw.de/ProdGew/Indikatoren/VG_InvQuote.asp

¹⁰⁷ „Investitionen je Beschäftigten, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, die Ergebnisse beziehen sich auf die Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, Quelle: „Investitionsintensität im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland 2013 nach Bundesländern“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2014, http://www.statistik-bw.de/ProdGew/Indikatoren/VG_InvIntens.asp

¹⁰⁸ Der Modernitätsgrad ist das Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen, Quelle: „Anlagevermögen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2011, Reihe 1, Band 4“, Tabelle 1.1.3, 2.4.3, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a.M., veröffentlicht Juni 2014, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/R0B0.asp?rev=RV2011&tbl=R1B4>

¹⁰⁹ „Dr. Wolf: Aktuelle Politik ist nicht geeignet, Produktion und Beschäftigung im Land nachhaltig zu sichern. Wir brauchen dringend eine Kurskorrektur“, Südwestmetall, 24.03.2015, http://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_sweb9vjdqz.html

¹¹⁰ „Technischer Stand der Anlagen, der Betriebs- und der Geschäftsausstattung im Verarbeitenden Gewerbe von Baden-Württemberg – Sonderauswertung des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg“, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, 11. Februar 2015

¹¹¹ „Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung“, Bertelsmann Stiftung, Stand August 2012, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Buergerbeteiligung_und_Infrastrukturplanung.pdf

¹¹² „LVI: Investitionen erfordern Verlässlichkeit“, Pressemitteilung, Landesverband der baden-württembergischen Industrie, Stuttgart, veröffentlicht 13.11.2014, http://www.lvi-online.de/index.php/frame_/article_1303/pm-2014.html

¹¹³ „Netzwerk Industrie – Wo sind die Hemmnisse?“, Die Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, Karlsruhe, Stand: 23.09.2014, http://www.karlsruhe.ihk.de/linkableblob/kaibk24/innovation/Industrie/3085166/3./data/BW-Auswertung_Netzwerk_Industrie_-_Wo_sind_die_Hemmnisse-data.pdf

¹¹⁴ „Antrag der Abg. Georg Wacker u.a. CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen“, Drucksache 15/5814, Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart, veröffentlicht 04.11.2014, http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/5000/15_5814_D.pdf

¹¹⁵ „Innovationsstrategie Baden-Württemberg“, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand Juni 2013, http://mfu.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfu/intern/Dateien/Publikationen/Industrie_und_Innovation/InnovationsstrategieBW.pdf

9.3 Impressum

Die Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025 wird federführend vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg in Kooperation mit den Akteuren der Kerngruppe entwickelt und umgesetzt.

HERAUSGEBER

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg
Neues Schloss
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
Telefon 0711 123 0
Telefax: 0711 123 4791
poststelle@mfw.bwl.de
www.mfw.baden-wuerttemberg.de

REDAKTION

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg
Referat 71 „Industrie- und Technologiepolitik“

KONZEPT UND PROZESSBEGLEITUNG

A.T. Kearney GmbH
Dreischeibenhaus 1
40211 Düsseldorf

LAYOUT UND PREPRESS

freelance project gmbh
Silberburgstraße 112
70176 Stuttgart
www.freelance-project.de

DRUCK

RöslerDruck GmbH
Gmünder Straße 100
73614 Schorndorf
www.roeslerdruck.de

BILDER

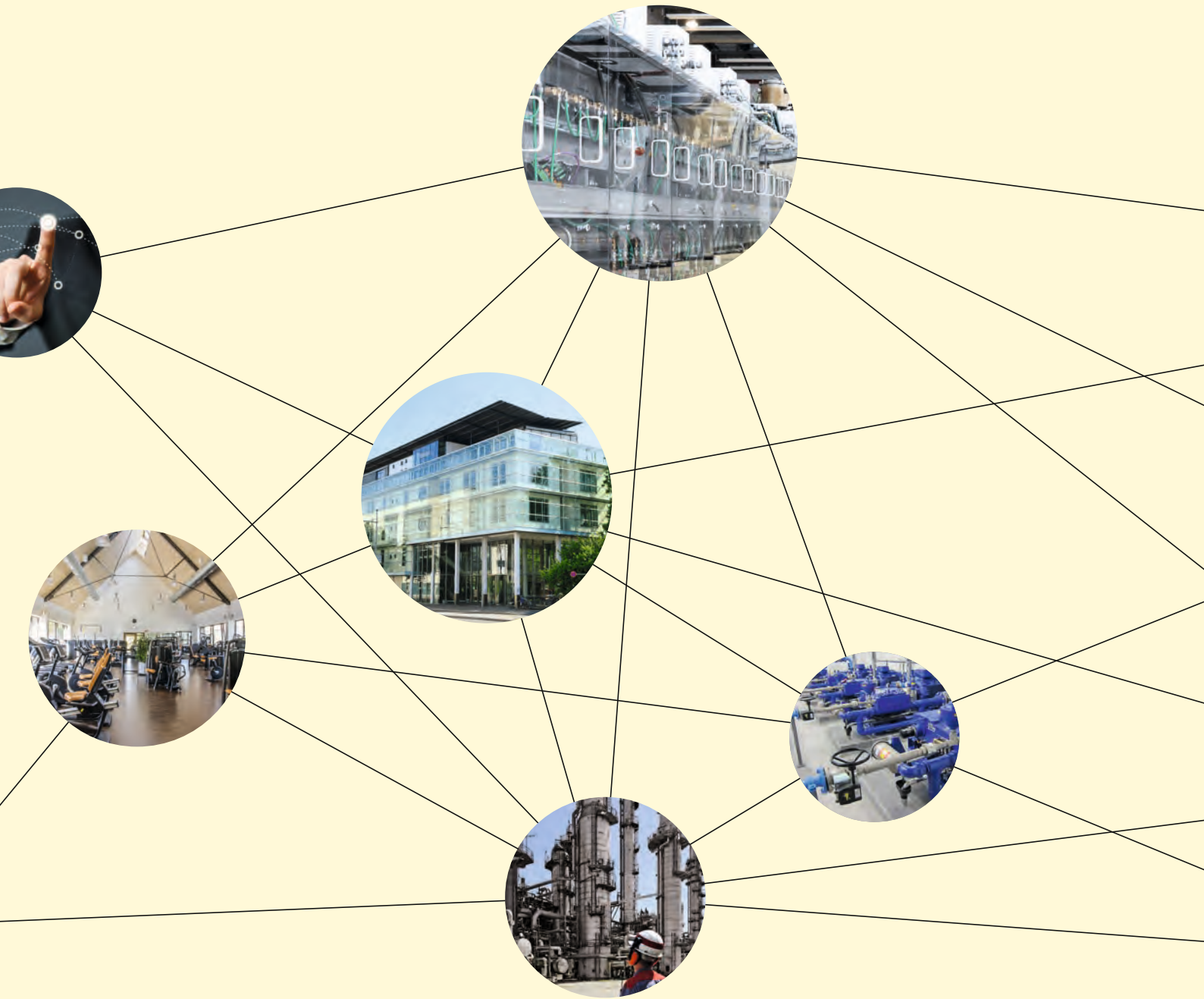
Seite 4 Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg (MFW); Seite 9 Tijana/fotolia.com; Seite 11 A.T. Kearney GmbH/Dirk Kittelberger; Seite 13 links IHK Reutlingen, rechts IHK Freiburg; Seite 14 MFW; Seite 16 Wittenstein AG; Seite 19 Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT); Seite 20 Voith GmbH; Seite 25 Roche Pharma AG; Seite 29 MAHLE-Stiftung; Seite 30 Daimler AG; Seite 36 Manz AG; Seite 39 Aesculap AG; Seite 40 CeramTec GmbH; Seite 47: H. Stoll AG & Co. KG; Seite 52 ebm-papst-Gruppe; Seite 60 Groz-Beckert KG; Seite 65 MiRO Mineraloelraffinerie Oberrhein GmbH & Co. KG; Seite 67 fischerwerke GmbH & Co. KG; Seite 92 Uraca GmbH & Co. KG.

Die Bilder auf dem Umschlag und im Inhaltsverzeichnis stammen von den o. g. Bildgebern, bei denen wir uns für die Nutzungserlaubnis ganz herzlich bedanken.

Stand: August 2015

VERTEILERHINWEIS

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf während eines Wahlkampfes weder von Parteien noch von deren Kandidaten und Kandidatinnen oder Hilfskräften zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers bzw. der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift verbreitet wurde. Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT